



Plenum

44. Sitzung

München, Montag, 20. April 2020, 10:00 bis 15:52 Uhr

Nachruf auf die ehemalige Abgeordnete **Barbara Rütting** 5375

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Wolfgang Fackler** und **Jürgen Mistol** 5375

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a.
(CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
(Drs. 18/7155)

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 18/7249)

Beschluss..... 5376

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten **zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder..... 5376

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5390

Thomas Kreuzer (CSU)..... 5394

Katrin Ebner-Steiner (AfD)..... 5398

Florian Streibl (FREIE WÄHLER)..... 5400

Horst Arnold (SPD)..... 5403

Martin Hagen (FDP)..... 5405 5408

Raimund Swoboda (fraktionslos)..... 5408 5409

Markus Plenk (fraktionslos)..... 5410 5411

Andreas Winhart (AfD)..... 5411

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHG 2020) (Drs. 18/7140)

- Erste Lesung -

Staatsminister Albert Füracker.....	5412 5414 5431 5434 5435 5436
Claudia Köhler (GRÜNE).....	5414 5435
Josef Zellmeier (CSU).....	5417 5419
Franz Bergmüller (AfD).....	5419
Ferdinand Mang (AfD).....	5420
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	5422
Harald Güller (SPD).....	5423 5425 5430
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....	5425 5434
Markus Plenk (fraktionslos).....	5427
Michael Hofmann (CSU).....	5428 5430 5431
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	5436
Verweisung gem. § 148 BayLTGeschO in den Haushaltsausschuss.....	5437

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Gesetz über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur (BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz - BayFoG) (Drs. 18/7141)

- Erste Lesung -

Staatsminister Albert Füracker.....	5437
Tim Pargent (GRÜNE).....	5441 5442
Josef Zellmeier (CSU).....	5443
Gerd Mannes (AfD).....	5444
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	5445
Florian Ritter (SPD).....	5446 5447
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....	5447 5448
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	5449
Sandro Kirchner (CSU).....	5449
Verweisung in den Haushaltsausschuss.....	5451

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Land- und Amtsarztgesetzes (Drs. 18/7142)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Gesundheitsausschuss.....	5451
---	------

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und der Bezirksordnung (Drs. 18/7251)

- Erste Lesung -

Alexander Muthmann (FDP).....	5451 5456
Manfred Ländner (CSU).....	5452
Johannes Becher (GRÜNE).....	5454 5456
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	5457
Franz Bergmüller (AfD).....	5458
Klaus Adelt (SPD).....	5459
Matthias Fischbach (FDP).....	5460

Staatsminister Joachim Herrmann.....	5461
Verweisung in den Innenausschuss.....	5463
Schluss der Sitzung.....	5463

(Beginn: 10:02 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 44. Vollsitzung des Bayerischen Landtags und darf Sie darauf hinweisen, dass der Bayerische Rundfunk die heutige Regierungserklärung und die daran anschließende Debatte live im Fernsehen und im Hörfunk übertragen wird.

Anhand der Rückmeldungen, die wir bekommen, ist uns sehr bewusst, dass viele Bürgerinnen und Bürger unsere Sitzungen und das Verhalten der Abgeordneten sehr genau verfolgen. Deshalb auch eine Erklärung, was das Tragen von Gesichtsmasken im Bayerischen Landtag betrifft:

Seit 16. April gilt im Freistaat ein "Maskengebot". Vor allem im öffentlichen Personennahverkehr und beim Einkauf wird das Tragen eines herkömmlichen, nicht medizinischen Mund-Nasen-Schutzes dringend empfohlen. Demgegenüber finden die Sitzungen im Landtag in geschlossenen Gruppen bekannter Personen statt. Sowohl in den Sitzungssälen als auch auf den Gängen können wir eineinhalb Meter Abstand halten. Folglich bestehen keine Pflicht und kein Gebot zum Tragen von Masken im Landtag. Wer dennoch einen Schutz tragen möchte, kann das selbstverständlich gerne tun.

Das Wichtigste bleibt jedoch auch in Zukunft die Einhaltung des Mindestabstands, und ich danke nochmals Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sowie natürlich den Vertreterinnen und Vertretern der Medien wie auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konsequente Einhaltung und das rücksichtsvolle Miteinander.

Im Lichte von Corona beraten wir heute auch das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz sowie das BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz. Wir werden durch die einvernehmliche Änderung der Geschäftsordnung eine künftige Beratung in den Ausschüssen sicherstellen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Fraktionen.

An dieser Stelle sage ich ganz klar: Unsere Demokratie befindet sich nicht im Shutdown. Unsere Demokratie steht niemals still. Das Parlament ist und bleibt der Ort der Entscheidung über Gesetze; auch und gerade in der Krise. Der Bayerische Ministerpräsident und die Staatsregierung wissen um die zentrale Rolle des Parlaments. Wir arbeiten gerade jetzt eng zusammen, in angezeigtem Respekt, bei gleichzeitiger Wahrung der Kontrollfunktion des Parlaments.

Das ist keine Selbstverständlichkeit – leider auch nicht überall in Europa, wie sich gezeigt hat. So habe ich jüngst gegenüber dem ungarischen Repräsentanten hier in München sehr deutlich gemacht, dass sich eine Regierung in der Demokratie nicht vom Gesetzgeber abkoppeln darf. Der Grundsatz der Gewaltenteilung und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit sind gerade auch in Krisenzeiten einzuhalten.

Alle Säulen der Demokratie, Bürgerschaft, Exekutive, Legislative – Regierungs- und Oppositionsfraktionen gleichermaßen –, Judikative und Medien sind gefordert, sich für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen einzusetzen. Das ist ihr Recht, ja ihre Pflicht – gerade auch in krisenhaften Zeiten. Hieran darf in einer Demokratie niemals gerüttelt werden!

Ich will auch betonen: Unsere Grundrechte gelten. Allerdings sind sie eingeschränkt. Und das rechtfertigt nur ein Grund: das höchste Gut, das einzelne Leben. Ich meine, es ist für uns alle essenziell: Alle Einschränkungen in dieser Ausnahmesituation müssen so schnell wie möglich – aber eben auch so behutsam wie zwingend nötig – zurückgenommen werden.

Ohne der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und den Aussprachen vorzugreifen, kann ich feststellen: Es zeigt sich, dass der Föderalismus funktioniert. Wir haben im Bund einen gemeinsamen Grundkonsens. Gleichzeitig gibt es regional unterschiedliche Gegebenheiten und Betroffenheiten. Deswegen kann es nötig sein, Entscheidungen an die Situation in unserem Land anzupassen.

Die Corona-Pandemie ist nach wie vor ein sehr dynamischer Prozess. Wir lernen gerade, mit dem Virus zu leben. Wir müssen aber gleichzeitig Wege finden, um unser freiheitliches und freiheitsliebendes Leben und Wirtschaften auch unter diesen Umständen Schritt für Schritt umsichtig verwirklichen zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Leben mit Corona ist verbunden mit einem großen Dank an alle, die für uns sorgen und uns helfen. Es ist verbunden mit Vorsicht, Rücksicht, Verzicht, mit Fürsorge für die Gefährdeten und Infizierten sowie mit Trauer um die Verstorbenen.

Das Osterfest, auch wenn es in diesem Jahr so ganz anders gewesen ist, verbreitet aber die frohe Botschaft: Der Tod hat nicht das letzte Wort. Kein Tag schenkt uns mehr Hoffnung, mehr Vertrauen und mehr Zuversicht. Die Kirchen, auch kleinere Gemeinden, haben großartige Wege gefunden, um diese Botschaft unter die Menschen zu bringen – und zwar über die Grenzen der Religionen hinaus.

Ich glaube, dass diese Botschaft jetzt sehr intensiv gelebt wird, dass wir in Verbindung bleiben, auch wenn wir Abstand halten, dass es uns gelingt, keine soziale Distanz entstehen zu lassen. Wir sind ein starkes Land. Wir sind eine starke Zivilgesellschaft. Wir stehen zusammen. Wir stehen das auch zusammen durch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben, um einer ehemaligen Kollegin zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 28. März verstarb im Alter von 92 Jahren Frau Barbara Rütting. Sie gehörte dem Bayerischen Landtag von 2003 bis 2009 an und vertrat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Wahlkreis Oberbayern.

Zweimal eröffnete sie als Alterspräsidentin in den Jahren 2003 und 2008 die konstituierende Sitzung der bayerischen Volksvertretung. Ihre Expertise als Gesundheitsberaterin brachte sie bis zu ihrem freiwilligen Ausscheiden aus dem Landtag im Landesgesundheitsrat ein.

Geboren in Brandenburg, war Barbara Rüttings früher Lebensweg von Krieg und Nachkriegszeit bestimmt. Ihren Traum, Ärztin zu werden, konnte sie daher nicht verwirklichen. In Berlin arbeitete sie als Komparsin – und wurde als Schauspielerin entdeckt. Sie spielte über drei Jahrzehnte in Theater, Film und im Fernsehen. Währenddessen und danach war sie auch Autorin von Romanen und vor allem von Ratgebern, Koch- und Kinderbüchern.

Zeitlebens war sie Idealistin, eine pazifistische Kämpferin für ihre Überzeugungen. Ihr unermüdlicher Einsatz galt den Menschenrechten, einer friedlichen Welt und besonders dem Tierwohl und dem Umweltschutz. Sie war mit ihren gesellschaftlichen und politischen Visionen oft früh dran, hat viele Menschen für ihre Themen sensibilisiert und vielen Mut gemacht.

Der Bayerische Landtag trauert mit ihren Angehörigen und wird der Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. – Sie haben sich zum Gedenken an die Verstorbene von den Plätzen erhoben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich noch zwei Glückwünsche aussprechen: Am 7. April konnte Herr Kollege Wolfgang Fackler einen halbrunden Geburtstag begehen. Er ist nicht hier. Ebenfalls einen halbrunden Geburtstag konnte Herr Kollege Jürgen Mistol begehen, den ich auch nicht sehe. Aber er wird das übermittelt bekommen. Beiden wünsche ich im Namen des Hohen Hauses natürlich alles Gute zum Geburtstag.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

(Drs. 18/7155)

Mit der zeitlich befristeten Änderung der Geschäftsordnung sollen die Arbeitsfähigkeit des Plenums und der Ausschüsse im Zuge der Corona-Pandemie sichergestellt und Ansteckungsrisiken durch COVID-19 vermieden werden.

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt einstimmig Zustimmung. Wer dem Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags auf Drucksache 18/7155 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, die AfD und der fraktionslose Kollege Plenk. Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme vom Kollegen Swoboda (fraktionslos). Der Antrag ist damit angenommen.

Der Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler und Andreas Winhart betreffend "Sofortige Einführung von Videokonferenzen für Ausschusssitzungen" auf Drucksache 18/7101 wurde für erledigt erklärt. Das Hohe Haus nimmt dies zustimmend zur Kenntnis.

Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Corona hält die Welt weiter in Atem. In anderen Ländern herrschen zum Teil chaotische und dramatische Zustände. Krankensysteme sind fundamental überfordert; Ärzte entscheiden über Leben und Tod wie in Kriegszeiten; Volkswirtschaften brechen zusammen, und die Arbeitslosigkeit steigt in astronomische Höhen. All das findet in der Welt statt – zum Glück nicht bei uns. Zum Glück sind wir bisher besser weggekommen. Vieles ist uns erspart geblieben. Bayern und Deutschland sind deutlich besser durch die Krise gekommen als viele, viele andere Regionen und Länder der Welt. Das war aber nicht sicher. Das war auch nicht absehbar.

Ziemlich genau vor einem Monat kamen wir hier zusammen. Ich habe damals eine erste Regierungserklärung zu Corona abgegeben. Damals war völlig unklar, ob wir das schaffen. Ich selbst war sehr, sehr besorgt, und ich gebe zu: Ich bin es immer noch. In den vergangenen vier Wochen haben wir gemeinsam als Land, als Politiker und auch als Bürger zusammen viel bewegt.

Zum Vergleich: Damals stiegen die Neuinfektionen täglich um fast 25 %; heute liegen wir im Sieben-Tages-Mittel bei etwas über 2 %, am heutigen Tag sogar bei 1,0 %. Damals lag die Verdoppelungsdauer bei drei Tagen; heute liegt sie bei 34 Tagen. Damals lag der Reproduktionsfaktor bei 6 – das heißt, einer hat sechs angesteckt –; heute liegt der Reproduktionsfaktor unter 1, nämlich bei 0,7. Damals gab es kaum Genesene, aber viele, viele Neuinfektionen; am heutigen Tag gibt es fast doppelt so viele Genesene wie Neuinfizierte. Wir liegen bei den wesentlichen Kennzahlen mittlerweile zum Teil sogar unter dem Bundesdurchschnitt – und das, obwohl Bayern aufgrund der Nähe zu Österreich, aufgrund der Ferien und der Ferienausflügler ganz besonders betroffen war.

Unser Gesundheitssystem hat in der gleichen Zeit gut funktioniert, und es hat gehalten, zum Beispiel bei den Tests. Seit Beginn der Krise haben wir in Bayern über 370.000 Tests durchgeführt. Wir sind jetzt täglich im Schnitt bei 12.000 Tests. Unser Ziel ist, diese Zahl auf mehr als 25.000 zu erhöhen. Schon heute hat nach Auskunft unseres Landesamtes für Gesundheit Bayern umgerechnet auf 100.000 Einwohner eine höhere Testkapazität und testet mehr als Länder wie Österreich, Großbritannien, die Niederlande, Japan und sogar Südkorea, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Unsere Gesundheitsämter haben wir personell massiv aufgestockt. Dies ist wichtig, um die Nachverfolgung zu erleichtern, um vor Ort aktiv zu sein und um vor allem in der Phase der Stabilisierung Infektionsketten verfolgen zu können. Kaum ein Bundesland hat bisher schon so viel gemacht. Wir haben uns von Anfang an bemüht. 4.000 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in den Gesundheitsämtern in über das gesamte Land verteilten 650 Teams à fünf Personen eingeteilt, die insbesondere dann, wenn die freiwillige digitale App des Bundes kommen sollte, ein relativ engmaschiges und funktionierendes Konzept der Nachverfolgung etablieren sollen.

Unsere Krankenhäuser haben bislang hervorragend standgehalten. Die Versorgung hat funktioniert. Dort, wo besondere Hotspots waren und die Gefahr bestand, dass zu wenig Betten vorhanden sind, hat das Konzept der Verlegung in andere Häuser aufgrund der guten Abstimmung, auch mit den Kommunen, geklappt. Wir haben die Zahl der Intensivbetten mit Atemgeräten in der Zwischenzeit um 17 % erhöht. Ziel ist, diese Zahl kontinuierlich zu erhöhen. Die Situation ist im Moment so stabil, dass wir wieder andere OPs zulassen können. Nicht jedes Bett muss freigehalten werden. Jetzt gibt es wieder die Möglichkeit, auch andere Operationen, die verschoben wurden, durchzuführen.

Wir können in der Not auch noch mehr teilen. Es gab immer wieder den Wunsch – ich habe ihn auch aufgegriffen –, nicht nur italienischen, sondern auch französischen Patienten zu helfen. Wir werden mit weiteren zwanzig Betten die Möglichkeit schaffen, dann zu helfen, wenn Bedarf besteht. In der Not zu helfen ist ein wichtiges Gebot.

Ich ziehe ein erstes Zwischenfazit. Die Zahlen und die Situation in den Krankenhäusern zeigen, dass unsere Strategie geholfen hat. Die Tendenz ist verhalten positiv, und es gibt tatsächlich Anlass zur Hoffnung. All das, was wir gemeinschaftlich beschlossen haben, hat funktioniert. Es war aber wichtig, dies konsequent, rechtzeitig und entschlossen zu tun. Ohne diese Strategie und ohne unser Handeln wäre Bayern von Corona überfahren worden. Zeitpunkt und Inhalt unseres Handelns waren richtig.

Für diese Zwischenbilanz danke ich allen hier im Bayerischen Landtag. Wir haben Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt. Ich danke allen, die mitgeholfen haben: dem gesamten Team der Staatsregierung, den Behörden, aber – das sage ich bewusst – auch dem gesamten Landtag, auch der Opposition. Es gab viele, viele

gute Ideen – das werden Sie heute in der Regierungserklärung noch merken –, die ich immer versucht habe anzunehmen, aufzunehmen und zu reflektieren, um gemeinschaftlich etwas zu entwickeln.

Ein ganz besonderer Dank geht natürlich an unsere Ärzteteams, Pflegerinnen und Pfleger, Rettungsdienste und die Polizei; denn ohne ihren übermenschlichen Einsatz hätten wir in den letzten Wochen erheblich mehr Probleme bekommen. Wir haben nicht nur mit Worten Danke gesagt. Wir haben – ich weiß nicht, ob das andere Bundesländer auch so gemacht haben – mit dem Pflegebonus von 500 Euro und der Zurverfügungstellung von Essen und Getränken den Dank nicht nur in Worten, sondern auch in Taten zum Ausdruck gebracht. Ich will hier noch einmal danken: Herzlichen Dank an alle, die in den Kliniken und Einrichtungen so gut mitgeholfen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Neben dem Dank an das medizinische Personal, neben dem Dank an den öffentlichen Dienst geht vor allem auch ein Dank an unsere Bürgerinnen und Bürger. Ohne ihre Geduld und ohne ihr Verständnis wäre die Lage eine ganz andere gewesen. Daher noch einmal Danke, aber auch meine Bitte, jetzt nicht nachzulassen. Geduld hat Leben gerettet. Ungeduld kann Leben wieder riskieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger, ich finde, wir haben den Stress- und Charaktertest bisher ganz gut bestanden. Es ist aber nicht vorbei. Es handelt sich um einen ganz schmalen Grat. Die Entwicklung ist zerbrechlich. Corona ist kein Gewitter, das einmal kommt und von dem man annimmt, dass es durchzieht und dann schon wieder vorbei wäre. Corona bleibt leider.

Das sehen Sie an anderen Ländern wie Singapur, die ein Auf und Ab erleben müssen, obwohl sie eine sehr starke staatliche Struktur, ja sogar eine autoritäre Struktur haben. Corona lässt sich nicht so leicht vertreiben. Solange kein Impfstoff, kein Medikament vorhanden ist, ist das einzig substanziell wirksame Konzept: Vorsicht, Distanz und Geduld. Es wird nicht so schnell ein normales Leben geben, sondern ein Leben mit Corona. Das Leben mit Corona ist eben anders als das Leben, das wir bislang kennen.

Ich bin dankbar, dass wir keine unkontrollierten, überstürzten Exit-Debatten führen. Andernfalls würde – und das ist ganz sicher – ein Rückfall drohen. Ein Rückfall hätte erheblich stärkere Wirkungen als jene, über die wir am Anfang diskutiert haben. Dabei sage ich ausdrücklich: Die Mahnung zur Vorsicht, die Mahnung zur Umsicht, Maß, Mitte und Besonnenheit walten zu lassen, heißt nicht, dass man dabei blind oder stur sein muss. Man muss sein Konzept jeden Tag überprüfen, überlegen und wägen: Ist der Schritt angemessen, ist er verhältnismäßig, muss er nachjustiert, muss er erweitert oder verändert werden?

Wir hatten von Anfang an alles im Blick. Wir verfolgen einen mehrdimensionalen, einen komplexen Politikansatz. Dazu gehört die medizinische Seite – natürlich. Dazu gehört die ökonomische Seite – ganz bestimmt. Dazu gehört aber auch – ich sage das ausdrücklich – die gesellschaftliche Seite; denn die Beschränkungen, die wir haben, sind natürlich schon von substanziellster Art. Sie beschränken die Freiheit, und sie beschränken das öffentliche, aber auch das soziale Miteinander. Wir nehmen das alles sehr, sehr ernst, und wir wägen ab.

Alles, was wir tun, ist keine Alleinentscheidung von mir oder der Staatsregierung, sondern das geschieht im Kontext von Gesprächen und Beratungen, und das entwickelt sich täglich weiter. Wir haben zum Beispiel ein großartiges Expertenteam aus Virologen, Epidemiologen und Medizinern – Vertretern der Uniklinik –, die uns medizinisch beraten. Frau Prof. Protzer gibt uns jeden Tag einen guten und klugen Rat, was die Entwicklung anbelangt. Wir haben eine Monitoringgruppe eingesetzt.

An deren Spitze stehen Frau Breit-Keßler, die auch dem Bayrischen Ethikrat vorsteht, und zwei sehr erfahrene ehemalige OLG-Präsidenten aus Nürnberg und Bamberg, die die juristischen Fragen, die Verhältnismäßigkeiten klären. – Das heißt, wir werden beraten, und wir beraten uns.

Wir werden aber auch geprüft. Unzählige Bürgerinnen und Bürger haben die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen bei Gericht beantragt. Wir haben jedoch bislang – das können wir sagen – von allen obersten Gerichten die Rechtmäßigkeit und die Verfassungsmäßigkeit unseres Handelns bestätigt bekommen – vom Bundesverfassungsgericht, dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof und dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof.

Ich sage aber ausdrücklich: Selbst wenn das alles verfassungsgemäß und rechtmäßig ist, stellt sich natürlich die Frage: Muss das ein Dauerzustand sein? Gibt es nicht Veränderungen? – Ich verstehe jeden, und zwar nicht nur im Parlament, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die Schülerinnen und Schüler, die Kinder und die Erwachsenen, der so schnell wie möglich wieder Normalität möchte. Ich selbst möchte so viel Freiheit wie möglich, aber eben auch so viel Sicherheit wie notwendig. Mein Amtseid gebietet, die Bayern zu schützen, und diesen Eid werde ich weiterhin konsequent erfüllen. Unser Corona-Fahrplan ist deswegen jetzt überprüft, angemessen und verhältnismäßig gewogen und auf seine Wirksamkeit überprüft.

Wie geht es in den nächsten Wochen weiter? Der Zwischenstand ist: verhalten positiv. – Jetzt einfach so weiterzumachen, wäre, glaube ich, nicht die Konsequenz. Wir müssen uns langsam weiterentwickeln, und unsere Philosophie heißt: Fortsetzen mit Erleichterungen; erleichtern mit Schutz: auf Sicht fahren und die Vorsorge weiter ausbauen.

Bayern war und ist vorsichtiger als andere Bundesländer. Wir haben früher gehandelt und gehen auch zeitversetzt in die entsprechenden Veränderungen hinein. Wir erleichtern in Stufen, aber eben nicht so schnell oder so überstürzt wie der eine oder andere. Wir kontrollieren die Zahlen, wir beobachten das Geschehen, und wir reagieren entsprechend – je nachdem, wie sich die Zahlen und die Situation entwickeln.

Ich sage Ihnen: Das müssen wir auch tun, weil es nicht nur um Infektionen, sondern auch um Todesfälle geht – jeden Tag mehr. Corona bleibt tödlich. Wir haben eine hohe Zahl von Todesfällen, und Ihnen geht es, glaube ich, wie mir: Jeder einzelne schmerzt.

Achtung und Vorsicht sind das Konzept für die Zukunft. Wir sind mit der vorsichtigen Haltung in Deutschland übrigens nicht allein. Es gibt andere Bundesländer – und davor habe ich Respekt –, die am Anfang ein niederes Infektionsgeschehen hatten und sagen: Wir können stärker öffnen. – Gerade wir im Süden von Deutschland denken ähnlich. Ich werde mich noch diese Woche in Ulm mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten – mit Distanz – treffen, um die Entwicklungen zu beraten. Wir Bayern gehen mit Baden-Württemberg ganz eng Seite an Seite bzw. handeln eins zu eins, weil wir eine ähnliche Entwicklung haben; ich glaube, dass in diesen Zeiten eine Zusammenarbeit notwendig ist.

Wie ist der Fahrplan im Einzelnen? – Ab heute gilt, dass die Ausgangsbeschränkungen bis 4. Mai verlängert sind. Das heißt, das Distanzgebot bleibt. Es gibt keine Lockerung des Distanzgebots. Bitte deshalb keine Gruppenbildung; das ist weiterhin gültig, denn das ist die mit Abstand wirksamste Maßnahme. Ausgangsbeschränkung oder Kontaktsperre: Abstand halten ist das Wichtigste.

Wir ergänzen jedoch – und das ist, glaube ich, in dieser Zeit angemessen –, dass wir, wie in anderen Bundesländern, den Kontakt mit einer Person erlauben. Das war auch ein Wunsch, der vielfach an mich herangetragen wurde.

Bei Geschäften und bei Schulen machen wir keinen überstürzten Kaltstart, denn das muss klug vorbereitet sein. Ja, Erleichterungen sind sinnvoll, und zwar auch aus ökonomischer Sicht. Wir brauchen aber einen Schutz und Hygienekonzepte, und es kommt auch hier darauf an, den Abstand zu sichern. Heute ist der erste Schritt für diese Woche die Öffnung der Bau- und Gartenmärkte und der Gärtnereien. Wir sind das letzte Bundesland, das diese jetzt öffnet; in allen anderen Bundesländern waren sie schon geöffnet. Das ist sozusagen die erste Vorlaufphase für diese Woche.

Erst ab nächster Woche – und das ist anders als bei anderen – kommen dann der Auto-, der Fahrrad- und der Buchhandel ohne eine Quadratmeterbeschränkung sowie alle anderen Geschäfte bis 800 m² hinzu. Nur, damit sich keiner täuscht: Das bedeutet, dass fast 80 % des Handels wieder geöffnet werden.

Jetzt fragen viele nach den 800 m². Ich bin ganz ehrlich: Mir ist das fast zu viel. Wir müssen das sehr sorgfältig beobachten. – Das war ein Kompromiss unter den Ländern, und es gibt auch eine baurechtliche Einordnung: das ist der Unterschied zwischen Einzel- und Großhandel.

Der entscheidende Ansatz ist aber ein anderer. Der entscheidende Ansatz ist: Wir müssen versuchen, nicht auf einen Schlag zu Massenandrang und Massenansturm in den Städten zu kommen, sodass außerhalb der Geschäfte – darum geht es mir – eine substanzielle Entwicklung und Kontrolle, eine geordnete Entwicklung nicht mehr möglich sind. Wir werden in einigen anderen Ländern, in denen das anders gehandhabt wird, sehen, wie sich das auf das Infektionsgeschehen auswirken wird. Ich befürchte, wenn wir an der Stelle überstürzt handeln und ungeduldig reagieren, kann das zu erheblichen Auswirkungen bei der Gesundheit führen.

Ich sage ganz offen: Wir beobachten jetzt zusammen mit dem Bund die Entwicklung in den nächsten zwei, drei Wochen, und wenn sich die Zahlen stabilisieren, wenn die Entwicklung positiv ist, geht sicherlich mehr. Sollten sich die Zahlen aber wieder deutlich verschlechtern, dann kann es sein, dass wir anders entscheiden müssen.

Meine Empfehlung lautet: Lieber etwas langsamer und vorsichtiger, aber dafür umso nachhaltiger. Ein ständiges Stop-and-go führt auch nicht dazu, dass die Bevölkerung mitgehen wird. Erleichterungen: Ja, aber mit Auflagen. Es braucht Hygiene- und Schutzkonzepte für alle Geschäfte, also nicht nur für die neu zu öffnenden, und für den gesamten ÖPNV; denn wir erweitern die Möglichkeiten des Kontaktes, und in bestimmten Bereichen ist es eben schwerer, die Distanz so einfach zu wahren. Das muss daher geordnet werden.

Wir haben mit den Ministerpräsidenten letzte Woche darüber beraten, wie das geschehen soll. Diesbezüglich gab es sehr unterschiedliche Auffassungen. Mit Frau Schwesig, Frau Dreyer und mit Michael Kretschmer war ich von Anfang an der festen Überzeugung, dass Mund-Nasen-Schutz und Masken eine ganz zentrale Rolle spielen werden. Ich hatte mich in dieser Konferenz für eine Verpflichtung ausgesprochen. Es gab eine lange Diskussion, die in dem Kompromiss einer dringenden Empfehlung für ein Gebot endete.

Seit letztem Donnerstag habe ich mich noch einmal ausführlich informiert und auch abgewogen. Ich habe mit der Bevölkerung gesprochen, aber vor allem auch mit unseren Experten, die uns beraten. Ich hatte schon Frau Prof. Protzer, aber auch Herrn Prof. Hölscher und andere erwähnt, und es gab auch aus dem Parlament

unterschiedliche Stimmen. Deswegen haben wir uns entschieden, wenn wir diese Erleichterung machen, sie konsequent mit einem Schutz zu begleiten. Appelle allein werden wahrscheinlich nicht die notwendige Sicherung sein. Das heißt – die Frau Präsidentin hat es angesprochen – es gibt in dieser Woche ein "Maskengebot", und man spürt übrigens schon, wie viele es annehmen, nicht nur hier im Hohen Hause, sondern auch draußen.

Man spürt, es geht, und viele machen es schon. Diese Woche gilt also die Freiwilligkeit. Aber damit sich alle rechtzeitig darauf einstellen können: Ab nächster Woche wird mit dem Zeitpunkt der Eröffnung der Geschäfte, mit der Möglichkeit, dass mehr Schule stattfindet – darüber werden wir gleich noch reden –, und mit erhöhtem Aufkommen im ÖPNV eine andere Situation vorhanden sein. Dafür brauchen wir eine andere Schutzwirkung, und deswegen werden wir ab nächster Woche eine Mund-Nasen-Schutz-Verpflichtung festlegen. Man nennt das auch "Maskenpflicht". Das gilt dann auch für den ÖPNV und für alle Geschäfte, auch für die, die bisher schon geöffnet hatten und eine solche Verpflichtung nicht hatten. Wir sind damit übrigens das erste Bundesland in Westdeutschland, das so etwas machen will.

Mund-Nasen-Schutz bedeutet: Alltagsmasken, Community-Masken und alles, was es da gibt. Da wird es sicherlich interessante Beispiele geben. Ich selber bekomme jeden Tag Masken zugeschickt, an denen man sieht, was man alles machen kann. Ich habe welche mit den unterschiedlichsten Farben gesehen. Da ist alles möglich. Es gilt auch: Ein Schal ist ausreichend. Wichtig ist es, das Ganze nicht nur über den Mund, sondern auch über die Nase zu ziehen. Darüber hinaus gilt es, diesen Schutz regelmäßig zu desinfizieren und zu reinigen. Im Übrigen ist es nicht der alleinige Schutz, aber wenn wir Erleichterungen erreichen wollen, ist es wichtig, den Schutz an dieser Stelle zu verstärken.

Für Hotspots – das sage ich ausdrücklich – kann schon in dieser Woche – wenn es kommunal gewünscht wird – eine solche Verpflichtung festgelegt werden. Wir haben die Anfrage vorliegen und das gemeinsame Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Straubing geführt, da Straubing in der Tat im Ranking sehr stark betroffen ist. Es wird dort bereits ab dieser Woche gemacht.

Also: Ab nächster Woche gibt es eine Verpflichtung zum Mund-Nasen-Schutz. Manche nennen es auch eine "Maskenpflicht".

Von den Community-Masken zu unterscheiden – das ist wichtig – sind die medizinischen Masken. Solche sind ausschließlich dem medizinischen Personal vorbehalten: Praxen, Krankenhäuser, Alten und Pflegeheime sowie Behinderteneinrichtungen.

Während Textilmasken relativ schnell und leicht zur Verfügung stehen, da sie selbst gemacht werden können und, wie man sehr schön sieht, auch zu kaufen sind, ist es bei diesen medizinischen Masken deutlich anders. Dort gab es vor vier Wochen noch extreme Engpässe. Die Lage hat sich etwas stabilisiert, aber nicht komplett entspannt. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Staat prioritär dafür sorgen, dass die Versorgung dort klappt.

Der Bund hat sein Konzept deutlich überarbeitet im Hinblick auf hohe Funktionalität. Wir haben Einkauf und Lagerung zentralisiert, professionalisiert, und wir haben – um auf den internationalen Märkten das Ganze zu erreichen und zu verbessern – die besten Einkäufer eingesetzt, also das normale Beschaffungswesen, das man in der öffentlichen Struktur hat, ergänzt durch Profis von Messen und Flughäfen, die das seit vielen Jahren machen und die uns insbesondere auf den asiatischen Märkten, wo einer der Hauptproduktionsstandorte ist, eine Verbesserung bringen.

Das scheint zu funktionieren. Außerdem haben wir auch die Eigenproduktion angekurbelt, die jetzt erfolgreich vorankommt.

Also: Wir haben bei medizinischen Masken noch einige Engpässe, aber das wird von Woche zu Woche immer besser. Das können Sie auch den Gesprächen mit den zuständigen Trägern im Gesundheitswesen entnehmen.

Für die Geschäfte gilt es also ab nächster Woche mit den genannten Einschränkungen zu öffnen. Am 4. Mai kommen dann Friseure und Fußpflege hinzu. Gerade bei den Friseuren – das sieht man auch hier im Hohen Hause – freut sich der eine oder andere auf einen Besuch. Da gilt dann besonders auch die Maskenpflicht und das Abstandhalten. Das Friseurhandwerk hat da übrigens eine Reihe von hervorragenden Vorschlägen gemacht.

Kaufhäuser, Shoppingmalls bleiben vorerst zu. Das gilt übrigens auch für den ganzen Bereich Gastro und Hotellerie sowie Tourismus. Ich weiß, das ist schmerzlich für diejenigen, die gerne wieder einmal essen gehen oder sich mit Freunden treffen würden. Genauso schmerzlich ist es auch für die Branche selbst; denn keine andere Branche ist so stark betroffen wie dieser Bereich. Wir verstehen das. Gleichwohl muss ich sagen, es gibt schon eine Reihe toller Beispiele, wie den Lieferservice oder Angebote to go, die sich jetzt entwickeln können.

Aber eines ist ganz klar: Der Bereich der Gastronomie war der Ausgangspunkt der Infektion. Ob es der Après-Ski in Ischgl war – nicht die Skipiste, aber der Après-Ski –, ob es der Karneval war oder etliche Starkbierfeste, das waren einfach die Drehscheiben für Viren. Deshalb ist das der Bereich, in dem man mit Abstand am zurückhaltendsten sein muss, zumal auch andere gängige Schutzkonzepte in der Gastronomie schwerer umzusetzen sind. Der Mundschutz ist beim Essen relativ sinnwidrig, und das Abstandhalten ist zumindest dort, wo es um Alkohol geht, mit der Dauer der Zeit und der Verweildauer zumindest immer schwieriger. Deswegen ist Zurückhaltung geboten.

Ich selbst hoffe, dass wir bis Pfingsten deutlich bessere Signale aussenden können. Das ist allerdings nur eine Hoffnung, kein fester Fahrplan. Jeder, der heute einen Fahrplan verspricht und meint, ein Datum setzen zu können, unabhängig vom Infektionsgeschehen, setzt sich dem Vorwurf aus, dass er nicht den gesamten Ansatz der Dramatik verstanden hat.

Aber wir helfen der Gastronomie. Wir wollen ihr auch weiterhin helfen. Neben den Programmen in der Wirtschaft, zu denen ich gleich noch kommen werde, setzen wir uns auf Bundesebene gemeinsam dafür ein, dass die Mehrwertsteuer – eine wichtige Forderung der Gastronomie – auf 7 % gesenkt wird. Allein für Bayern würde das ein Mehr an Geld von 250 Millionen Euro bringen. Dies ist wichtig, um dann vielleicht in der zweiten Jahreshälfte aufzuholen und durchzustarten, um vieles, was verloren gegangen ist, wieder hereinzubekommen.

Großveranstaltungen – das ist der nächste Punkt, und da sind sich alle Länder einig – sind bis zum 31.08. nicht erlaubt – Veranstaltungen bis auf Weiteres ohnehin nicht. Über das Oktoberfest werde ich in den nächsten Tagen mit dem Münchner Oberbürgermeister reden. Wir beide haben eine ähnliche Einschätzung, dass wir sehr skeptisch sind, ob ein Fest in dieser Größe mit der Internationalität unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt Sinn macht.

Es gibt aber eine Form von Veranstaltungen, die besonders sensibel zu handhaben ist, nämlich Veranstaltungen im grundgesetzlich geschützten Bereich. Das gilt für Gottesdienste jeder Art, aber auch für den Bereich der Versammlungsfreiheit.

Zunächst ein Wort zu Gottesdiensten. Die Frau Präsidentin hat es schon angesprochen; ich ergänze es: Es war für viele sehr, sehr schmerzlich, an Ostern keinen Gottesdienst zu erleben. Trotzdem mein Kompliment, mein Dank und mein Respekt an die Kirchen und Glaubensgemeinschaften, was alles an Gottesdiensten digital angeboten war. Ich persönlich gebe zu, ich habe mehr Gottesdienste an Ostern digital verfolgt, als ich es sonst in einer Präsenzveranstaltung getan hätte. Einige fand ich besonders bewegend. Trotzdem ist es kein Dauerzustand. Wir sind uns auf Bundesebene, aber auch in Bayern einig, dass wir in den nächsten Tagen weitere Gespräche mit den Glaubensgemeinschaften führen, wann und wie Gottesdienste möglich sein können.

Ich kann mir vorstellen, dass Gottesdienste ab 3. Mai mit Auflagen möglich sind. Ich denke an mehrere Gottesdienste bei Begrenzung in den Kirchen und bei entsprechenden Hygienekonzepten. Die Kirchen arbeiten selbst schon intensiv an diesen Fragen. Wir sind da in guten Gesprächen.

Nicht nur die Kirchen, sondern auch andere Glaubensgemeinschaften – jüdische, aber auch muslimische – werden in diese Gespräche mit einbezogen. Wir brauchen auch für den gesamten Ramadan eine verantwortungsvolle Lösung. Daher mein Dankeschön nicht nur an die Kirchen, sondern auch an die muslimischen Gemeinden, die sich bislang großartig in diesen Prozess eingebracht haben.

Gottesdienst ist Religionsfreiheit. Demonstrationen sind Versammlungsfreiheit. Das sind grundsätzlich ganz besonders geschützte Bereiche. Die Verfassungsgerichte haben uns aufgegeben, auch für diese Bereiche Perspektiven zu entwickeln. Wir tun dies. Ich habe den Innenminister gebeten, in dieser Woche noch mit der Monitoring-Gruppe und anderen zusammen Vorschläge zu machen, um nicht nur für den Einzelfall, sondern auch für die nächsten Wochen Strukturen zu finden. Denkbar sind bis zu zwanzig Personen mit Auflagen. Da sind wir zu offenen Gesprächen bereit. Es ist wichtig, hier sehr schnell zu einem belastbaren, nachvollziehbaren Prozess zu kommen. Denn für mich ist klar: Grundrechte gelten auch in schweren Zeiten.

Schulen und Kitas sind ein besonders wichtiges Thema. Über zwei Millionen Kinder und Jugendliche sind betroffen in unserem Land. Mein Dank geht auch hier wieder an die Eltern, an die Kinder und Jugendlichen und auch an die Lehrer und Erzieher. Wir haben die Zeit bisher ganz gut überbrückt, und in den Familien haben die meisten auch gut durchgehalten. Das gilt nicht nur für die berufliche Seite, sondern auch für das Miteinander in der Familie. Vielleicht war es in einigen Familien sogar besser als vorher, bei anderen vielleicht eine echte Belastungsprobe. Ich bin mir mit dem Kultusminister einig, wenn wir sagen, dass es bisher kein normales Schuljahr war. Und ehrlich: Es wird auch kein normales Schuljahr mehr werden. Es war aber richtig, die Schulen zu schließen. Wir haben den Rückgang der Infektionen deutlich gemerkt. Das geschah genau in Schritten von zwei Wochen. Wir haben deutlich gemerkt, wann die Schließung der Schulen und der Kitas begann und noch stärker, als die Ausgangsbeschränkungen hinzukamen. Diese unmittelbare Wirkung konnte man an den Zahlen täglich ablesen.

Daher sind wir beim Thema Schulen besonders vorsichtig. Wir sind uns einig, dass die Älteren zuerst beginnen sollen und dass es zeitversetzte Konzepte geben muss. Hygienemaßnahmen sind notwendig, übrigens auch zum Schutz der Lehrer; denn unter ihnen gibt es viele, die einer Risikogruppe angehören. Wir werden die Lehrpläne anpassen müssen, übrigens nicht nur für dieses, sondern auch für das nächste Jahr. Außerdem müssen wir die Notfallbetreuung deutlich ausweiten. Wir wollen aber kein überstürztes Vorgehen. In einigen anderen Ländern wurde gesagt: Wir machen das bereits ab dieser Woche. Das hat dann zu großen Protesten

von Schulen, Schülern und Lehrern geführt. Wir machen es miteinander im Gespräch, nicht von oben herab.

Ab dem 27. April soll die Prüfungsvorbereitung für das Abi, die Mittlere Reife, den Quali, FOS und BOS sowie die Meisterklassen beginnen. Niemand soll in Bayern keinen Abschluss machen können; denn der Abschluss gilt nicht nur für dieses Jahr, er gilt für das Leben. Deswegen hat der Kultusminister nach Gesprächen mit dem Landesschülerrat, Direktoren und Lehrerverbänden klargemacht, dass er Ideen, wonach ein Not-Abi oder ein Durchschnitts-Abi abgelegt werden sollte, nicht gut findet. Im Gegenteil: Wir bleiben bei einem Termin. Die Abiturprüfungen werden ab dem 20. Mai starten. Vorher wird es aber keine weiteren Klausuren geben, so dass eine vernünftige Zeitachse besteht.

Ab dem 11. Mai startet die nächste Stufe. Dann werden die vorbereitenden Klassen starten, zum Beispiel die 11. Klasse des Gymnasiums, die 9. Klasse der Realschule, die 8. Klasse der Mittelschule und vielleicht sogar die 4. Klasse der Grundschule. Das müssen wir noch einmal gemeinsam besprechen. Auch hier wird zeitversetzt vorgegangen. Die Klassenverbände werden halbiert. Die Pausen werden in veränderter Form durchgeführt. Der Unterricht wird möglicherweise nur noch in Kernfächern erteilt. Der ÖPNV wird entsprechend angepasst. Die Kultusministerkonferenz wird bis zum 29. April einen Vorschlag machen, mit dem das Vorgehen der Länder gut abgestimmt wird.

Die Grundschulen und die Kitas bleiben vorläufig zu. Wir sind uns einig, dass bei den Kleinsten die Durchsetzung des Abstandhaltens und der Hygiene wesentlich schwieriger ist. Deshalb beginnen wir mit den Älteren. Die KMK wird uns zu wesentlichen Schulfragen, die alle betreffen, Empfehlungen geben. Ich nenne zum Beispiel die Ferien. Momentan gibt es unterschiedliche Vorschläge, die von der Streichung bis zur Kürzung der Ferien reichen. Im Moment sind wir gegenüber diesen Vorschlägen noch sehr zurückhaltend, da wir der Auffassung sind, dass der Rhythmus erhalten bleiben muss. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir eine andere Art der Sommerbetreuung anbieten werden, gerade für die Eltern, die keinen Urlaub mehr haben, weil sie ihn im Zuge der Krise schon aufgebraucht haben.

Wir wollen nicht, dass ein Schüler wegen Corona sitzen bleibt. Deswegen werden wir in der Frage der Versetzung auf Probe großzügig sein. Für Schüler, die für sich keine Chance sehen, in das nächste Schuljahr einzusteigen, soll die Nichtversetzung nicht angerechnet werden. Diese Sicherheit wollen wir den Schülerinnen und Schülern geben.

In jedem Fall müssen wir die Notfallbetreuung ausbauen. Wir wollen den Eltern helfen. Viele Eltern haben jetzt Probleme, die Betreuung zu organisieren, weil ihnen das Homeoffice nicht mehr genehmigt wird oder weil ihr Urlaub ausläuft. Deswegen weiten wir die Notfallbetreuung aus. Die Sozialministerin erarbeitet derzeit zusammen mit den Trägern ein Konzept, wie diese Betreuung noch weiter ausgebaut werden kann. Bei systemrelevanten Berufen wird bei Ehepaaren künftig nur noch ein Elternteil herangezogen. Wir denken auch an die Alleinerziehenden. Wir haben auch die Menschen im Blick, denen kein Homeoffice mehr genehmigt wird und die keine andere Möglichkeit der Betreuung haben. Nur so nebenbei: Bislang wurden fast 60 % der angebotenen Notfallbetreuungsplätze nicht genutzt. Wir haben also in dieser Frage noch eine Menge Luft, um uns weiterzuentwickeln.

Für ein Problem, das auf uns alle zukommt, möchte ich eine Lösung anbieten: Viele Einrichtungen sind geschlossen, aber die Erzieherinnen und Erzieher müssen weiter beschäftigt werden, generell, aber auch für die Notfallbetreuung. Viele Eltern müssen nach wie vor Beiträge bezahlen. An mich wurden viele Anfragen von Eltern herangetragen, die hierfür eine Lösung forderten. Ich glaube, dass eine Schließung, die vom Staat angeordnet wurde, nicht dauerhaft zulasten der Eltern

gehen darf. Deswegen wird Bayern hier einspringen, auf jeden Fall für die nächsten drei Monate. Wir wollen die Eltern von den Kinderbetreuungsgebühren entlasten und übernehmen diese Kosten. Ich glaube, das ist für die Eltern in diesen schwierigen Zeiten ein faires Signal. Für die Schulen und die Kitas wird also ein Konzept auf den Weg gebracht. Aber jedem muss klar sein: Wir wollen zwar in diesem Schuljahr noch Schulunterricht erteilen, aber wie und in welcher Form hängt von der Entwicklung ab.

Bei den Hochschulen ist es etwas einfacher. Ab heute läuft das digitale Semester, und es wird auch gut funktionieren. Präsenzprüfungen werden unter Einhaltung der Hygienebestimmungen stattfinden. So haben sich alle Beteiligten vereinbart. Das bedeutet: Dies wird kein verlorenes Semester für die bayerischen Studentinnen und Studenten sein.

Den geringsten Spielraum gibt es bei Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen. Diese Einrichtungen bereiten uns mit Abstand die größte Sorge. In der Alterskohorte der Einwohner dieser Einrichtungen ist eindeutig der größte Anteil an Todesfällen zu verzeichnen. Wir müssen uns diesen Einrichtungen deshalb besonders widmen. Ich habe in den letzten Wochen an vielen Videokonferenzen teilgenommen und Gespräche geführt. In besonders betroffenen Krankenhäusern und Altenheimen habe ich mich im Rahmen von Videokonferenzen direkt erkundigt und gefragt, was wir noch tun und wo wir helfen können. In jedem einzelnen Fall konnten Veränderungen erreicht werden. Wir haben mehr Material und mehr Serientests zur Verfügung gestellt und Unterstützung bei der Durchführung von Hygienekonzepten geleistet. Ich sage ausdrücklich: Dabei geht es nicht nur um die medizinische Qualität. Hier stehen auch ethische und humanitäre Fragen im Vordergrund. Deshalb war es uns wichtig, die Sterbebegleitung durch Angehörige zu erlauben. Ich bin sicher, dies ist der richtige Weg. Das Abschiednehmen ist wichtig. Ich finde, in Bayern sollte niemand wegen Corona oder vielleicht mit Corona allein sterben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, betroffen sind nicht nur die genannten Einrichtungen, Schulen, Kitas und Altenpflegeheime. Betroffen sind auch viele andere Einrichtungen. Wir lassen diese anderen Einrichtungen nicht im Regen stehen. Ich werde dem Kabinett morgen vorschlagen, einen Topf von 500 Millionen Euro, also einer halben Milliarde Euro, zur Verfügung zu stellen, um Härten in bestimmten Einrichtungen, denen über die Soforthilfe nicht ausreichend geholfen werden kann, abzufedern. Die Koalition ist sich in diesem Punkt einig. Dazu gehören die Kitagebühren, aber auch beispielsweise die Hilfe für Reha-Kliniken. Die Reha-Kliniken haben viele Betten zur Verfügung gestellt. Die Staatsregierung hat erreicht, dass hierfür ein Ausgleich auf Bundesebene erfolgt. Wir legen noch eine Summe von 50 Euro pro Bett und Tag drauf, um an dieser Stelle einen Ausgleich zu erreichen.

Sollten die Belastungen der Mutter-Kind-Einrichtungen nicht, wie das im Moment geplant ist, vom Bund ausgeglichen werden, werden wir als Freistaat Bayern in ähnlicher Form einspringen; denn wir wollen die Hilfsbereitschaft dieser Einrichtungen nicht ohne Unterstützung des Freistaats Bayern lassen. Wir wollen auch ein Hilfskonzept für die Privatkliniken erarbeiten. Eines ist mir besonders wichtig: Viele unserer kommunalen Krankenhäuser haben in den letzten Wochen und Monaten Großes geleistet. Dort gab es keine freien Betten, aber viele belegte Betten. Ich möchte, dass diese Krankenhäuser, die in den letzten Monaten rund um die Uhr gearbeitet haben, einen Bonus bekommen. Diese Krankenhäuser brauchen Unterstützung.

Für Jugendherbergen, Schullandheime, Sozialeinrichtungen, Familienberatungen und Studentenwerke reichen die bisherigen Hilfsmaßnahmen nicht aus. Wir ergänzen und stärken deshalb diese Hilfsmaßnahmen, um diese Einrichtungen großzü-

gig zu unterstützen. Wir wollen nicht, dass diese wichtigen Einrichtungen in den nächsten Monaten schließen müssen. Gerade sie werden bei der Vermittlung von Zukunft und Hoffnung eine wichtige Rolle spielen. Das Gleiche gilt für Sportvereine und Sportstätten. Nach Rücksprache mit Vertretern des BLSV haben wir uns entschieden, die Vereinspauschale zu verdoppeln, um Einnahmeausfälle beim Sport abzufedern.

Ganz wichtig ist auch die Hilfe für die Kultur. Wir haben schon bislang die Unterstützung kultureller Einrichtungen in den Mittelpunkt gestellt. Wir wollen die Einnahmeausfälle kultureller Einrichtungen mit Soforthilfen, Notprogrammen und Kreditprogrammen ausgleichen. Damit kann vielen Einrichtungen und Unternehmen geholfen werden. Die Musikschulen werden von uns weiter unterstützt. Aber ehrlicherweise ist festzustellen, es gibt eine Gruppe, die bislang durch jedes Raster gefallen ist, nämlich die Künstler. In Bayern zahlen rund 30.000 Künstler in die Künstlersozialkasse ein. Das sind Künstler, Musiker, Schauspieler, Kabarettisten und viele andere. Nicht alle bekommen die besten Fernsehhonorare. Diese Leute stehen vor dem Problem, dass ihre gesamten Honorare ohne Ersatz ausfallen. Ganz ehrlich: Ich halte es nicht für richtig, diesen Menschen nur Hartz IV als Alternative anzubieten. Das ist eines Kulturstaates wie des Freistaats Bayern nicht angemessen. Wir haben uns angesehen, was andere Bundesländer machen, und schließen uns dem Konzept des Landes Baden-Württemberg an. Dort erhalten die Künstler für die nächsten drei Monate 1.000 Euro pro Monat als Unterstützung. Dafür wird ein Topf von 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Ich sage ganz ausdrücklich: Bayern ist ein Kulturstaat. Wir wollen die Kunstszene und die Künstler nicht alleinlassen.

(Allgemeiner Beifall)

Wir stehen auch den Kommunen zur Seite. Der Freistaat kann ihnen aber die Steuerausfälle nicht ersetzen; denn wir haben selbst Steuerausfälle. Ich werde gleich sagen, wie hoch sie sind. Aber wir helfen den Kommunen. Ich habe bereits den Unterstützungstopf für den sozialen Bereich genannt. Wir erhöhen und erhalten die Liquidität. Der Finanzminister wird die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs so auszahlen, dass bereits 1 Milliarde Euro sehr schnell zu den Kommunen kommen wird. Wir erlauben auch kurzfristige Kassenkredite, um die Liquidität der Kommunen zu erhöhen, und werden zeitnah mit den Kommunen reden, wie sich deren Situation entwickelt.

Ich komme zum letzten und wahrscheinlich schlimmsten Punkt. Neben der Gesundheit trifft diese Krise die gesamte Ökonomie und die Wirtschaft überall auf der Welt, aber auch bei uns. Die Experten rechnen nicht nur in Deutschland mit einem dramatischen Einbruch des Wachstums. Dies wird Folgen haben, zum Beispiel Insolvenzen und Arbeitslosigkeit. Bayern als Exportland ist dabei besonders betroffen. Auch wenn wir alles wieder hochfahren: Solange die Märkte – beispielsweise der US-Markt – geschlossen sind und Lieferketten – beispielsweise aus Italien – für unsere Automobilindustrie nicht funktionieren, solange wird unsere Wirtschaft leiden; solange wird es Probleme geben.

Dies ist eine absolute Mammutaufgabe. Es geht hier um die Wirtschaft insgesamt. Es geht nicht nur um Unternehmen. Es geht um Arbeitsplätze und sogar um unseren gesamten Wohlstand. Jeder, der heute sagt, er könne garantieren, dass alles auf dem jetzigen Niveau bleiben werde, ist im besten Falle ein hoffnungsloser Optimist.

Wir haben auch hier nicht einfach einen Blindflug unternommen. Wir haben uns mit dem Bund abgestimmt. Ich glaube, es war das erste Mal in der bayerischen Geschichte, dass ein SPD-Bundesfinanzminister im bayerischen Kabinett war und es

dabei nahtlose Übereinstimmung gegeben hat. Das heißt, zwischen Bund und Land gibt es eine ganz klar abgestimmte Strategie.

Wir haben mit den Kammern – den IHKs, den Handwerkskammern –, der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, aber auch – das war mir wichtig – gleichberechtigt mit den Gewerkschaften geredet. Wir haben an einem Videokonferenztisch eine gemeinsame Erklärung verabschiedet.

Wir beraten uns mit unseren besten Wissenschaftlern vom ifo Institut. Wir beraten uns auch mit unseren globalen Playern von BMW, Allianz und Siemens, um nicht nur die Auswirkungen des regionalen Geschehens, sondern auch die internationalen Verpflichtungen zu erfassen und daraus Strategien zu entwickeln.

Ich möchte jeden darauf einstimmen, dass das eine härtere Zeit werden wird, als die meisten denken. Es ist auch schlimmer als die Finanzkrise. Es geht um viel, viel mehr, als die meisten glauben.

Deutschland hat dankenswerterweise das Instrument der Kurzarbeit. Gäbe es Kurzarbeit nicht, hätten wir schon ähnliche Arbeitslosenzahlen wie andere Länder. Wir müssen deshalb das Konzept der Kurzarbeit auch weiterentwickeln und stärken.

Ich sage hier – wie schon vor einigen Wochen – erneut: Wir haben nicht nur alles im Blick, sondern wir tun, was notwendig ist. Für die Linie des Freistaats Bayern gilt wirklich der bekannte Satz: "Whatever it takes!" – Wir denken groß.

Wir haben zwei Zeitachsen: Jetzt durchhalten und dann durchstarten! – "Durchstarten" heißt für mich aber nicht "zurückdrehen". Ich empfehle uns dringend, diese Krise für die Ökonomie auch als Chance zu nutzen. Wir sollten nicht einfach einen Resetknopf drücken, sondern sogar beschleunigt neue Wege gehen.

Wer zum Beispiel sagt, wir bräuchten keinen Klimaschutz mehr, sondern nur noch klassisches Wachstum um jeden Preis, wird erkennen, dass das in dieser durch die Globalisierung veränderten Wirtschaft so nicht einfach zu machen ist. Ich halte das übrigens schon deswegen für falsch, weil man mit einem Blick auf die Grundwasserspeicher in Bayern feststellt, dass es bereits jetzt zu wenig regnet und zu wenig Wasser da ist. Das ist auch in diesem Jahr wieder eine Herausforderung.

Wir müssen lernen – das ist die größte Herausforderung –, ein Problem nicht isoliert zu sehen, sondern die Problemlagen vernetzt zu denken. Wir müssen eine Konzeption entwickeln, die für die unterschiedlichsten Themenfelder eine vernünftige Antwort bietet. Es bedarf daher einer klugen Strategie.

Wir brauchen bei bestimmten Notfallgütern – beispielsweise bei medizinischen Notfallgütern – mehr nationale Souveränität. Wir brauchen eine Fortsetzung der Digitalisierung, von der wir gemerkt haben, wie hilfreich sie ist. Deswegen soll die Hightech Agenda sogar beschleunigt fortgesetzt werden. Wir brauchen auch mehr Nachhaltigkeit. Deswegen ist es wichtig, in den Bereichen von Forschung, Energie und Klimaschutz die Geschwindigkeit zu erhöhen.

Ich bin deshalb auch der Meinung, dass wir beispielsweise bei Automobilen nicht nur eine Abwrackprämie, sondern in Absprache mit den Automobilherstellern auch eine Innovationsprämie brauchen. So soll den neuen Motoren und Antrieben zur Marktdurchdringung verholfen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen alles tun, was der Rettung der Wirtschaft, der Rettung der Arbeitsplätze und dem Erhalt unseres Wohlstands dient. Der Freistaat Bayern legt deswegen den größten Schutzschirm seiner Ge-

schichte mit insgesamt 60 Milliarden Euro auf. Das ist ein Jahresetat des Haushalts. Das ist schon eine Riesensumme.

Warum können wir das überhaupt? – Wir haben gut vorgesorgt. Wir haben keine Schulden gemacht und alte Schulden zurückgezahlt. Wir haben übrigens auch noch hohe Rücklagen und deswegen eine hohe Bonität.

Der Wirtschafts- und der Finanzminister haben die Konzepte entwickelt, die uns helfen, durch diese Krise zu kommen: Steuerstundungen und die Rückzahlung von Vorauszahlungen. – Nur um mal die Dimension zu vermitteln: Bislang gibt es 154.000 Anträge über eine Summe von 3,4 Milliarden Euro. Diese fehlen natürlich als Einnahme. Daraus ergeben sich auch die Summen, die wir brauchen. Es geht nicht nur um das, was wir ausgeben, sondern auch um das, was uns an Einnahmen fehlt.

Wir haben eine bayerische Soforthilfe aufgelegt. Betriebe können je nach ihrer Größe – insbesondere der Mittelstand – bis zu 50.000 Euro Soforthilfe bekommen. Wir haben die Zielgruppen um Landwirtschaft, Vereine, Stiftungen und gemeinnützige GmbHs erweitert, um so viele wie möglich in die Hilfsprogramme aufzunehmen. Bislang gibt es über 400.000 Anträge mit einem Volumen von über 2 Milliarden Euro.

Bislang sind schon über 700 Millionen Euro ausgezahlt. Es ist wichtig, die Auszahlungen an Prüfungen zu koppeln. Die Prüfungen müssen aber noch schneller werden. Wir arbeiten daran.

Neben Soforthilfen – also direktem Geld – sind natürlich Kredite entscheidend. Wir haben das gesamte Kreditvolumen ausgeweitet und auf neue Beine gestellt. Im Mittelpunkt steht dabei die LfA. Sie ist die zentrale Gelenkachse für Liquidität.

Wir haben mehrere Bankengespräche geführt, denn es ist vor allem wichtig, Haus- und Förderbank in eine Linie zu bringen. Die LfA hat einen Corona-Kredit entwickelt, der statt, wie bislang, bis zu 5 nun bis zu 30 Millionen Euro geht. Dieser Kredit kann nicht, wie bislang, bis zu 5, sondern bis zu 10 Jahre getilgt werden. Der gesamte Bürgschaftsrahmen von bislang 100 Millionen Euro ist auf 12 Milliarden Euro erweitert worden.

Der Corona-Kredit hat – übrigens immer im Einklang mit dem Bund, der KfW – eine Absicherung von 80 bis 90 %. Wir ergänzen das als derzeit einziges Bundesland für die kleineren Betriebe von null bis zehn Mitarbeitern noch um eine hundertprozentige Absicherung von bis zu 100.000 Euro durch die LfA. Das könnte gerade im Bereich der Gastronomie und in ähnlichen Bereichen ein ganz zentrales Schlüsselinstrument sein. Dies dürfte gerade für kleinere Betriebe eine echte, wirkliche und nachhaltige Überbrückungshilfe sein. Viele können damit auch in diesen schwierigen Zeiten überleben und müssen keine Insolvenz anmelden.

Schließlich gibt es den BayernFonds, über den auch heute und in den nächsten Tagen beraten werden wird. Was ist der BayernFonds? – Das Erste ist immer direkte Hilfe, Soforthilfe. Das Zweite sind Kredite mit niedrigen Zinsen, die irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Das Dritte ist aber, dass manchen keine Kredite helfen; manche brauchen Eigenkapitalersatz. Hier kommt der BayernFonds zum Zuge.

Wir haben die Struktur des BayernFonds übrigens parallel zum Bund entwickelt. Das ist auch dafür wichtig, um von der Europäischen Union die Genehmigung zu bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte unterschätzen Sie nicht: In Europa und in anderen Partnerländern wird schon sehr genau verfolgt, was Deutschland und was wir alles machen und wie wir uns aufstellen. Es herrscht sogar die Sorge vor, wir könnten aus dieser Krise in der Relation – nicht absolut – vielleicht sogar stärker herauskommen. Wir müssen versuchen, das immer im Einklang mit unseren Nachbarn zu organisieren.

Der BayernFonds gibt keinen Kredit, sondern liefert Eigenkapitalersatz. Im Grunde genommen wird der Freistaat auf eine bestimmte Zeit stiller Teilhaber in solchen Unternehmen, die systemrelevant sind und die wir vor Übernahme oder Ausverkauf schützen wollen. – Die Konstruktion ist, wie gesagt, vom Bund. Wir sind aber zur Übereinstimmung gekommen, dass wir dazu ein parlamentarisches Begleitgremium brauchen, denn am Ende muss alles vom Parlament unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ich glaube, das ist das stärkste Wirtschafts- und Finanzprogramm des Freistaats Bayern seit dem Zweiten Weltkrieg.

Ich weiß, dass ich jetzt länger und sehr umfangreich gesprochen habe. Ich wollte Ihnen und der Bevölkerung aber darstellen, was alles passiert. Ich wollte Ihnen den medizinischen Aspekt, den Aspekt des öffentlichen Lebens, die Einschränkungen und Lockerungen, aber auch unsere Aufgaben darstellen. Natürlich wollte ich auch den wichtigen Aspekt der Wirtschaft darstellen.

Corona bleibt. Corona schläft nicht. Wir – wenn ich das sagen darf – schlafen aber auch nicht. Ich habe hier vor vier Wochen versprochen, dass wir zu hundert Prozent auf Corona fokussiert sind. Wir halten dieses Versprechen ein.

Wir können nach vier Wochen die Bilanz ziehen, dass wir hoffentlich das Schlimmste überstanden haben. Wir sind aber nicht durch. Wir müssen wirklich wachsam bleiben. Es gibt keinen Anlass zu Leichtsinn oder Schludrigkeit.

Ich verstehe alle, die schneller sein wollen. Das ist menschlich und sogar nicht unsympathisch. Ich verstehe das. Ich bitte aber um Verständnis dafür, dass wir die Gesamtverantwortung tragen und den Überblick über die Gesamtentwicklung behalten müssen.

Wir müssen einen Weg finden, alles zusammenzubringen: Freiheit und Sicherheit. Wir müssen das gut organisieren. Wir müssen einen Weg finden, uns weder zum Lobbyisten für die eine noch für die andere Seite zu machen. Wir wollen die nächsten Etappen besonnen angehen, mit Hoffnung, aber auch mit Sorgsamkeit, Umsicht und Geduld. In der Ruhe liegt die Kraft. Diesen Politikansatz habe ich weder als junger Mann noch als junger Finanzminister zum Kernsatz meiner Philosophie erklärt. Ich kann nur feststellen, dass dieses Motto jetzt hilft. Ruhe und Geduld helfen und bringen uns weiter.

Wir haben gemeinsam – das sage ich ausdrücklich an die Abgeordneten des Landtags – Bayern bislang gut beschützt. Das wollen wir auch weiter tun. Ich bleibe dabei: Ich bin dankbar für jeden Vorschlag, der an mich herangetragen wird, egal ob direkt im Parlament, per SMS oder Anruf. Vorschläge sind mehr als zulässig. Diskussionen über den richtigen Weg sind mehr denn je notwendig.

Mir ist klar, dass wir nur gemeinsam und in gemeinsamer Verantwortung diese Krise bewältigen können. Wir sollten uns darüber nicht täuschen, dass der Rest der Welt im Moment auf Deutschland und Bayern schaut und feststellt, dass es nicht so schlecht ist, wie wir das machen. Wie bereits gesagt, haben wir aber wahrscheinlich noch nicht einmal die Halbzeit erreicht. Jeder weiß aus verschiedenen Sportarten, dass in der zweiten Halbzeit noch viele Fehler passieren können.

Diese möchte ich in Bayern vermeiden. Deshalb habe ich folgenden Appell: Bitte lassen Sie uns weiterhin gemeinsam verantwortungsvoll diskutieren, meinetwegen auch streiten, aber dann klug entscheiden. Ich wünsche uns gemeinsam viel Erfolg, viel Hoffnung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Umsicht und Klugheit. Gott schütze unser Land weiter so gut, wie er es bisher getan hat!

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Wir beginnen mit der Aussprache. Die Gesamtredezeit wurde im Ältestenrat auf sechzig Minuten festgelegt. Die Redezeiten werden jetzt neu berechnet, da der Ministerpräsident verständlicherweise länger gesprochen hat. Die Redezeit der CSU verlängert sich um 13, die der GRÜNEN um 6, die der FREIEN WÄHLER um 5, die der AfD um 3, die der SPD um 3 und die der FDP um 2 Minuten. Die Redezeiten werden angezeigt werden. Damit eröffne ich die Aussprache. – Als erster Redner hat der Kollege Hartmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die letzten fünf Wochen haben uns alle vor gewaltige Herausforderungen gestellt, die wir so noch nicht erlebt oder gekannt haben. Die Bilder der letzten Wochen aus Norditalien haben gezeigt, wie die Infektionskurve außer Kontrolle geraten ist und die Krankenhäuser dort an ihre Leistungsgrenze gestoßen sind. Wir haben Berichte von Pflegekräften und Ärzten gelesen, die am Ende ihrer Kräfte waren und nicht mehr helfen konnten, obwohl sie helfen wollten, weil Intensivbetten und Beatmungsgeräte gefehlt haben.

Es war richtig, dass wir in Bayern schnell und umfassend gehandelt haben. Das möchte ich ganz deutlich sagen. Die getroffenen Maßnahmen zeigen eine deutliche und positive Wirkung. Der Ministerpräsident hat bereits davon gesprochen, wie sich die Kurve in den letzten Tagen und Wochen entwickelt hat. Das ist das Verdienst vieler Menschen im ganzen Land. Wir haben es geschafft, unser Gesundheitssystem im leistungsfähigen Korridor zu halten. Das ist das Verdienst der Menschen in diesem großartigen Land. Ich möchte betonen, dass das auch ein Verdienst des eigenverantwortlichen Handelns der Bevölkerung ist – das haben die letzten Tage deutlich gezeigt. Viele haben von sich aus Abstand gewahrt, auch wenn nicht alle Maßnahmen vorgeschrieben waren. Junge Menschen haben sich in ihrer Freiheit eingeschränkt, um ältere Menschen vor dem Virus zu schützen. Das ist gelebte Solidarität, und die macht unser Land so stark.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die letzten Wochen haben auch gezeigt, dass das Gemeinsame stärker ist als das Trennende in unserem Land. Darauf können wir, die große demokratische Hälfte im Hohen Haus, stolz sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, seit letzter Woche genesen mehr, als sich neu infizieren. Damit ist der Ausbruch in Deutschland beherrschbar geworden. Es hat mich gefreut, vom Bundesgesundheitsminister folgenden Satz zu lesen: "Unser Gesundheitssystem war nie überfordert." Ich möchte ergänzen: trotz der vielen systembedingten Schwächen in unserem Gesundheitssystem. Diese wurden verursacht durch einen immer höheren Kostendruck und eine verkehrte Politik der letzten Jahre. Trotzdem haben alle im Gesundheitswesen tätigen Personen diese Situation hervorragend gemeistert. Diesen Personen gilt ein ganz großes Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Dankeschön ist mit dem Versprechen verbunden, dass wir GRÜNE uns auch weiterhin dafür einsetzen werden, dass diese Schwächen im System abgestellt werden. Wir wollen weiter für eine bessere Bezahlung unserer Pflegekräfte kämpfen.

Ein wichtiger Punkt, der in den letzten Tagen mehrfach erwähnt worden ist, ist die Tatsache, dass wir trotz der vielen Erfolge der letzten Wochen zugeben müssen, dass die Gesundheitsgefahr durch das Coronavirus noch präsent ist. Die Gefahr wird erst dann endgültig verschwinden, wenn ein Impfstoff oder ein Medikament vorhanden ist. Das kann dauern. Wir müssen mit der Herausforderung durch das Coronavirus leben lernen. Wir müssen einen Weg in einen Alltag zurück finden, der unser Gesundheitssystem immer im leistungsfähigen Korridor hält. Das wird die Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein.

Ich möchte mich angesichts der kurzen Debattenzeit, die wir uns wegen des Infektionsschutzes auferlegt haben, auf zwei wesentliche Punkte konzentrieren, die bis jetzt zu kurz gekommen sind:

Erstens. Das Thema Lockerungen. Wir müssen dabei an die Interessen der jüngsten Menschen genauso denken wie an die Interessen der älteren.

Zweitens. Das Thema Konjunkturprogramme. Dabei muss auch der Klimaschutz angepackt werden. Zwischen einem fürsorgenden und einem bevormundenden Staat besteht ein sehr schmaler Grat. Die starken freiheitlichen Eingriffe der letzten Wochen waren nötig, um den Anstieg der Infektionen beherrschbar zu machen und um wertvolle Zeit für die Steigerung der Versorgungskapazitäten in den Krankenhäusern zu gewinnen. Beides haben wir erreicht. Wenn aber Einschränkungen von Freiheit und Grundrechten nicht mehr verhältnismäßig sind, dann wird deren Rücknahme rechtlich und moralisch zur Pflicht.

Nachdem in den letzten Wochen für viele Bereiche bereits Lockerungen angekündigt worden sind – der Ministerpräsident hat heute weitere genannt –, bleibt die Situation für Kinder und Familien weiterhin ein blinder Fleck. So richtig es ist, für gefährdete ältere und kranke Menschen besondere Maßnahmen zu ergreifen, damit deren Infektion verhindert wird, so ist es genauso das Gebot der Stunde, unsere Kinder nicht zu isolieren. Während die Schülerinnen und Schüler der Abschluss- und Übertrittsklassen zumindest ein Datum dafür haben, wann der Unterricht, wenn auch eingeschränkt, wieder anfangen kann, gilt für unsere Kleinsten und Kleinen weiterhin nur das Prinzip Hoffnung. Aus Kindersicht sind ein, zwei Monate eine Ewigkeit. Das ist eine Ewigkeit, in der sie nicht in die Schule oder den Kindergarten gehen dürfen. Kinder brauchen nicht nur Mama und Papa, sondern auch andere Kinder zum Spielen, um gemeinsam ihre kleine Welt kennenzulernen. Um das wieder möglich zu machen, sind andere Wege nötig. Kinder brauchen Kinder wie die Luft zum Atmen.

Ich finde es schön – das wurde bereits angesprochen und angekündigt –, dass Eltern hinsichtlich der Kinderbetreuung finanziell entlastet werden sollen, damit die Belastung nicht bei den Trägern hängen bleibt. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Personalmangel in den Kinderkrippen eine ganz entscheidende Herausforderung ist. Wir hören immer wieder Berichte, dass sich erste Betreuungskräfte, die sich in Kurzarbeit befinden und deren Einkommen dadurch geschmälert ist, anderweitig auf dem Arbeitsmarkt umschauchen, da sie die Mieten bezahlen müssen. Wir wollen bei der Kinderbetreuung kein Personal verlieren, sondern es behalten. Daher sind die angekündigten finanziellen Entlastungen der richtige Weg.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin angesprochen, dass es darum geht, schneller zu sein. Darum geht es nicht. Das ist die falsche Antwort. Vielmehr geht es darum, ein Gleichgewicht zu finden. Ein Gleichgewicht muss gefunden werden,

das die Interessen der Kinder und Eltern genauso berücksichtigt wie die Beherrschbarkeit der Infektionskurve. Uns GRÜNEN ist bewusst, dass das nicht der einfachste Weg ist. Wie so oft in der Politik ist der einfachste Weg nicht der richtige, sondern der notwendige Weg ist oft etwas schwieriger.

Hierfür braucht es Mut. Bitte verstehen Sie Mut nicht falsch. Es geht nicht darum, möglichst schnell in ein paar Wochen auf den Status wie vor fünf Wochen zu kommen. Unter Mut verstehe ich etwas, was mir im Kultusministerium und bei der frühkindlichen Betreuung etwas zu kurz kommt: pragmatisch und kreativ in anderen Bahnen zu denken, um eine bessere Betreuung zu ermöglichen. Dies kann eine Betreuung in zeitlich versetzt startenden Gruppen oder in Kleingruppen sein. Hier gibt es viele Möglichkeiten, wie wir einen Schritt vorangehen können, um den Eltern unter die Arme zu greifen.

Nehmen wir so die Menschen in den Blick, die in den letzten Wochen am meisten zu kämpfen hatten: Alleinerziehende und junge Familien, die sich zwischen Kinderbetreuung und Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes zerrissen haben, um erfolgreich an der Eindämmung des Virus mitzuwirken. Die müssen wir jetzt entlasten.

Für uns GRÜNE heißt das: Wir möchten die Notfallbetreuung ab kommendem Montag deutlich ausweiten. Aber wir möchten auch hinbekommen, dass wir im ersten Schritt bis zu ein Drittel der Normalkapazität abdecken können. Das heißt: nicht die volle Stundenzahl. Das kann heißen: in der Anfangszeit erst mal drei Stunden. Das kann heißen: für manche Kinder nur ein oder zwei Tage. Damit ist den Eltern auch viel geholfen. Das heißt nicht, gleich das volle Programm hochzufahren, sondern Wege zu finden und vor Ort mit den Trägern und den Erzieherinnen das Gespräch zu suchen, welche Möglichkeiten vor Ort angeboten werden können, damit wir Infektionsschutz, so gut es geht – da muss man bei der Kinderbetreuung ehrlich sein –, gewährleisten und die Gruppen möglichst klein halten. Wichtig ist auch, dass die Gruppen dann die gleiche Bezugsperson haben und die Kinder immer in den gleichen Gruppen bleiben. Draußen muss das zeitlich etwas entzerrt und getrennt werden, damit man, wenn es zu einer Infektion kommt, weiß, dass die Gruppe relativ klein ist. Da haben wir klare Möglichkeiten, und da erwarten wir deutlich mehr als das, was heute angekündigt worden ist.

Darüber hinaus sollten wir die Möglichkeit schaffen – das war der erste Schritt, der überfällig war –, die Kontaktsperre etwas zu lockern, indem man sich auch mit einer Person, die nicht im gleichen Haushalt wohnt, treffen kann. Das trifft viele Singles, viele ältere Menschen in diesem Land. Das war der richtige Schritt.

Wir sollten auch darüber nachdenken, es, sagen wir mal, zwei oder drei Familien zu ermöglichen, sich zu Betreuungsgemeinschaften zusammenzutun – natürlich immer die gleichen Familien, um das Infektionsrisiko niedrig zu halten –, um sich so zum Beispiel in Mietshäusern die Kinderbetreuung etwas aufteilen zu können und damit die Kinder gemeinsam im Innenhof spielen können. Das wäre ein Weg, den wir durchaus gehen könnten.

Auch Kinder, die die Grundschule besuchen, brauchen ein Angebot, das ihnen eine Form von Alltag zurückgibt und ihnen den Kontakt zu Lehrern ermöglicht. Wir alle wissen: Beim digitalen Lernen – das hat die Krise allen gezeigt – waren die warmen Worte der Staatsregierung der letzten Jahre etwas hoch aufgehängt. Es sieht in der Regel so aus: Es kommt ein Brief oder eine E-Mail, dann druckt man etwas aus, dann fotografiert man es mit dem Handy ab und schickt es wieder zurück. Das heißt digitales Lernen in der Grundschule. Da ist natürlich klar, dass noch Hausaufgaben zu machen sind, um dort besser zu werden. Aber wir haben jetzt den Status quo. Damit müssen wir zurechtkommen. Das kann heißen, dass wir anfangen, den Kindern mal wieder Kontakt zur Lehrkraft zu ermöglichen. Das ist für die pädagogische Bildung ganz wichtig. Wir könnten doch Kindersprechstun-

den einführen, wo die Kinder am Anfang einen Tag in der Woche – auch die Erst-, Zweit- und Drittklässler – zur Lehrerin kommen und das zu Hause Gelernte mit der Lehrkraft durchgehen können. Damit halten wir die Infektionskurve deutlich unten. Da können wir deutlich Schritte vorangehen und dort mehr machen. Dann würden wir einen gangbaren Weg gehen. So können wir unseren Kindern Schritt für Schritt ihr Recht auf Gegenwart zurückgeben. Um das deutlich zu sagen: Es ist ganz klar, dass der Besuch bei Oma und Opa leider noch etwas länger auf sich warten lassen muss. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zum zweiten Punkt kommen, zum Thema "Konjunktur stützen und Klima schützen", so würde ich das mal nennen. Wir alle wissen, dass wir nach der Corona-Krise umfangreiche Konjunkturprogramme brauchen werden. Da sind wir uns hier im Hohen Hause alle einig. Unser grüner Leitgedanke ist hier: Sicher durch die Krise, nachhaltig aus der Krise.

Erstens. Die Infektionszahl muss beherrschbar bleiben. Daher brauchen wir dringend Lösungen für diejenigen, die in Bereichen arbeiten, in denen es erst nach und nach sehr vorsichtig zu Lockerungen wird kommen können. Wir müssen den Menschen und den Betrieben aus den Bereichen Kultur, Gastro, Tourismus und Kreativwirtschaft Brücken bauen, damit wir ihre Leistung für unser Land nicht dauerhaft verlieren. Da ist es ein schöner, richtiger Schritt, dass Sie das Modell aus Baden-Württemberg jetzt aufgegriffen haben, bei dem Künstler jetzt 1.000 Euro im Monat bekommen. In Baden-Württemberg läuft das seit mehreren Wochen sehr erfolgreich. Schön, dass Bayern da nachgezogen hat.

Im Bereich Gastronomie sollten wir unterscheiden. Ich weiß nicht, ob ich Sie bei Ihrer Regierungserklärung richtig verstanden habe. Ich finde es richtig, in Krisenzeiten ganz ehrlich mit den Menschen zu kommunizieren – das ist kein Vorwurf, sondern nur mal kurz ein Gedankenanstoß – und in diesem Bereich zwischen Diskotheken und Vergnügungsstätten sowie Gastro, wo es zum Beispiel um den Mittagstisch geht, zu unterscheiden. Da kann man sicher anders vorgehen als bei der Diskothek, die leider sicherlich noch relativ lange nicht wird öffnen können.

Zweitens heißt für uns der Leitgedanke "Sicher durch die Krise, nachhaltig aus der Krise" im doppelten Sinne: Wir müssen unsere Wirtschaft in eine nachhaltige Zukunft führen mit den Konjunkturprogrammen, die jetzt aufgelegt werden. Die Szenarien der Banken- und Finanzkrise nach 2008 dürfen sich nicht wiederholen. Die Erdüberhitzung geriet damals aus der politischen und öffentlichen Wahrnehmung. Wertvolle Zeit ist verloren gegangen, um die ökologische Transformation unserer Wirtschaft voranzubringen. Das darf sich nicht wiederholen. Jetzt ist die Zeit, die Konjunktur zu stützen, Innovationen zu beschleunigen und neuen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, die Konjunktur anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Da sollten wir die Krise durchaus als Chance begreifen zu steuern, wie wir nachher aus dieser Krise hervorgehen werden. Konjunktur stützen, Klima schützen – das muss die Messlatte unserer Konjunkturprogramme sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stützen unsere Wirtschaft mit Milliarden Euro, die unsere Kinder später aufbringen müssen. Wir haben daher die Verantwortung, die Gelder so auszugeben, dass das auch in ihrem Sinne ist. Spätestens seit Fridays for Future ist klar und, Herr Ministerpräsident, aus Ihren Gesprächen mit Ihren Kindern ist auch Ihnen bewusst geworden: Die junge Generation erwartet von uns mehr Klimaschutz. Jetzt in der Corona-Krise helfen wir alle generationsübergreifend zusammen, um ältere und kranke Menschen vor dem Coronavirus zu schützen. Das ist richtig und nötig.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Hoffnung, dass wir uns nach der Corona-Krise genauso entschlossen und generationsübergreifend dem Kampf gegen die Klimakrise stellen werden, und das im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich für die CSU-Fraktion dem Kollegen Thomas Kreuzer das Wort.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwierige Wochen liegen hinter uns; aber sie haben auch gezeigt: Wir können auf die Menschen in Bayern stolz sein. Sie haben in den vergangenen Wochen bewiesen, dass sie mit Krisen wie Corona umgehen können, dass sie Geduld und Vernunft zeigen, dass sie jeden Tag neu versuchen, das Beste aus der Situation zu machen, nicht nur für sich selbst, sondern eben auch für die anderen. Dafür, meine Damen und Herren, gilt den Menschen in Bayern großer Dank und tiefer Respekt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke allen, die sich in den vergangenen Wochen und gerade auch an den Osterfeiertagen so verantwortungsvoll an die Corona-Maßnahmen gehalten haben. Ich weiß: Das fällt nicht leicht, erst recht an Ostern, wo wir es sonst gewohnt sind, Gottesdienste zu besuchen, unsere Familien zu treffen und Ausflüge zu unternehmen. Aber in diesem Jahr war es gerade Gebot der Stunde, das alles zu unterlassen; denn nur der Verzicht darauf hilft, das Coronavirus einzudämmen. Insofern haben die Menschen in Bayern eine enorme, nicht zu unterschätzende Gemeinschaftsleistung vollbracht, die von jeder und jedem eine große Portion Selbstdisziplin eingefordert hat. Nur so war es möglich, die Verbreitung des Coronavirus deutlich zu bremsen. Der Ministerpräsident hat ja gesagt: Am Anfang der Krise ein Infizierter und sechs Ansteckungen, inzwischen ein Infizierter und wohl weniger als eine Ansteckung. Es ist in diesem Land also zu gewaltigen Veränderungen gekommen.

Darüber hinaus ist zu spüren, dass Corona in der Gesellschaft zu neuer Solidarität, zu großer Hilfsbereitschaft und vielfältiger Nachbarschaftshilfe geführt hat. Mit kreativen Ideen werden neue Formen der Kommunikation entwickelt, damit wir mit Familienangehörigen, mit Senioren, mit Kranken und mit einsamen Menschen trotz allem weiter in Verbindung bleiben können. Aus allen Teilen Bayerns hören wir, wie dort fleißig von Ehrenamtlichen Mund- und Nasen-Schutzmasken genäht werden. Diese Schutzmasken werden in den nächsten Wochen, spätestens aber mit Beginn der nächsten Woche, einen wichtigen Beitrag zu mehr Normalität leisten.

Vor allem erleben wir einen unglaublichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen. Völlig zu Recht hat die Staatsregierung den Pflegekräften für ihre besonderen Leistungen eine Anerkennung von 500 Euro zuerkannt. Wir konnten angesichts dieser schrecklichen Nachricht aus Kanada, aus diesem Pflegeheim, sehen, meine Damen und Herren, wie schnell etwas außer Kontrolle geraten kann, wenn die Menschen aus Angst vor Ansteckung nicht mehr dieser Arbeit nachgehen. Deswegen müssen wir sie, was die Schutzausrüstung angeht, bestmöglich unterstützen.

Ich danke allen Pflegekräften noch einmal ausdrücklich für ihre schwere Arbeit in diesen Tagen. Danken möchte ich auch den Ärzten, die sich beispielsweise freiwillig für den Kampf gegen Corona gemeldet haben, und den vielen Medizinstudenten, die nun unmittelbar in den Kliniken ihren Dienst leisten. Ich danke auch der Polizei, die seit Wochen die Einhaltung der Corona-Beschränkung kontrolliert. Ich

kann mir vorstellen, dass die meisten Verständnis haben. Das haben aber nicht alle, meine Damen und Herren, und das ist teilweise auch unangenehm. Daneben muss die Polizei natürlich ihren vielen sonstigen Aufgaben für den Schutz unserer Bevölkerung uneingeschränkt weiter nachkommen. Ich danke den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die in schwierigen Zeiten bravourös ihre tägliche Arbeit machen und damit das Leben in unserem Land aufrechterhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tatsache ist: Bayern war und ist stärker von Corona betroffen als andere Regionen in Deutschland. Deshalb war es absolut richtig und vorausschauend von Ministerpräsident Söder und der Staatsregierung, nicht zu zögern und auf andere zu warten, sondern möglichst frühzeitig Verantwortung für die Menschen in Bayern zu übernehmen und mit aller Konsequenz gegen das Coronavirus vorzugehen. Wir haben in Bayern frühzeitig und entschlossen zur Eindämmung der Pandemie reagiert. Die Entwicklung zeigt, bei aller Vorsicht, mit unseren harten Maßnahmen und Beschränkungen ist es trotz der Nähe zu Brennpunkten wie Italien und Österreich gelungen, die weitere Ausbreitung des Virus in Bayern erfolgreich und effizient einzudämmen. Das bestätigt unseren Kurs und damit unseren Ministerpräsidenten. Ihm gebührt dafür Lob, meine Damen und Herren. Im Nachhinein lässt sich leicht sagen, dass die Menschen dies akzeptiert haben. Aber bevor man es anordnet, weiß man das nicht, meine Damen und Herren. Deswegen gehört zu solchen Anordnungen großer Mut. Dafür herzlichen Dank, Markus Söder!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die positive Entwicklung der Fallzahlen in Bayern wie auch die Tatsache, dass Länder, die Corona zunächst ohne wesentliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens in den Griff bekommen wollten, letztlich aber doch auf den Kurs eines harten Shutdown eingeschwenkt sind, sind der beste Beweis, dass unsere Corona-Strategie bisher richtig gewesen ist. Wir dürfen dabei aber keinen Augenblick die Belastungen für die Menschen, die in Kurzarbeit sind, die ihre Familienangehörigen nicht sehen können, die Kinderbetreuung und Beruf zu Hause schultern müssen, vergessen. Herr Kollege Hartmann hat sein Kapitel auf die Kinderbetreuung und die Schulen ausgerichtet. Wir werden hier schrittweise vorangehen. Ich sage aber auch: Es macht wenig Sinn, nur ein paar Stunden am Tag die Kinder zu betreuen, wenn die Eltern dann nach zwei Stunden in die Schule fahren und sie wieder nach Hause holen müssen und das meiste dann doch zu Hause stattfinden muss. Wir müssen uns also schon wirklich gute Lösungen überlegen, die die Menschen dann auch nachhaltig entlasten.

Wir vergessen auch nicht die Unternehmer und die Selbstständigen, die sich Sorgen um ihre Existenz machen, oder unsere Wirtschaft, die enorme Einbußen zu verkraften hat. Letztlich wollen und müssen wir aber zuallererst die Gesundheit und das Leben der Menschen schützen. Das ist die schwere Verantwortung der Politik in diesen Tagen. Gerade bei einer so existenziellen Herausforderung zählen Transparenz, Offenheit und Vertrauen. Markus Söder genießt dieses Vertrauen der Menschen. Wir sind mit der überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger froh, dass er an der Spitze Bayerns steht und verantwortungsvoll und verlässlich handelt.

Fest steht aber auch, liebe Freunde, wir sind nicht über dem Berg. Das möchte ich unterstreichen. Von Entwarnung oder von einer sofortigen Rückkehr zum Alltag wie vor der Pandemie kann leider keine Rede sein. Es gilt nach wie vor: Vorsicht walten, Abstand halten. – Auch wenn wir erste Erfolge feststellen, deutet vieles darauf hin, dass wir das Virus nicht so schnell endgültig loswerden. Alle Experten sagen uns, dass die Entwicklung eines Impfstoffes oder eines einsatzfähigen Medikaments nach wie vor nicht verlässlich absehbar ist. Im Moment haben wir auch noch

keine zuverlässigen Antikörpertests, um mit ausreichend hoher Genauigkeit sagen zu können, wer gegen das Virus immun ist. Es stimmt aber hoffnungsvoll, dass schon in wenigen Wochen ein Antikörpertest mit extrem hoher Verlässlichkeit verfügbar sein soll. Das ist ein Test, der in Bayern entwickelt wurde, nämlich in den Labors von Roche in Penzberg. Vorläufig gilt aber bis auf Weiteres: Wir dürfen keine nicht vertretbaren Risiken eingehen, sonst drohen uns schwere Rückschläge. Ich muss es so deutlich sagen: Ein Rückschlag bedeutet in diesem Fall im Endeffekt den Verlust von Menschenleben. Wir müssen deshalb eine Strategie finden, mit Corona umzugehen. Wir dürfen die Menschen nicht mehr als unbedingt nötig belasten. Gleichzeitig müssen wir das Virus in Schach halten, damit vor allem gefährdete Gruppen bestmöglich geschützt werden können. Mit anderen Worten, der Lockdown war vergleichsweise einfach. Die Lockerung dagegen wird umso komplizierter. In dieser Situation bin ich einmal mehr dankbar für den Föderalismus. Es muss zum Schutz der Menschen gerade jetzt möglich sein, auf regionale Besonderheiten und besondere Risikolagen angepasst einzugehen. Wir gehen natürlich den von den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin vereinbarten Weg mit. Wir verlieren dabei aber nicht aus dem Blick, dass Bayern im Moment von Corona deutlich stärker betroffen ist als manch andere Länder, gerade im Norden und im Osten der Bundesrepublik Deutschland. Zum Glück erlaubt es unser Föderalismus, dass Bayern bei der Lockerung der Corona-Beschränkungen behutsamer vorgehen kann und eigene Lösungen entwickeln darf. Es ist richtig, die Ausgangsbeschränkung etwas zu lockern, sie aber im Großen und Ganzen bis zum 3. Mai zu verlängern.

Wir müssen alles tun, um den Menschen unsere Maßnahmen zu jedem Zeitpunkt bestmöglich zu erklären. Die Phase eins, der Lockdown, ist verhältnismäßig einfach zu erklären gewesen: Jeder bleibt zu Hause, Kontakte werden vermieden. Es gibt vier Ausnahmen: Man darf seiner Beschäftigung nachgehen, soweit man dies nicht von zu Hause aus kann. Die tägliche Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten muss aufrechterhalten werden, ebenso die medizinische Versorgung der Menschen durch Arztbesuche, und der Mensch darf sich auch bewegen. Er muss nicht ständig in seinen vier Wänden sein. Alles andere aber war untersagt, um möglichst wenig Kontakte insgesamt zuzulassen. Ich glaube, das haben wir gut vermittelt, und das ist auch begriffen worden. Deshalb war es zu dieser Zeit auch keine Frage, ob darüber hinausgehende Tätigkeiten besonders gefährlich oder besonders ungefährlich sind. Wir haben alle sonstigen Tätigkeiten, die nicht lebensnotwendig sind, untersagt, um insgesamt einen möglichst hohen Infektionsschutz bieten zu können. Jetzt aber kommen wir in eine Phase, wo wir Beschränkungen nach und nach aufheben, auch aufheben müssen, weil das öffentliche Leben nicht vollständig zum Erliegen kommen kann. Die Menschen fragen sich natürlich: Warum so langsam? Warum eine stufenweise, eine sektorale Lockerung? – Darauf gibt es gute Antworten, die man auch kommunizieren kann.

Wir wissen viel über dieses Virus, dass es sich nämlich exponentiell verbreitet. Wir wissen aber beispielsweise nicht genau, wo die Hauptverbreitung stattfindet. Deswegen ist eine stufenweise sektorale Lockerung sinnvoll, meine Damen und Herren. Würden wir jetzt gleichzeitig die Ladengeschäfte öffnen, die Gastronomie öffnen, die Schulen öffnen, und wir hätten morgen einen massiven Anstieg der Infektionszahlen, dann hätte dies zur Folge, dass wir dies alles wieder auf einen Schlag zurücknehmen müssen, weil wir – wenn wir so verfahren – nicht wissen können, ob es an der Schulöffnung, an der Ladenöffnung oder an der Gastronomie liegt.

Deswegen ist es sinnvoll, meine Damen und Herren, sektoral zu öffnen, dies zu beobachten und – wenn die Angelegenheit nicht zu einer Verschärfung führt – den nächsten Sektor zu öffnen und dies zu beobachten. Sollte es sich beispielsweise bei der Öffnung der Gastronomie wirklich herausstellen, dass dann die Zahlen im

dritten Schritt steigen, dann müssen wir nicht alles wieder zumachen, meine Damen und Herren, weil wir dann nämlich wissen, es waren nicht die Ladengeschäfte, es waren nicht die Sportstätten, sondern wir müssen bei den Regeln für die Gastronomie nachschärfen.

Deswegen ist dieses stufenweise Vorgehen so wichtig. Alles gleichzeitig in breitem Umfang zu öffnen, führt dazu, dass, wenn die Zahlen steigen, man wieder alles gleichzeitig schließen muss, meine Damen und Herren. Dies müssen wir den Menschen vermitteln. Das ist in unserem Interesse. Ich will – wenn es irgendwie vermeidbar ist – nie mehr erleben, dass wir im gesamten Leben wieder solche starken Beschränkungen machen müssen, liebe Freunde.

Deswegen ist es richtig, schrittweise zu öffnen. Bei der Kinderbetreuung die Notversorgung auszuweiten und die Schulen frühzeitig zu schließen, war richtig. Jetzt, meine Damen und Herren, ist es auch richtig, sie unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen wieder schrittweise zu öffnen. Genauso richtig ist es aber auch, die Universitäten nicht zu öffnen, weil dort das digitale Lehren viel besser und unproblematischer möglich ist als beispielsweise bei Grundschulkindern. Genauso ist es richtig, die strengen Zugangsregeln für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen aufrechtzuerhalten, aber in gewissen Fällen, beispielweise bei Sterbenden, auch Ausnahmen zuzulassen. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Gleichzeitig ist es unerlässlich, weiterhin auf der Hut zu sein, wie es unsere Corona-Strategie vorsieht. Wir brauchen eine optimale Eindämmung, Rückverfolgung und Unterbrechung von Infektionsketten. Weitere Lockerungen einschränkender Maßnahmen kommen daher, wie ich gerade ausgeführt habe, nur stufenweise in Betracht, wobei klar sein muss, meine Damen und Herren: Wir wollen alle möglichst schnell und möglichst umfassend lockern. Niemand will den Menschen Beschränkungen auferlegen, die nicht notwendig sind. Wir müssen aber immer prüfen, ob dies möglich ist und ob dies verantwortbar ist.

Parallel federn wir die Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte so gut wie möglich mit einem Finanzpaket ab, wie es in der Geschichte Bayerns einmalig ist. Über 700 Millionen Euro Soforthilfen waren letzte Woche bereits zur Auszahlung bewilligt. Allein in dieser Woche bringen wir mit dem 2. Nachtragshaushalt eine Erhöhung des Corona-Sonderfonds um weitere 10 Milliarden Euro auf den Weg. Wir erhöhen den staatlichen Bürgschaftsrahmen für die LfA um 10 Milliarden Euro, damit auch für Kleinunternehmen Kredite schnell mit hundertprozentiger Haftungs-freistellung vergeben werden können.

Ich will den Menschen aber deutlich sagen: Wir können nicht alles kompensieren. Wir können auch nicht jeden Ausfall bei den Kommunen kompensieren. Die Krise wird dieses Land natürlich – ich hoffe, nur vorübergehend – ärmer machen, meine Damen und Herren, und zwar fast alle: Staat, Kommunen und viele in der Wirtschaft und im Arbeitsleben Betroffene. Wir wollen aber mit aller Kraft helfen, damit unsere Betriebe und damit auch die Beschäftigten möglichst gut durch die Krise kommen. Darauf können sich die Menschen in Bayern verlassen.

Ich begrüße die weiteren Maßnahmen, die Herr Ministerpräsident Söder heute angekündigt hat. Ich halte sie für richtig, will sie nicht kommentieren, will aber, meine Damen und Herren, eines hinzufügen: Wir werden auch an jene denken, die von Beschränkungsmaßnahmen besonders lange betroffen sind, meine Damen und Herren. Es ist ja ein Unterschied, ob ich jetzt beispielsweise im Handel nach wenigen Wochen wieder beginne – und ich hoffe einmal, dass wir Anfang Mai den gesamten Handel mit den entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen wieder aufnehmen können – oder ob beispielsweise gewisse Bereiche das ganze Jahr nicht mehr tätig werden können, meine Damen und Herren. Ich nenne beispielsweise jemanden, der in dem Gewerbe, große Volksfeste zu veranstalten, in irgendeiner Weise

tätig ist. Hier müssen wir genau hinschauen, meine Damen und Herren; denn es kann ja nicht angehen, dass wir ganze Branchen verlieren, weil sie insgesamt keine Geschäftstätigkeit mehr aufnehmen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich kurz zurückschauen: Es ist gerade einmal vier Monate her, da hat die Welt erstmals von einer mysteriösen Lungenkrankheit in China gehört. Heute ist aufgrund dieser Krankheit nichts mehr so, wie es vor vier Monaten gewesen ist. Längst ist aus dem lokalen Geschehen eine Pandemie geworden, mit bis dato unvorstellbaren Auswirkungen in der ganzen Welt. Als Antwort darauf haben Regierungen weltweit das Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben heruntergefahren, nicht nur in großen Industriestaaten, auch in Ländern wie beispielsweise Nepal, Namibia oder Bolivien. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir müssen global eine neue Balance zwischen Gesundheit, Wirtschaft und Freiheit finden. Dabei geht es nicht einfach darum, dass die Politik Regeln aufstellt und Verbote ausspricht. Vor allem geht es auch um Eigenverantwortung im privaten und Eigenverantwortung im öffentlichen Leben, es geht um Rücksichtnahme, und es geht um den Schutz der besonders Schutzbedürftigen. Nicht Egoismus, sondern Solidarität und Verantwortungsbewusstsein zählen. Wenn es uns gemeinsam gelingt, das weiterhin so zu pflegen wie bisher, werden wir nach dieser Krise – davon bin ich überzeugt – stärker sein als vor dieser Krise.

Trotz allem können wir heute sagen: Wir in Bayern, wir alle gemeinsam in diesem Landtag, die Staatsregierung, die Menschen in Bayern, wir sind auf einem guten Weg. Nun müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch so bleibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Rednerin erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Die Staatsregierung ist eine Meisterin darin, die Corona-Krise als ihren Regierungserfolg zu verkaufen. Das Kabinett Söder war nicht auf die Pandemie vorbereitet, und das, obwohl die Bundesregierung bereits 2013 über die nötigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Falle einer Virus-Pandemie informiert hatte. – Es ist eben nicht so, Herr Kreuzer, dass wir erst seit vier Monaten von einer derartigen Gefahr wissen. Sie haben es versäumt, ausreichend Schutzmasken und medizinisches Gerät zu beschaffen. Das ist Fakt. Sie haben es versäumt, die Grenzen frühzeitig zu schließen, Einreisende auf Infektionen zu kontrollieren und Großveranstaltungen wie Starkbierfeste abzusagen. Sie haben es versäumt, die Kommunalwahlen zu verschieben. Diese waren nachweislich ein massiver Infektionsherd für unsere Bürger. Jetzt tun Sie so, als wären Sie die Retter der Nation. In Wirklichkeit haben Sie keine Vorsorge getroffen und in der Krise zu spät reagiert. Umso härter treffen heute die Einschränkungen das Leben unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

Es ist einzig und allein den hervorragenden bayerischen Beamten, dem medizinischen Personal und unseren Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, dass diese Regierung heute in der Öffentlichkeit so gut dasteht. Man hat fast den Eindruck, sämtliche Notmaßnahmen verkommen zusehends zu einem Show-Wettbewerb für die Kanzlerkandidatur 2021. Bayern hat mehr verdient, als zum Laufsteg eines Kanzlerkandidaten zu werden.

(Zuruf)

Doch unabhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie gilt: Die Bürger- und Freiheitsrechte und die Wirtschaft haben schweren Schaden genommen. Schon seit der Flüchtlingskrise 2015 kennt der deutsche Staat zwei Klassen von Menschen. Für Deutsche werden jetzt Grundrechte außer Kraft gesetzt; doch sogenannte Flüchtlinge können sich weiterhin auf das Asylrecht berufen. Während für uns Deutsche die Versammlungsfreiheit, die Reisefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Gewerbefreiheit, die Berufsfreiheit obsolet sind, gilt das sogenannte Grundrecht auf Asyl ohne Einschränkung. Wie wollen Sie das den Menschen erklären?

Und es drohen bereits weitere Eingriffe in unsere Freiheitsrechte. Wir als AfD wenden uns entschieden gegen die eben gepriesene Tracking-App, die Bewegungsprofile der Bürger für den Staat nutzbar macht. 4.000 Mitarbeiter wollen Sie dafür in Bayern abstellen. Wenn Sie den Menschen weismachen wollen, ihre Daten seien anonym, dann sind Sie entweder ahnungslos oder unehrlich. Daten können immer auch wieder deanonymisiert werden. Dieses stasiartige Überwachungsprogramm ist freiheitsfeindlich und unvereinbar mit den Werten unserer Demokratie und unseres Grundgesetzes.

Wir sagen ganz deutlich: Die gegenwärtige Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheitsrechte und die damit verbundene Aushöhlung unseres Grundgesetzes muss vollständig rückgängig gemacht werden. Alle Gesetze, Maßnahmen und Verordnungen sind deshalb zwingend zu befristen; ihre Verhältnismäßigkeit stets zu prüfen ist unsere Pflicht als verantwortungsvolle Opposition.

Sie sprechen heute von Verhältnismäßigkeit. Wenn die Opposition nicht achtsam gewesen wäre, dann hätten wir jetzt ein unbefristetes Infektionsschutzgesetz ohne Aufhebungsmöglichkeit für den Landtag.

Kommen wir zur Wirtschaft. Die finanziellen Folgen drohen außer Kontrolle zu geraten. Die prognostizierten Kosten eines dreimonatigen Shutdowns belaufen sich allein in Bayern auf bis zu 138 Milliarden Euro. Das bayerische BIP wird um 22 % sinken. Doch dahinter stehen nicht nur Zahlen und Statistiken, sondern Menschen und wirtschaftliche Existenzen. Ich denke zum Beispiel an unsere mittelständischen Unternehmen, an die Freiberufler, an die Familienunternehmen und auch an unsere Gastwirtschaften. Über 40.000 gastgewerbliche Betriebe mit über einer Million Mitarbeitern geraten derzeit in Existenznöte. Diesen Menschen helfen keine Kredite, Stundungen oder warme Worte, wie wir sie eben vernommen haben, sondern maßvolle Lockerungen der Sanktionen in Kombination mit einem Hygienekonzept sowie eine Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 %.

Unsere heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter, sie alle sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Diejenigen, die ihre Produktionsstandorte in Bayern haben und diesen Staat durch ihre Steuerleistung tragen, verdienen unsere besondere Wertschätzung.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen jetzt keine Durchhalteparolen, sondern eine schnelle, aber maßvolle Öffnung der Ladengeschäfte und Speiselokale unter Einhaltung der Hygienebestimmungen, schnelle und unbürokratische Hilfen für Unternehmer und Freiberufler, einen wirksamen Schutz unserer Unternehmen vor feindlichen Übernahmen und eine Enquete-Kommission, die Ihre Maßnahmen mit Argusaugen überwacht.

Wir als AfD wissen es schon lange: Die ungehemmte Globalisierung von Unternehmen und Menschen hat ihre Schattenseiten.

Und nein, wir brauchen zuvorderst keine Lösung für den Ramadan, während unser Osterfest ausfallen musste. In der Krise gilt es, zuerst auf unsere bayerische Bevölkerung zu schauen. Es gilt: unsere Solidarität und unser Geld zuerst für unsere Leute. Gott schütze Bayern! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich dem Kollegen Florian Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein Wort zu Ihnen, Frau Ebner-Steiner. Also, das war jetzt der untaugliche Versuch, aus der Krise politischen Nektar zu saugen. Der Würde dieses Hauses war das eigentlich nicht angemessen, hier so etwas zu hören, nachdem wir uns hier über Wochen im Kampf gegen das Coronavirus bemühen. Sicherlich hat die Globalisierung auch ihre Schattenseiten, aber ungebremster Nationalismus hat noch größere Schattenseiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Damen und Herren, vor gut einem Monat hat die Bayerische Staatsregierung teils weitreichende Beschränkungen des öffentlichen Lebens und des wirtschaftlichen Lebens im Rahmen der Corona-Pandemie erlassen. Das waren damals mutige Entscheidungen, die hier das Haus in seiner Gesamtheit mitgetragen hat, die aber außerhalb nicht immer so gesehen wurden. Es waren mutige und die richtigen Entscheidungen – und man kann jetzt auch mit Blick zurück sagen –, die Menschenleben gerettet haben. Die Zahlen wären nicht so, wie sie jetzt sind, wenn wir damals falsch gehandelt hätten. Hierfür gilt mein besonderer Dank natürlich der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Hubert Aiwanger vorneweg, die unermüdlich gearbeitet haben, um das Schlimmste von Bayern fernzuhalten. Wie es aussieht, konnte das Schlimmste ferngehalten werden. Wenn wir uns klug und sinnvoll weiterbewegen, werden wir auch Schlimmeres für die Zukunft verhindern können. Dazu gehört aber, dass wir vorsichtig und mit Bedacht handeln und arbeiten.

Meine Damen und Herren, auch heute wie vor vier Wochen zeigt sich: Die Bayernkoalition steht; sie steht hinter der Staatsregierung, sie steht hinter den Akteuren der Staatsregierung, und sie steht so gut – wie wir es heute auch gesehen haben –, dass kein Blatt Papier zwischen die Koalitionspartner passt, auch nicht ein Blatt einer Zeitung.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier vor allem auch denen danken, die sich unermüdlich im Kampf gegen das Virus eingesetzt haben: den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegern, den Leuten in den Pflegeheimen, aber auch im öffentlichen Dienst, vor allem auch denen in den Gesundheitsämtern, die Infektionsketten nachverfolgen und die die Tests abnehmen, alle denen, die dafür sorgen, dass wir weiterhin sicher und gesund leben können. Ihnen allen ein ganz großes, herzliches Dankeschön!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern und der Bund haben zur Bewältigung dieser Krise Steuermittel in noch nie dagewesenem Ausmaß eingesetzt, um das Leben der Menschen zu schützen, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Hier gilt mein besonderer Dank Herrn Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, unter dessen Federführung Bayern als erstes Bundesland mit Soforthilfe gehandelt hat, die später sinnvoll mit den Hilfen des Bundes verzahnt wurde, sodass hier schnelle und unbürokratische Hilfe gewährt wird. Insgesamt 400.000 Anträge wur-

den bereits gestellt, und 700 Millionen Euro wurden innerhalb weniger Wochen ausgezahlt. Das ist eine großartige Leistung. Wir müssen aber weitermachen, um den Betrieben bei uns im Land zu helfen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass die momentane Ausnahmesituation den Menschen in Bayern viel abverlangt. Das Leben hat sich in den letzten Wochen verändert. Es ist klar, dass der Ruf nach Normalität nicht nur seitens der Wirtschaft, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern immer lauter wird. Es gibt zwar Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus, aber eine Entwarnung kann noch nicht gegeben werden. Einen Rückfall und eine Überlastung des Gesundheitssystems dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Aber es ist auch die Zeit, darüber nachzudenken, wie wir immer wieder ein Stück weiter in eine neue Realität, in eine neue Normalität hineinkommen werden; denn ein einfaches Zurückkehren in die Zeit vor Corona wird es nicht geben. Es wird eine andere Welt sei, in die wir kommen.

Daher müssen wir jetzt lernen, mit der Gefahr des Virus zu leben. Wir müssen lernen, wie wir uns schützen können. Wir müssen aber auch lernen, wie wir arbeiten können. Wir müssen unser Leben der Situation anpassen.

Das Virus ist eine Gefahr, die die Menschen, die Bevölkerung bedroht. Aber es gibt viele Gefahren, die uns bedrohen. Wir haben immer gelernt, mit diesen Gefahren umzugehen, sie richtig einzuschätzen und unser Verhalten daran anzupassen. Ich glaube, das ist die Kunst, die jetzt gefragt ist, dass wir es schaffen, langsam, sukzessive in ein normales Leben zu kommen, in ein normales Leben mit diesem Virus, solange, wie es keinen Impfstoff gibt, solange, wie es keine Medikamente gibt.

Meine Damen und Herren, wie der Herr Ministerpräsident heute gesagt hat, ist der Weg gerade die schrittweise, kontrollierte Lockerung und Aufhebung, eine Lockerung, die in einer zweiten Phase der Krise kommt, in der wir wieder zu dieser Normalität finden wollen.

Besonders begrüße ich die Entscheidung bezüglich des Umgangs mit Kontaktpersonen, dass man hier Lockerungen schafft und man nun eine Kontaktperson treffen kann. Das ist gerade für viele alleinstehende Menschen wichtig und beugt dem vor, dass durch die Isolation neue Krankheiten die seelische Gesundheit betreffend entstehen. Daher ist das eine sehr wichtige und gute Lockerung.

Es gilt trotzdem, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten. Wenn wir die Abstandsregeln einhalten, wo es geht, ist das der beste Kampf und das beste Mittel gegen das Virus. Wenn das funktioniert, wenn wir das lernen, dann werden wir in Zukunft auch weitere Lockerungen durchführen können.

Insbesondere ist es auch wichtig, dass wir die Risikogruppen schützen, so lange, bis ein veritables Medikament auf dem Markt ist. Wir müssen auch darauf achten, dass wir die Risikogruppen nicht stigmatisieren und aus der Gesellschaft ausgrenzen. Sie gehören zu unserer Gesellschaft, und sie gehören auch in unsere Gesellschaft. Aber wir müssen auch hier einen Umgang lernen und pflegen, der dies möglich macht.

Darüber hinaus ist auch Weiteres notwendig: Dass wir in Zukunft trotz allem testen, testen, wer infiziert und wer immunisiert ist; damit wir ein Lagebild bekommen, wie die Situation in Bayern ist. Wie groß die Gefahr ist, können wir anhand der Tests feststellen.

Wir müssen auch für die Zukunft lernen: Wie stellen wir uns als Gesellschaft, als Freistaat Bayern in dieser Krise auf, was lernen wir daraus? Wie können wir die Zukunft so gestalten, dass wir vielleicht nicht mehr so anfällig für Pandemien sind?

Dazu gehört, dass wir sicherstellen, dass die medizinische Versorgungskapazität steht, dass gerade auch kleinere Kliniken und Krankenhäuser als Notfallzentren erhalten bleiben, dass wir auch bei Medizin- und Verbrauchsprodukten künftig wieder auf ein "Made in Bavaria" setzen, bei Produkten, die wir hier herstellen können, damit wir sicher versorgt sind, gerade was Schutzmasken, Schutzanzüge und Desinfektionsmittel angeht. Diesbezüglich ein Lob für unseren Wirtschaftsminister, der sich sehr stark dafür eingesetzt hat, dass die Versorgung damit sichergestellt wird. Aber auch ein ganz besonderes Lob für unseren Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber, der in den letzten Wochen massiv daran gearbeitet hat, dass neue Schutzmasken, neue Schutzeinrichtungen, neue Schutzkleidungen zertifiziert werden, damit sie auf den Markt kommen. Das war eine stille, aber sehr notwendige Arbeit, für die ich ausdrücklich danken möchte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Des Weiteren möchte ich unserem Kultusminister danken, der sich in Zusammenarbeit mit der Staatsregierung und der Kultusministerkonferenz der schweren Problematik angenommen hat, wie wir den Unterricht in dieser Situation gestalten können. Danke, dass gerade die Abschlussklassen eine Chance haben, dass der Unterricht ab dem 27. April wieder weitergeht.

Meine Damen und Herren, trotz allem, was geleistet wurde – von der Staatsregierung, aber auch von den Bürgerinnen und Bürgern, von jedem Einzelnen in unserem Land –, um die Gefahr zu bannen, um in der Gefahr zu bestehen, müssen wir das eine lernen: Leben mit Corona.

Mit dem Virus leben lernen heißt aber nicht, dass wir uns nur mutlos in ein Zimmer zurückziehen und nichts mehr machen. Wir müssen einen Weg in eine neue Normalität finden. In der neuen Normalität muss sich die ganze Vielfalt der bayerischen Gesellschaft wiederfinden können. Jeder muss in dieser neuen Normalität seinen Platz haben und sich wieder zu Hause fühlen.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass wir heute auch ein Signal in die Richtung von Kunst und Kultur senden. Meine Damen und Herren, Bayern ist ein Kulturstaat, wie Artikel 3 unserer Verfassung sagt. Kunst und Kultur machen das Leben in unserem Land lebenswert und verleihen ihm einen besonderen Glanz. Kunst und Kultur geben Hoffnung, geben dem Leben Sinn, geben und verleihen auch Solidarität und letztlich Menschlichkeit. Sie verleihen eine Menschlichkeit, die wir gerade in dieser Situation besonders brauchen. Daher danke ich besonders für dieses Signal an Kunst und Kultur. Ich hoffe, dass alle Kulturschaffenden baldmöglichst wieder auf den Bühnen stehen, in den Konzertsälen singen und unser Leben bereichern können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sollten wir wachsam bleiben. Die Gefahr ist und bleibt da. Wenn wir wachsam sind, können wir den optimistischen Weg im Kampf gegen das Virus weitergehen und den Kampf gewinnen. Wenn wir nicht mehr wachsam sind, wird sich das Virus schnell an uns rächen. Das müssen wir verhindern. Bleiben wir wachsam, halten wir Abstand, aber halten wir zusammen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Horst Arnold für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident! Nach wie vor gilt: Wir leben in einer Pandemie. Vorrang hat deswegen der Gesundheitsschutz.

Nach wie vor gilt auch: Die Bevölkerung hat die Maßnahmen bislang außerordentlich konstruktiv, einsichtig und innovativ begleitet. Nach wie vor gilt auch: Wir leben in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat. Das bedeutet, dass einschneidende Maßnahmen immer – und das meine ich im tagtäglichen Sinn – auf den Prüfstand der Verhältnismäßigkeit gestellt werden müssen.

Freiheit, Demokratie und Parlamentarismus haben nie Pause. Eingriffe und Beschränkungen sind deshalb fortwährend, transparent und verständlich zu erläutern. Gerade wegen der großen Einsicht der Bevölkerung ist es wichtig, sich ihren Argumenten offen und fair gegenüber zu zeigen. Natürlich werden wir dabei nicht allen Belangen Rechnung tragen können, aber es muss offen kommuniziert werden, warum das eine oder das andere nicht oder noch nicht möglich ist. Wenn das so geschieht, dann bestehen gute Chancen, auf dem bislang Erreichten aufzubauen. Ich sage aber auch ganz deutlich: Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, wenn persönliche Profilierungsversuche, abgekoppelt von Notwendigkeiten, dazu führen, ein uneinheitliches Bild im Bund und im Freistaat abzugeben. Das wird den Zielen der Pandemiebekämpfung nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere die Staatsregierung daher nachdrücklich zu einem einheitlichen und transparenten Vorgehen auf. Das erzeugt Vertrauen, und das ist letztendlich auch die Währung des Erfolgs.

Zum Stand heute ist Bayern auf einem guten Weg, diese beispiellose Krise zu bewältigen. Dennoch müssen wir weiterhin geduldig, diszipliniert und besonnen bleiben. Deshalb begrüßen wir seitens der SPD-Fraktion die behutsamen Lockerungen, die vergangene Woche im Bund und in den Ländern beschlossen worden sind. Diese Lockerungen sind gerade für Alleinstehende, aber auch für viele Arbeitgeber und Arbeitnehmer von enormer Bedeutung. Genauso wichtig ist aber: Jetzt, da die vielfältigen ökonomischen und sozial-psychologischen Folgewirkungen der Krise immer mehr in den Vordergrund rücken, müssen wir als Politiker noch deutlicher das Signal in Richtung der Bürgerinnen und Bürger senden: Ja, wir verlangen euch eine ganze Menge ab, aber wir stehen fest an eurer Seite.

Wir müssen also noch stärker den Blick darauf richten, soziale Schieflagen in diesem Land zu verhindern. In der Gesundheitsversorgung, im Bildungsbereich, in der Arbeitswelt, in den Familien, in den unterschiedlichen Regionen – überall dort ist in Rekordgeschwindigkeit bereits einiges auf den Weg gebracht worden, gerade was die Schutzschirme und die Soforthilfen von Bund und Land oder auch das erleichterte Kurzarbeitergeld angeht. Als Landesparlament müssen wir an dieser Stelle dennoch folgende Fragen kritisch stellen: Wer profitiert in Bayern noch nicht oder noch zu wenig von den Hilfen, obwohl er diese dringend braucht? Wen lassen wir noch zu sehr allein?

Unabhängig von der beklagenswerten Situation der Versorgung mit medizinischen Schutzmasken möchte ich hier drei besonders wichtige Bereiche herausgreifen: die Familien, die Arbeitswelt und die Kommunen.

Erstens. Die Familien. Unverkennbar ist, dass viele Familien in Bayern inzwischen immer mehr an die Belastungsgrenze geraten. Mit jeder Lockerung steigt auch die

Zahl systemrelevanter Berufe. Daher müssen wir die Notbetreuung für Kinder ausweiten. Es ist aber auch wichtig, diese nicht nur an den Berufsgruppen der Eltern auszurichten, sondern auch an der Belastungssituation der Eltern und vor allen Dingen der Kinder. Alleinerziehende, sozial benachteiligte Familien sowie Familien, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind auf verlässliche Unterstützungsangebote angewiesen. Viele Familien brauchen auch Unterstützung beim Homeschooling, und zwar in Form von pädagogischen und technischen Hilfsmitteln und vor allen Dingen organisatorischen Leitlinien.

Herr Ministerpräsident, es ist einfach, Themen abstrakt zu benennen. Wichtiger ist es, diese Themen konkret zu lösen. Wir brauchen tatsächlich einen Sonderfonds Ausgleichsmittel für Kita-Gebühren; denn ohne Betreuung keine Gebühren. Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen. Das ist eine ursozialdemokratische Forderung. Wir bedanken uns dafür, dass Sie das erkannt haben. Wir werden die Umsetzung aufmerksam überwachen. Wir haben Hilferufe von Verbänden, der AWO, der Caritas usw. gehört. Ein sozialer Schutzschirm ist in Bayern dringend erforderlich. Auch das – das haben wir gehört – soll aufgenommen werden. Das ist eine alte Forderung von uns, wenn man das so sagen kann. Leider Gottes ist schon viel zu viel Zeit verstrichen. Wir werden daran mitarbeiten.

Wir haben Sportvereine, Jugendherbergen und all das bereits vorher thematisiert, und – jetzt kommt das Entscheidende – wir haben dazu ganz konkrete Haushaltsanträge gestellt, die hier in eineinhalb Stunden beraten werden. Das ist der Lackmustest, nämlich zum einen zu bekennen, Probleme erkannt zu haben, zum anderen die Lösungen zu suchen. Daran werden wir Sie messen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Arbeitswelt. Viele Menschen sind durch Corona von einem auf den anderen Tag in existenzielle Nöte geraten. Die bisherigen Hilfsprogramme konnten die Situation zwar für etliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer entschärfen, doch es gibt noch Nachsteuerungsbedarf, gerade was Selbstständige und Freiberufler betrifft. Es gilt auch, die Hilfen effektiv und schnell an die Betroffenen auszureichen, was wir bereits seit Wochen angemahnt haben. Besonders hart trifft dies nämlich die Kulturbranche. Kulturschaffende haben nicht nur mit aktuellen Einnahmeausfällen zu kämpfen, sondern ihnen fehlen auch mittelfristige Perspektiven. Hier müssen wir nachjustieren. Auch Sie haben dies hier angemahnt. Wir haben auch hierzu einen Antrag gestellt. Man wird ebenfalls sehen, wie das von Ihnen umgesetzt wird, ob Sie es ernst meinen.

Perspektiven in der Arbeitswelt benötigen aber auch die jungen Leute, die junge Generation. Wir als SPD werden uns in dieser Woche mit mehreren Anträgen unter anderem für eine Verbesserung der Situation von Bayerns Studierenden einsetzen. Zudem fordern wir, alles dafür zu tun, um Beschäftigungsprojekte und Ausbildungsplätze zu sichern. Auch eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes halten wir für dringend erforderlich. Diese kommt allen Beschäftigten alters- und branchenübergreifend zugute, auch in Bayern. Deswegen: Geben Sie, soweit vorhanden, Ihre Widerstände im Bund gegen die Initiative von Bundesminister Heil auf. Das ist ein besonders wichtiger Beitrag, um in diesem Bereich Kosten, unter denen alle entsprechend leiden, zu schultern, wobei in Bayern noch darauf hinzuweisen ist, dass die besondere Situation der überhohen Mieten in Ballungszentren gesondert zu behandeln ist.

Drittens. Die Kommunen. Die SPD-Landtagsfraktion war die erste Fraktion, die sich für einen kommunalen Schutzschirm mit 1,3 Milliarden Euro, 100 Euro pro Kopf, starkgemacht hat. Die Kommunen erhalten das Leben vor Ort aufrecht und sind Sachaufwandsträger für viele Schulen und Kitas und spielen damit auch eine be-

sondere Rolle bei der Sicherstellung der erforderlichen Hygienestandards. Auch hierzu haben wir einen Haushaltsantrag vorgelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gesundheitsschutz der Bevölkerung hat auch weiterhin oberste Priorität, aber Gesundheit – und das muss uns klar sein – ist nicht nur auf den Körper begrenzt. Gesundheit hat auch eine psychische und eine soziale Dimension. Damit steht und fällt auch unsere Wirtschaft. Jetzt ist die Zeit der nachhaltigen Solidarität, das heißt, behutsam und verantwortungsvoll zu handeln, realistische Perspektiven aufzuzeigen, aber keine falschen Hoffnungen zu wecken – in Bayern, in Deutschland, in Europa und in der Welt. – Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Arnold. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Martin Hagen aufrufen. Bitte schön. Kollege Hagen, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung gesagt: Wir haben Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt. Das war wichtig, das war gut, und das haben wir und das haben Sie gut gemacht. Sie haben heute auch gesagt, es brauche die Diskussion über den richtigen Weg. Für diese Worte bin ich Ihnen besonders dankbar; denn diese Diskussion fordern wir schon seit Langem ein und führen sie als Oppositionspartei schon seit Langem. Mit Ihrem Satz, es brauche die Diskussion über den richtigen Weg, haben Sie sich auch heute wohltuend von den Worten der Kanzlerin abgegrenzt, die verlautbaren hat lassen, sie hätte etwas gegen – Zitat – Öffnungsdiskussionsorgien.

Ich glaube, auch in der Krise ist Regierungshandeln niemals alternativlos. Auch in der Krise braucht es immer einen demokratischen Diskurs. Auch in einer Krise, auch in einem Notstand muss es immer erlaubt sein, Sinnhaftigkeit und Verhältnismäßigkeit von Regierungsmaßnahmen zu hinterfragen. Die Diskussionen mögen für Regierende manchmal lästig sein; sie sind aber notwendig. Auch eine Kanzlerin muss sich solchen Diskussionen stellen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen die Diskussion führen. Sie ist ja jetzt mittlerweile auch im Gange. Ein in Bayern führender Journalist hat kürzlich geschrieben:

Das große Pfund von Markus Söder in dieser Krise war sein klarer Kurs. Für mich gerät der Ministerpräsident jetzt ins Schlingern.

Ein guter Kurs

– so schreibt er weiter –

kann auch ein harter Kurs sein – solange er für die Bevölkerung nachvollziehbar ist.

Was diese Nachvollziehbarkeit angeht, ist es in den vergangenen Tagen bei der bayerischen Politik leider schlechter geworden. Ich nenne Ihnen Beispiele. Die Geschäfte in Bayern dürfen ab dem 27.04. wieder öffnen, die Gärtnereien allerdings schon sofort, Blumenläden hingegen überhaupt nicht. Buchhandlungen dürfen ab dem 27. April öffnen, Bibliotheken hingegen nicht; es sei denn, sie sind Hochschulbibliotheken, dann dürfen sie das sofort. Buchhandlungen dürfen genauso wie Fahrradläden oder Autohäuser auch größer als 800 m² sein, Möbelhäuser hingegen wieder nicht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben diese 800-m²-Regel mit dem Massenandrang in den Städten, den es zu verhindern gelte, gerechtfertigt. Wenn Sie den Massenandrang in den Städten fürchten, warum schaffen Sie dann nicht Regeln, die auf die Städte zugeschnitten sind? Sagen wir zum Beispiel, in der Kaufingerstraße dürfen an einem Tag die Geschäfte mit gerader Hausnummer und am anderen Tag diejenigen mit ungerader Hausnummer öffnen, oder am Montag die Schuhgeschäfte, am Dienstag die Kleidungsgeschäfte oder wie auch immer. Eine Regel aber mit dem Massenandrang in den Städten zu begründen, die dann insbesondere große Möbelhäuser auf der grünen Wiese oder große Geschäfte im ländlichen Raum trifft, ist nicht zielgenau und schafft zudem Ungerechtigkeiten. Das möchten wir bitte ändern. Nordrhein-Westfalen hat unter der FDP-Regierungsbeteiligung eine Ausnahmeregelung für Möbelhäuser geschaffen. So etwas sollten wir hier auch schaffen oder besser noch diese 800-m²-Regel komplett kippen.

Ab heute freut sich der Einzelhandel in Sachsen, Thüringen, Hessen und Baden-Württemberg auf die Nachholeffekte der bayerischen Konsumenten. Der Handel hat sich erhofft, dass die Bürger, wenn sie ihr Geld jetzt wochenlang nicht ausgeben dürfen, es dann nachher umso mehr ausgeben. Da schaut der bayerische Einzelhandel leider in die Röhre, weil wir in Bayern die Läden eine Woche später als unsere Nachbarländer öffnen. So ein regional differenziertes Vorgehen kann man machen. Es muss dann aber bitte schlüssig begründet werden, und eine schlüssige Begründung, warum man in Ulm, in Baden-Württemberg, einkaufen darf und in Neu-Ulm, in Bayern, nicht, sind Sie bisher schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident. – Eine schlüssige Begründung ist nicht, dass wir in Bayern einfach immer alles einen Tick härter machen als die anderen.

Für eine Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürger, die auch dazu beiträgt, dass die Schutzmaßnahmen eingehalten werden, ist es wichtig, den Eindruck zu vermeiden, dass es um irgendetwas anderes als um die Sache geht. Ich glaube, den meisten Leuten ist es ziemlich egal, wer Kanzlerkandidat der Union wird. Entscheidend ist, dass wir die Corona-Krise in den Griff bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, Sie sagten: Corona bleibt. Sie sagten auch: Wir müssen auf Sicht fahren. – Ja, Corona bleibt, aber reine Durchhalteparolen reichen nicht aus, und das Fahren auf Sicht ersetzt auch keine Strategie. Eine Strategie bedeutet, dass wir zunächst das Ziel definieren, das wir mit den Maßnahmen erreichen wollen.

Klar ist – Stichwort: Corona bleibt –: Ein Impfstoff wird so schnell nicht da sein. Wahrscheinlich wird er erst im Jahr 2021 eingeführt werden.

Was ist also das Ziel, das wir mit den Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, erreichen wollen? Ist das Ziel, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden, das exponentielle Wachstum zu stoppen, die Kurve abzuflachen? Oder ist das Ziel, die Ausbreitung des Virus komplett zu stoppen, das Virus sozusagen auszutrocknen? Oder ist das Ziel ein anderes? – Je nachdem, was wir als Ziel definieren, sind unterschiedliche Mittel notwendig, zielführend und verhältnismäßig, Herr Ministerpräsident.

668 Corona-Patienten liegen derzeit auf Bayerns Intensivstationen. 1.566 Intensivbetten sind frei; die Zahl der Betten erhöht sich, weil wir unser Gesundheitssystem nach und nach befähigen. Die Zahl der Patienten ist derzeit rückläufig, weil der Reproduktionsfaktor – Sie haben es geschildert – bei 0,7 und damit bei unter 1 liegt.

Was ist also die Strategie, und was ist der Fahrplan, der aus dieser Strategie folgt? Einen richtigen Exitfahrplan, der an epidemiologischen Kennzahlen und medizi-

nischen Kapazitäten entlang erklärt, was wann zu passieren hat, hat die Regierung nach wie vor nicht. Eine solche klare Perspektive hätten die Bürger und die Wirtschaft in Bayern aber verdient, Herr Ministerpräsident.

Die Gastronomie in Bayern steht vor einer enormen Herausforderung. Viele stehen unmittelbar vor einer drohenden Insolvenz. Herr Ministerpräsident, Sie sagten, Sie hätten für die Gastronomie noch keinen Fahrplan und es könne einen solchen Fahrplan auch nicht geben. – Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie damit ein festes Datum meinen, und der Seitenhieb gegen Ihren Koalitionspartner ist da auch angekommen, Herr Ministerpräsident. Koppeln Sie aber bitte einen Fahrplan für die Gastronomie und für die Hotellerie an konkrete Bedingungen; denn die Gastronomie und die Hotellerie brauchen eine Perspektive.

Wir als FDP haben einen Exitplan vorgelegt, der sich an konkreten Bedingungen orientiert – an der Reproduktionszahl, an der Verdopplungszeit, an dem Vorhandensein von medizinischen Kapazitäten. So könnten wir auch den gastronomischen Betrieben eine Perspektive geben und sagen, was erreicht sein muss, damit sie wieder öffnen dürfen. Die gastronomische Vielfalt in Bayern ist in Gefahr, und wir sollten das uns Mögliche tun, um sie zu erhalten.

Zum Thema Maskenpflicht: Ich habe mich sehr gefreut, dass die Regierung den Vorschlag, den wir vor drei Wochen gemacht haben, aufgenommen hat, und – das ist ehrlich gemeint, Herr Ministerpräsident – ich finde es gut, dass die Regierung in dieser Zeit Anregungen der Opposition aufnimmt. Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern haben es bereits vorgemacht. Jena – FDP-regiert – war die erste Stadt, die eine Maskenpflicht eingeführt und damit bisher sehr gute Ergebnisse erzielt hat.

Ihr Koalitionspartner hielt eine Maskenpflicht bisher für – Zitat – brandgefährlich, verantwortungslos und neoliberal.

(Zuruf)

Ich freue mich,

(Zurufe)

dass Sie den Koalitionspartner hier auf Kurs gebracht haben, Herr Ministerpräsident. Natürlich müssen wir nach der Bewältigung der akuten Krise aber auch darüber reden, wie es passieren konnte, dass die Regierung bei der Bevorratung von medizinischen Masken so versagt, dass es keinen Katastrophenschutz gibt, der seinen Namen verdient.

Es geht hier nicht um medizinische Masken, sondern es geht um einen Mund-Nasen-Schutz. Es geht nicht darum, dass wir Ärzten und Pflegern etwas wegnehmen, sondern es geht darum, dass sich die Bürger, wie manche Abgeordneten hier auch, mit einem einfachen Mundschutz schützen bzw. weniger sich selber als andere schützen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die Öffnung von Schulen müsse klug vorbereitet sein. Das kann ich nur unterstützen. Ich frage mich aber auch, was der Kultusminister in den vergangenen fünfeinhalb Wochen gemacht hat. – Vor fünfeinhalb Wochen hat Bayern die Schulen geschlossen.

(Zuruf)

Herr Piazzolo war – das war jedenfalls mein Eindruck – seitdem ein wenig untergetaucht. Jetzt heißt es: Wir müssen die Öffnung der Schulen klug vorbereiten. Hätte man das nicht in den letzten fünfeinhalb Wochen machen können? Hätte man die Zeit denn nicht nutzen können, um ein Konzept für den Schulweg zu entwickeln?

(Zurufe)

Hätte man die Zeit nicht nutzen können, um ein Konzept für den Schichtbetrieb in den Schulen und ein Hygienekonzept zu entwickeln? Wie sieht es aus? Haben wir in Bayerns Schulen mittlerweile Desinfektionsspender bei den Toiletten? Ich habe davon bisher nichts gesehen.

(Unruhe)

Zum Thema Wirtschaft: Ihre Regierung rühmt sich der Soforthilfen. Nach dem, was ich aus den bayerischen Unternehmen höre, kommen die Soforthilfen derzeit noch zu spät bei den Betrieben an. Solo-Selbstständige erreichen sie überhaupt nicht. Anders als in anderen Bundesländern werden die Soforthilfen aus Bayern auch mit den Soforthilfen des Bundes verrechnet. Herr Streibl hat das beschönigend "verzahnt" genannt. Ich glaube, die Betriebe freuen sich, wenn sie das, was sie aus Bayern bekommen, zurückzahlen müssen, weil der Bund ebenfalls eine Soforthilfe zahlt. Das ist, meine Damen und Herren, keine Verzahnung, sondern das ist eine Verrechnung. Andere Bundesländer machen das besser.

Ich bin allerdings – um jetzt die Regierung sozusagen nicht nur zu kritisieren, die, und dabei bleibe ich, an vielen Punkten einen guten Job macht – auch froh, dass sich Anregungen aus anderen Oppositionsfraktionen bisher nicht in konkreter Politik niederschlagen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte achten Sie auf die Redezeit.

Martin Hagen (FDP): Ich habe auch bisher von der bayerischen SPD noch relativ wenig über den Vorstoß ihrer Bundesvorsitzenden gehört, eine Corona-Abgabe einzuführen, die dazu führt, dass Familienunternehmen, die Soforthilfen von Bund und Land bekommen,

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Hagen, Ihre Redezeit!

Martin Hagen (FDP): diese durch eine Substanzbesteuerung wieder an den Staat abgeben müssen. Das wäre in den jetzigen Zeiten Gift für die Wirtschaft, und so etwas brauchen wir wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das Wort hatte der Herr Abgeordnete Hagen. – Ich darf jetzt den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda aufrufen. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

Zwischendurch nutze ich erneut die Möglichkeit, mich herzlich bei den Offiziantinnen und Offizianten für ihre Achtsamkeit und Sorgfalt zu bedanken. Vielen herzlichen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrtes Präsidium!

(Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege, drei Minuten! Keine selbstgeschaffenen vier Minuten. Es bleibt bei drei Minuten.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hatten Sie vorher nicht gesagt, der Herr Ministerpräsident habe sehr lange überzogen? – Werde ich benachteiligt im Verhältnis zu den anderen Abgeordneten?

(Unruhe)

Nun gut, wollen wir das nicht während meiner Redezeit ausdiskutieren. – – Ich stehe hier vor Ihnen als Volksvertreter, und deshalb begrüße ich auch das hochgeschätzte Volk, deshalb begrüße ich unsere hochgeschätzte Bevölkerung draußen an den Fernsehern.

Ich habe wirklich keinen Grund, diese Selbstbeweihräucherung, die ich jetzt heute erlebt habe, zu teilen. Ich möchte durchaus einmal zurückschauen für unsere Staatsregierung, was wir denn erlebt haben. Angsterfüllende Worte, es geht um Leben und Tod, den Corona-Tod. So hat es uns Mitte März in den Ohren geklungen vom Macht-Quartett der Frau Merkel, des Herrn Söder, des Herrn Laschet und des Herrn Scholz. Auch andere haben sich angeschlossen. Eine nie dagewesene Drangsal gab es dann für die Menschen in Deutschland, nämlich den sogenannten Lockdown. Und was ist das? – Wir haben es erlebt: Quarantäne, ja Hausarrest bedeuten fast Isolationshaft für alle von uns. Wir haben das alle erlebt. Das gilt nicht nur für Seucheninfizierte, für Infektionskranke oder für bloße Verdächtige. Eine WHO-Pandemie ist der Hintergrund. Das ist aber nichts anderes für uns hier in Bayern als eine angenommene Infektionsgefahr, so wie es im Infektionsschutzgesetz steht, eine scheinbare Infektionsgefahr.

Wie stark oder schwach sie ausfällt, wird wahrscheinlich weltweit ganz unterschiedlich sein. Der Herr Söder hat dann den Paukenschlag getan und den Katastrophenfall erklärt. Er hat über seine Gesundheitsministerin gleichzeitig auch den Gesundheitsnotstand, zu dessen Erklärung Sie alle hier im Hohen Haus unsere Regierung ermächtigt haben, im Rahmen einer Verboteverordnung ausrufen lassen. Diese Verboteverordnung hat es in sich. Sie geht nämlich an die Substanz unseres menschlichen Rechtspersönlichkeitsdaseins, an die Würde, die wir alle haben; denn sie hat unsere soziokulturelle Existenz – wie es das Bundesverfassungsgericht ausgedrückt hat – auf null reduziert.

Das ist ein nie dagewesener einzigartiger Rechtsmissbrauch des Staates, weil er unverhältnismäßig und undifferenziert erfolgt ist. Einschränkungen in allen Grundrechtsbereichen und im Kernbereich, sogar beim Versammlungsrecht oder beim Gewerberecht, sind der Fall. Oder durften Sie eine Versammlung abhalten? – Nein! Sie durften die Demokratie nicht weiter pflegen.

(Zuruf)

Das ist eine Missachtung der Menschenwürde, weil uns als Persönlichkeit die Selbstverantwortung aberkannt wurde.

Dieses Einsperren des Souveräns, nämlich des Volks, ist einmalig in unserer Nachkriegsgeschichte. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete im Hohen Haus, was Sie dazu bewogen hat, das so durchgehen zu lassen.

(Zurufe)

Ich habe jeden Tag in meiner früheren Berufszeit Menschenleben gerettet.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, denken Sie an die Redezeit.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich habe dazu beigetragen und würde das auch weiterhin tun. Das hier ist mir allerdings eine zu billige Antwort.

(Zuruf)

Ich möchte vor allem – damit komme ich zum Schluss – unserem sehr geschätzten Herrn Ministerpräsidenten sagen: Überspannen Sie den Bogen nicht. Präsident Reagan hat einmal gesagt: Tear down this wall! Ich sage Ihnen: Tear down the Lockdown. Es könnte nämlich sonst so sein, dass Sie in der bayerischen Geschichte zu "Markus, der Schreckliche" werden.

(Zurufe)

Das möchte ich keinesfalls. Geben Sie uns unsere Würde zurück.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda. – Das Wort hat nun der Kollege Markus Plenk. Die Redezeit beträgt ebenfalls drei Minuten. Bitte sehr.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung ausgeführt, dass die Staatsregierung konsequent und rechtzeitig gehandelt habe, dass sie Bayern vor dem Schlimmsten bewahrt habe. Ich frage mich, woher Sie das wissen wollen. Ich glaube nicht, dass das Schlimmste schon vorüber ist. Ich glaube, das Schlimmste steht uns erst bevor.

Sie haben außerdem gesagt, Sie hatten von Anfang an alles im Blick. Da frage ich mich: Wann war dieser Anfang? War dieser Anfang 2012, als man im Bundestag bereits eine Risikoanalyse in Sachen Pandemie durchgeführt hatte mit klaren Empfehlungen, oder war dieser Anfang im Januar dieses Jahres, als man die ersten Hiobsbotschaften aus China erhalten hat, oder war dieser Anfang letztendlich erst Anfang März, wovon ich persönlich ausgehe, als nach langer Untätigkeit seitens der Staatsregierung in einer Hauruckaktion einschneidende Maßnahmen beschlossen wurden, weil die Zahl der in Bayern erfassten Infektionen ebenso wie die Zahl der Todesfälle stark anstieg? Mittlerweile steht Bayern mit Abstand an der Spitze der traurigen bundesdeutschen Corona-Statistiken. Wie wir den offiziellen Zahlen des Robert-Koch-Instituts entnehmen können, war hier jedoch die effektive Reproduktionszahl vor dem Shutdown bereits auf circa eins gesunken. Das Maximum der Reproduktionsrate des Virus lag also bereits vor dem Shutdown. Die Notwendigkeit für den Shutdown und dessen Erfolg erscheinen deshalb zweifelhaft.

Es stellt sich die Frage: Gab es möglicherweise auch eine politische Motivation für diese drastischen Maßnahmen? Die Reproduktionszahl war bereits damals an der angepeilten Benchmark angekommen. Man brauchte also nur noch Maßnahmen, um sich später den Erfolg auf die eigenen Fahnen schreiben zu können und um daraus politischen Profit zu schlagen, was ja auch funktioniert hat, wenn man die aktuellen Umfragewerte betrachtet.

Ganz sinnlos – das räume ich auch ein – waren die Maßnahmen natürlich nicht. Die Reproduktionszahl liegt heute bei 0,7, was eine wesentliche Verbesserung der Situation im Vergleich zu der Situation im März darstellt. Trotzdem hat der Weltärztepräsident kritisiert, dass Bayern die höchste Infektionszahl und die höchste Sterbequote sowie die niedrigste Verdopplungszeit an Infektionen aufwies bzw. auch immer noch aufweist. Die Söder'sche Politik der harten Hand führe offensichtlich nicht zum Erfolg. Es helfe nichts, das Denken abzuschalten, hat er ausgeführt. In der Krise sei Vernunft gefragt und keine dramatischen Aktionen.

Ähnlich äußerten sich der Präsident der Kassenärztlichen Vereinigung sowie der Chef der Bundesärztekammer. Außerdem haben wir mittlerweile auch vom Deutschen Richterbund Ausführungen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte beachten Sie die Redezeit!

Markus Plenk (fraktionslos): Die Verhältnismäßigkeit ist vom Deutschen Richterbund inzwischen auch infrage gestellt worden. Ich fordere Sie daher auf, diesen Shutdown und die weitere unnötige Demontage unseres freiheitlichen Rechtsstaates zu unterlassen. Den Shutdown, wenn auch aufgelockert, über den Sommer hinweg fortzuführen, ist aus meiner Sicht weder verhältnismäßig noch zielführend.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Plenk. – Ich erteile nun das Wort dem Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion. Sie haben noch fünf Minuten zur Verfügung.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Manchmal fragt man sich, wie die Bayerische Staatsregierung überhaupt in der Lage gewesen wäre, in der Corona-Krise zu reagieren, wenn es das österreichische Vorbild namens Sebastian Kurz nicht gegeben hätte. Dieser hat dann gehandelt, als es opportun war zu handeln, nämlich bereits Wochen, bevor man sich in Bayern zu den ersten Schritten hinreißen hat lassen. Wien hatte einen Pandemieplan, während in Bayern noch zahlreiche Flugzeuge aus China, Italien oder anderen Risikogebieten landeten und noch das eine oder andere Starkbierfest stattfand, wie zum Beispiel nicht nur in Tirschenreuth, sondern auch in Rosenheim, gegen den Rat des zuständigen Gesundheitsamtes, aber mit dem Segen der CSU-Oberbürgermeisterin. Und nun ist das Kind in Bayern in den Brunnen gefallen, auch wenn vonseiten der Koalition bei jeder Gelegenheit behauptet wird, Bayern wäre Corona-Vorzeigeland. Das ist es mitnichten. Bayern ist stark betroffen.

Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery stellte jüngst fest: "Bayern steht am schlechtesten da", wie uns der "Münchener Merkur" berichtete. Unser Ministerpräsident sitzt dann bei der Pressekonferenz in Berlin wie ein kleiner Schulfeldjunge neben der genauso wenig krisenmanagementtauglichen Kanzlerin und nickt zustimmend, während Frau Merkel erklärt, dass man selbstgenähten Mundschutz im Backofen oder mit dem Bügeleisen desinfizieren könne. Ab der nächsten Woche haben wir dann auch noch die Mundmaskenpflicht, wogegen einige Hygieniker bereits ihre Bedenken angemeldet haben. Es gibt Doktorarbeiten, in denen dargelegt wird, dass dies nicht sinnvoll ist. Heute wurden Dankesworte an die mündigen Bürger gerichtet, die bereits Masken verwenden. Ich frage mich deshalb, warum jetzt eine Pflicht eingeführt werden muss, wenn das bereits wunderbar funktioniert. Herr Dr. Söder, gehen Sie einmal einkaufen, wie das die Frau Kanzlerin bereits medienwirksam gemacht hat. Dann werden Sie sehen, dass die Verwendung der Masken in den Supermärkten und den Geschäften bereits wunderbar funktioniert, auch ohne Zwang.

Immer noch wird behauptet, man wäre gut vorbereitet und hätte die Lage unter Kontrolle. Wie wurden wir noch Anfang Februar belächelt, als wir uns mehr Kontrollen an den Flughäfen gewünscht haben? Wie haben wir in diesem Saal über die isolationsfähigen Einzelzimmer in bayerischen Krankenhäusern diskutiert? Herr Dr. Söder, was ist denn mit unserer Forderung nach den Tests für das Klinik- und Praxispersonal? Warum sind Sie darauf nicht eingegangen?

Welche Schlüsse können wir aus dem Corona-Desaster in Bayern ziehen? – Der Weg vieler politischer Entscheider, sich von Unternehmensberatungsfirmen Konzepte zur Profitoptimierung in öffentlichen Kliniken aufschwätzen zu lassen und mit

Investmentpartnern die öffentlichen Kliniken in Bayern zu sogenannten Profitcentern zu machen, ist fundamental gescheitert. Das öffentliche Krankenhauswesen ist kein bisschen pandemiefähig, weil es nur auf die finanziellen Interessen von Eigentümern und Betreibern ausgerichtet ist. Das betrifft die ganzen Investmentgesellschaften in diesem Bereich, zum Beispiel Helios oder Asklepios und wie sie alle heißen, genauso wie die zahlreichen Landräte und Oberbürgermeister in unserem Land, die aus ihrem "faden" Kreiskrankenhaus mit einem "langweiligen" Vorratslager und wohnortnaher Versorgung ein Gesundheitsunternehmen größeren Ranges mit hoher Rendite machen wollten.

Die öffentlichen Krankenhäuser in Bayern müssen wieder für die Bürger da sein. Sie müssen personaladäquate Arbeitsbedingungen sichern und auch im Krisenfall eine wohnortnahe Versorgung bieten. Corona zeigt uns, wie notwendig ein engmaschiges Netz aus Krankenhäusern ist und wie nachteilig eine ausgedünnte Krankenhauslandschaft sein kann. Gedankenspiele, die rund 1.600 Krankenhäuser in Deutschland auf wenige Hundert zu reduzieren, haben sich hoffentlich für immer erledigt. Wer in der Vergangenheit derartige Konzepte propagiert hat, hat sich seit Corona endgültig disqualifiziert. Es freut mich, dass Herr Kollege Streibl in seinen Ausführungen diese AfD-Position vertreten hat.

Die CSU-Gesundheitspolitik der letzten Jahre hat uns schlecht auf die Corona-Krise vorbereitet. Sie hat stattdessen das Profitstreben in den Vordergrund gestellt. Die Tatsache, dass nun händeringend versucht wird, die Produktion von Beatmungsgeräten, Desinfektionsmitteln und Mundschutzmasken selbst zu organisieren, zeigt, dass Elementares im Zuge von Globalisierungswahn und Kostenoptimierung übersehen wurde. Wir brauchen nicht Krankenhäuser mit Rendite und optimierten Bilanzen, sondern ein Gesundheitswesen, das den Menschen und die Humanität in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der AfD)

Herr Dr. Söder, rufen Sie bei dieser Gelegenheit wieder einmal in Wien an, wo das alles sehr gut funktioniert, oder fragen Sie einfach die AfD!

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Winhart. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt, das Thema allerdings leider noch lange nicht.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2019/2020 (2.
Nachtragshaushaltsgesetz 2020 - 2. NHG 2020) (Drs. 18/7140)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Ich erteile dazu dem Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Kollegen Füracker, das Wort. Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten. Bitte schön.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Lieber Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute meldet sich der Finanzminister auf dem Deck der Krisenbewältigung, obwohl er normalerweise im Maschinenraum der Krisenbewältigung sitzt. Das zeigt: Es ist ernst, nicht nur in medizinischer Hinsicht. Beim Finanzminister geht es, wie zu vermuten ist, ums Geld.

Bei meiner Schlussrede vor vier Wochen habe ich gesagt, dass es um viel Geld gehe. 10 Milliarden Euro sind eine riesige Summe. Ich habe extra noch einmal im Protokoll nachgeschaut. Ich habe gesagt: Niemand auf der Welt kann sagen, ob und wie lange diese 10 Milliarden Euro reichen werden. – Damals habe ich sogar die Frage hinzugefügt, ob dieser Betrag nicht in ein paar Wochen schon als lächerlicher Betrag betrachtet werden könnte, obwohl das sehr viel Geld ist.

Meine Damen und Herren, leider habe ich recht behalten. Vier Wochen später habe ich den 2. Nachtragshaushalt hier eingebracht, um den Pandemiefolgen Herr zu werden. Dieser Haushalt enthält alle Maßnahmen, die wir uns in Bayern vorgenommen haben und die bisher alle sehr einvernehmlich getragen wurden, wofür ich ausdrücklich danke. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Zusammenhalt auch weiter bestehen könnte; denn es ist nicht so, dass wir Grundsatzprobleme hätten. Unterschiedliche Auffassungen gibt es nur bei bestimmten Themen oder in Nuancen, zum Beispiel dahin gehend, wo und in welcher Höhe eine Hilfsmaßnahme angebracht wäre. Alle Maßnahmen, die heute vom Ministerpräsidenten angekündigt wurden, werden mit dem Haushaltstitel 13 19 umgesetzt werden.

Die gemeinsam getragene Verantwortung hat bisher dazu geführt, dass wir auch in finanzieller Hinsicht ordentlich durch die Krise gekommen sind. All die Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben, können vernünftig umgesetzt werden. Dies war möglich, weil wir uns entschlossen haben, die Schuldenbremse temporär auszusetzen und uns Geld am Kapitalmarkt zu besorgen. Damit haben wir bereits begonnen. Wir haben von den ersten 10 Milliarden Euro, die nach der Ermächtigung durch den Landtag ausgegeben werden dürfen, bereits einen Teil verplant. Darauf komme ich noch kurz zu sprechen.

Im Vergleich zu dem Zeitpunkt vor vier Wochen hat sich eines ganz gravierend verändert: Wir haben riesige Steuerausfälle, insbesondere durch die Maßnahmen der Steuerstundung, der Herabsetzung der Vorauszahlungen und der Erstattung der Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung. Der Ministerpräsident sprach von 3,4 Milliarden Euro. Das ist der Stand heute. Leider wird es jeden Tag mehr. Der Bundesfinanzminister geht in seiner Kalkulation nach wie vor davon aus, dass die Steuereinnahmen in Deutschland um etwa 10 % sinken werden. Ich gehe davon aus, dass es für Bayern rund 5 Milliarden Euro weniger werden. Da aber bereits 3,4 Milliarden Euro durch Stundungen oder die Herabsetzung von Vorauszahlungen ausgefallen sind, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Ausfälle am Ende auf mehr als 5 Milliarden Euro belaufen könnten, durchaus gegeben.

Durch den Sonderfonds haben wir bislang die Handlungsfähigkeit garantiert. Mit Stand 7. April haben wir bereits 7,2 Milliarden Euro belegt. Hinzu kommen die angenommenen Steuerausfälle in Höhe von rund 5 Milliarden Euro. Das bedeutet, wir sind bereits bei über 10 Milliarden Euro angekommen. Die einzelnen Ressorts müssen gegenüber dem Haushaltsausschuss Rechenschaft ablegen, wie sie das Geld ausgeben.

Ich selbst habe erst vor Kurzem eine Videoschalt mit Vertretern der Opposition und der Koalition gehabt, bei der wir uns über diese Fragen ausgetauscht haben. Wir brauchen auch weiterhin Spielraum. Meine Damen und Herren, auch heute gilt: Niemand weiß, wie viel Geld am Ende notwendig sein wird. Ich sage ausdrücklich nicht, dass das Geld reicht oder am Schluss etwas übrig bleiben wird. Ich sage nur, dass im Mai die nächste Steuerschätzung kommen wird. Wir können uns dann an dem orientieren, was uns die Steuerschätzer auf den Tisch legen werden. Wir müssen dann zusammenlegen, welche Maßnahmen wir in Bayern noch vorhaben und welche gesetzlichen Leistungen bezahlt werden müssen. Möglicherweise müssen wir dann noch einmal entsprechend reagieren. Im Moment glaube ich, dass wir mit der vorgesehenen Summe die weiteren Schritte gut gehen können.

Wir haben uns entschlossen, im Haushalt keine Kürzungen vorzunehmen. Wir investieren weiter. Die zugesagten Leistungen werden weiterhin ausgereicht. Die Kommunen werden signifikant unterstützt. Deshalb bitte ich Sie darum, uns heute die Zustimmung für diesen Nachtragshaushalt im Umfang von 10 Milliarden Euro zu geben.

Meine Damen und Herren, heute ist kein Freudentag des Finanzministers, sondern er sendet vielmehr den Ruf aus dem Maschinenraum, dass wir weiterhin zusammen kämpfen. Zusätzliche Eile ist entstanden, weil die vom Herrn Ministerpräsidenten heute schon dargestellten Möglichkeiten, Kredite über die LfA großzügiger auszureichen, natürlich Rückbürgschaften des Staates gegenüber der LfA bedingen. Wir haben am Freitag vor 14 Tagen die Zustimmung der Europäischen Union bekommen, dass Kredite zu 100 % gesichert ausgereicht werden dürfen. Der Bund tut das für Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern. Wir haben uns entschlossen, in Bayern dieses Angebot auch für die kleineren Unternehmen zu machen. Eine hundertprozentige Kreditbesicherung enthält natürlich ein hohes theoretisches Ausfallrisiko. Deswegen ist die Rückbesicherung für unsere LfA ganz entscheidend. Wir sehen vor, dass die LfA in Zukunft mit 12 Milliarden Euro besichert wird, damit wir die Kleinkredite rasch ausreichen können. Dazu wird es morgen im Haushaltsausschuss noch Änderungsanträge geben.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister, leider gibt es auch bei Ihrer Redezeit rote Zahlen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Hier kommt es auf Geschwindigkeit an. Wir können die Regelung nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben. Wenn wir die Kleinkredite ausreichen wollen, müssen wir damit beginnen. Deshalb brauchen wir jetzt schnell diesen Nachtragshaushalt. Ich danke Ihnen und bitte um Zustimmung. Ich bin morgen gerne im Haushaltsausschuss, um die Details zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich beim Herrn Staatsminister. Ich wollte ihn in seinen Ausführungen nicht unterbrechen, richte aber nun ein klares Wort an den Abgeordneten Swoboda. Die räumliche Nähe zu Ihrem Gesprächspartner ist absolut nicht angebracht. Das Ganze hat alles andere als Vorbildwirkung. Wenn Sie bitte auf Ihren Platz gehen möchten!

(Unruhe)

– Ist geklärt! – Ich darf die Abgeordnete Claudia Köhler von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Es ist gerade einmal vier Wochen her, dass wir hier 10 Milliarden Euro an Soforthilfe beschlossen haben. Das waren Soforthilfen für die Bekämpfung der Corona-Pandemie und Soforthilfen für einen Schutzschirm für unsere bayerische Wirtschaft. Die gesamte Opposition hat Ihnen einen enormen Vertrauensvorschuss gegeben. Wir alle haben sowohl bei den Freiheitsrechten als auch bei den Ausgaben einstimmig zugestimmt.

Heute geht es um weitere 10 Milliarden Euro. Meine Herren, dieser 2. Nachtragshaushalt geht damit sowohl über die ursprüngliche Summe als auch über den Vertrauensvorschuss hinaus.

Sehr geehrter Herr Finanzminister – es ist sehr schade, dass der Wirtschaftsminister, der heute so viel Geld ausgeben will, nicht mehr da ist –, ich habe in der heuti-

gen Regierungserklärung zum ersten Mal Zahlen zum Abfluss und zur konkreten Verwendung der Mittel gehört. Vorangegangen war eine Überlegung, die Ausschüsse gar nicht oder nur knapp einzubinden. Nur durch das heutige Sonderplenum wurde noch eine ordentliche Ausschussbesprechung ermöglicht.

Es ist aber bei solch massiven Ausgaben, die noch Generationen belasten werden, geradezu unabdingbar, dass Sie nicht alles alleine und schnell, schnell entscheiden und dem Parlament erst im Nachhinein per Regierungserklärung Eckpunkte mitteilen. Bei allem Verständnis für die Ausnahmesituation und den Zeitdruck, unter dem Sie stehen: Debatten müssen weiterhin transparent geführt und Entscheidungen transparent getroffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern danke ich dem Ministerpräsidenten für die heutige Regierungserklärung. Ich sage Ihnen jedoch sowohl als Oppositionsvertreterin als auch als Haushälterin: Bevor weiteres Geld in Milliardenhöhe beantragt wurde, hätten Sie schon längst einen zeitnahen Bericht an die Ausschüsse und das Parlament geben müssen, wofür das Steuergeld täglich rausgeht. Über so viele Milliarden an Steuergeld zu berichten, stellt keine Hol-, sondern eine Bringschuld dar.

Wir hätten auch gerne im Vorhinein eine Aufstellung gehabt, wofür die zweiten 10 Milliarden Euro benötigt werden, die Sie einfach als Block in den Nachtragshaushalt geschrieben haben. – Der Ausschuss ist nicht erst auf unsere Schriftliche Anfrage hin, sondern engmaschig und regelmäßig durch die Ressorts zu unterrichten. Das steht mehr als deutlich im Haushaltsvermerk des Nachtragshaushaltsgesetzes.

Ja, Sie haben nachgebessert. – Gut so! Sie haben Anregungen und konstruktive Vorschläge von uns angenommen. – Das freut uns! Die Pflegekräfte bekommen nun nicht nur ein Essen, sondern echtes Geld als Zulage. Unsere Fraktion wird hier dranbleiben, damit die immer systemrelevante Arbeit der Pflegekräfte auch zukünftig angemessen bezahlt und wertgeschätzt wird.

Sie haben nach unserem offenen Brief auch einen Teil der gemeinnützigen Institutionen unter den Schutzschirm geholt. Sie haben endlich bei den Gärtnereien eingelenkt und haben für die kleinen Unternehmen einen Weg geschaffen, um vorerst leichter an Kredite zu kommen. Sie haben heute angekündigt, endlich die geforderte einheitliche Regelung zur Beitragserstattung in Kindergärten zu schaffen. – Für alle von uns aufgenommenen Anträge: Danke!

Ich zweifle allerdings noch daran, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer etwas zur Existenzsicherung der vielen kleinen Betriebe in der Gastronomie, die ja jetzt gar keinen Umsatz haben, beitragen wird.

Wir brauchen natürlich weitere Nachbesserungen. Wir haben sie bereits beantragt. Bei 20 Milliarden Euro sollten die auch drin sein. Wir brauchen endlich auch für alle Apotheken, alle Rettungskräfte und Seniorenheime Geld für viel mehr Schutzmaterial. Es ist ja peinlich, diese immer noch dazu aufzurufen, selbst zu nähen.

Der Minister ist jetzt nicht mehr da. – Beim Online Homeschooling muss sichergestellt sein, dass alle Schülerinnen und Schüler Zugangsmöglichkeiten zu Endgeräten haben. Die Schulen und Gemeinden sollen jetzt innerhalb von zehn Tagen Zigtausende Masken für den Schulbeginn besorgen. – Wie stellt sich der Bildungsminister das vor?

Wir brauchen für die Unterstützung von Obdachlosen dezentrale Räume und Vorsorge, damit Belegungsdichte und Ansteckungsgefahr minimiert werden. Machen

wir die Augen nicht zu: Ausgangsbeschränkungen steigern das Risiko für Konflikte und häusliche Gewalt gegen Frauen, Kinder und Jugendliche. Wir brauchen also dringend finanzielle und organisatorische Hilfe für mehr Plätze in Frauenhäusern oder anderen geschützten Räumen.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt bedarf es für gute, verlässliche und vielfältige Informationen einer Stärkung von journalistischen Angeboten.

Sie – bzw. der Ministerpräsident – haben es vorhin zwar angekündigt, es muss sich aber auch im Nachtragshaushalt abbilden: Auch unsere gemeinnützigen Einrichtungen, die Träger der Kinder- und Jugendhilfe und unsere sozialen Dienste brauchen noch Hilfe. Was wäre es für ein gesellschaftliches Zeichen, wenn wir die, die schon vorher gemeinnützig und ohne Profitorientierung unterwegs waren, jetzt hängen lassen würden!

Ich hoffe, wir sind uns einig, dass unsere Kommunen dringend Unterstützung brauchen. Die Kommunen handeln beim Aufbau von Test- und Quarantänestationen, bei der Desinfektion von Schulräumen und Kindergärten effektiv und schnell vor Ort. Sie brauchen aber dringend Geld, um handlungsfähig zu bleiben, weil ihnen ja parallel die Einnahmen aus Einkommen- und Gewerbesteuer wegbrechen.

Mit unserem Haushaltsantrag haben wir den Vorschlag einer außerplanmäßigen Unterstützung auf den Tisch gelegt. Wir schlagen vor, von den 20 Milliarden Euro mindestens 1 Milliarde Euro als Sonderschlüsselzuweisung zu verwenden. Das muss sich an den konkreten Steuereinbrüchen orientieren und nach dem Vergleich der Steuerkraftmesszahlen verteilt werden. Dann bleibt das gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich wollte ich noch ein Wort an den Minister Aiwanger richten. Es ist schade, dass er, da wir über die Hilfen für die Unternehmen diskutieren, nicht gekommen ist. Vielleicht kann es ihm jemand ausrichten.

(Zuruf)

– Ich sehe ihn nicht.

Es gibt genügend Menschen um ihn herum, die Expertise haben. Ich bitte Sie dringend, mit diesen Akteuren und Akteurinnen zu reden und das vorhandene Wissen im Ministerium auch zu nutzen.

Bitte verlieren Sie trotz aller Eile nicht die langfristige Wirkung aus dem Blick! Subventionieren Sie ressourcenschonende Kreisläufe und nachhaltige Mobilitätsformen! Zeigen Sie bei der Energiewende endlich Technologieoffenheit! Handeln Sie angesichts unserer globalen Herausforderungen diesmal vorausschauend!

Alle jetzt getätigten Investitionen und Programme müssen nachhaltig ausgerichtet sein. Sonst ist später ein noch teureres Umsteuern nötig. Das werden wir uns dann nicht mehr leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss noch eine Frage an alle. Bitte Hand aufs Herz: Verstehen Sie jetzt, wie unsinnig es war, Krankenhäuser zu privatisieren? Verstehen Sie jetzt, welche Fehlsteuerungen die Krankenhausfallpauschalen bewirkt haben und wie wahnsinnig viel Geld im Gesundheitswesen privatwirtschaftlich verwaltet wird? Sehen Sie, wie wichtig es gewesen wäre, den Schulen mehr Geld für pädagogisch-digitale Konzepte oder für Fortbildungen zur Verfügung zu stellen? – Konzepte und Fortbildungen hätten in der Krise für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt. Sehen Sie, wie

lahm das Internet stellenweise ist, wenn wir alle im Homeoffice darauf zugreifen wollen? All diese Themen haben wir jahrzehntelang konstruktiv eingebracht und mit Ihnen darüber gestritten. Sie haben die Vorschläge jedes Mal abgelehnt. Ich appelliere an Sie: Führen Sie in den nächsten Tagen keine Scheindebatte, lassen Sie uns zusammenarbeiten, erörtern Sie die Anträge der Opposition ernsthaft, lassen Sie uns gemeinsam zu sinnvollen Nachsteuerungen kommen. Die Gesellschaft steht in der Corona-Krise zusammen – ein Beispiel für den Landtag. Wir sind dazu bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Frau Köhler. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Josef Zellmeier, aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel ist bereits gesagt worden zu diesem Krisenjahr, zu den Ereignissen, die uns so plötzlich eingeholt und überrascht haben, und zu den vielen Maßnahmen, die die Bayerische Staatsregierung konsequent, schnell – schneller als andere –, effizient und nachhaltig – liebe Kollegin Köhler – eingeleitet hat. Bayern ist Vorbild für andere. Dass unser Ministerpräsident eine derart hervorragende Stellung in der öffentlichen Bewertung genießt, liegt auch an den vorausschauenden, nachhaltigen und die langfristigen Konsequenzen bedenkenden Maßnahmen. Unserem Ministerpräsidenten und der ganzen Staatsregierung gilt mein Dank für diese hervorragende Arbeit. Lieber Albert Füracker, dir gilt ebenfalls Dank für den 2. Nachtragshaushalt, den du vorgelegt hast. Finanziell gut aufgestellt zu sein, ist ebenfalls wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragshaushalt ist transparent. Wir werden übrigens auch vonseiten der Regierungsfractionen noch einmal nachsteuern. Wir werden die notwendigen Schritte und Maßnahmen einleiten.

Frau Kollegin Köhler – diese Anmerkung kann ich Ihnen leider nicht ersparen –, Sie sprechen von Dingen wie der Privatisierung von Krankenhäusern und dem Fehlen des schnellen Internets. Sie liegen völlig falsch. Bayern ist trotz seiner enormen Fläche Vorreiter in Deutschland und Europa. Diese Vorhaltungen sind mehr als lächerlich. Sie wissen doch auch, dass wir gerade die kleinen Krankenhäuser im ländlichen Raum stärker stützen als andere. Das sollten wir an dieser Stelle eigentlich nicht diskutieren müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein Dank gilt auch den Menschen, die draußen an verschiedenen Stellen dazu beitragen, dass das System am Laufen bleibt. Ich nenne niemanden persönlich, da bereits alle bedacht worden sind. Ich komme aber jetzt zu einzelnen Maßnahmen, die notwendig sind und gleichzeitig viel Geld kosten werden.

Die Verpflegung des Personals in Krankenhäusern und in der Altenpflege wurde bereits genannt. Auch der Bonus im Gesundheits- und Pflegebereich kostet Geld. Für die Verpflegung ist mit 432 Millionen Euro, für den Bonus mit 122 Millionen Euro zu rechnen. Zusammen ergibt das eine halbe Milliarde Euro. Die Materialbeschaffung wird mit rund 2 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Diese Summe wurde dem Gesundheitsministerium zugewiesen. Aus diesem Grund sind die weiteren 10 Milliarden Euro notwendig. Dabei handelt es sich um eine Kreditermächtigung. Die Finanzmittel werden nicht zwingend ausgegeben, wenn sie nicht gebraucht werden. Wenn die Mittel nicht benötigt werden, dann sind wir natürlich froh darüber. Der Finanzminister wird der Letzte sein, der unnötig Geld ausgibt. Lieber Finanzminister, der Haushaltsausschuss wird darüber wachen, dass kein Geld unnötig ausgegeben wird. Aber wir brauchen die Ermächtigung, um schnell und konsequent handeln zu können. Hierüber sind sich die beiden Regierungsfractionen

nen einig. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wie beim 1. Nachtragshaushalt auch zuzustimmen. Bayern braucht die Mittel. Die Regierungsseite möchte sich nicht damit schmücken, sondern wir müssen handlungsfähig sein.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind absehbar. Die Bundesbank spricht von einer ausgeprägten Rezession. Neben dem inländischen Rückgang der Nachfrage nach Dienstleistungen wird vermutlich auch im Ausland die Nachfrage nach deutschen Produkten sinken. Aktuell ist die Aufrechterhaltung der Lieferketten ein Problem. Das ifo Institut prognostiziert ein Schrumpfen der Wirtschaft zwischen 7,2 und 20,6 Prozentpunkten. In diesen Bereichen besteht großer Handlungsbedarf. Allein 725.000 Betriebe haben in Deutschland bereits Kurzarbeit angemeldet. Diese Zahl steigt von Woche zu Woche.

Nach einer Umfrage des "Handelsblatts" werden rund 76 % der Unternehmer und Selbstständigen noch mehr Hilfe als schon jetzt benötigen. Dafür dient die Kreditermächtigung. Wir müssen handeln können. Das soll natürlich sinnvoll und nur dort geschehen, wo Hilfe notwendig ist, und sonst nirgendwo. Darüber hinaus wurde die Soforthilfe verstärkt. Ich möchte an die Landwirtschaft, Gärtnereien, gemeinnützige Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Jugendherbergen, Schullandheime, Künstler – diese sind heute angesprochen worden –, Kindertagesstätten und viele mehr erinnern. Lieber Thomas Kreuzer, über den bei den Volksfestbeschickern, wie den Schaustellern und Marktkaufleuten, vorhandenen Bedarf müssen wir noch diskutieren.

Ich komme nun zu den Steuerstundungen. Das ist zum Beispiel der Verzicht auf die Sondervorauszahlungen bei der Umsatzsteuer. Wir werden es mit einem Ausmaß an Steuereintrüben zu tun bekommen, das vermutlich höher als nur die prognostizierten 10 % bzw. 5 Milliarden Euro liegt. Dafür müssen wir gewappnet sein. Der Freistaat muss liquide sein. Wir müssen schnell und effizient reagieren und handeln können. Natürlich werden wir etwas mehr wissen, wenn die Steuer-schätzung Mitte Mai vorliegt. Doch bis dahin wollen und können wir nicht abwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Sonderfonds Corona-Pandemie wird von 10 auf 20 Milliarden Euro aufgestockt. Das muss ich nicht noch einmal ausführen. Der Gesamthaushalt steigt damit auf 80,5 Milliarden Euro. Dieses Allzeithoch haben wir uns so nicht gewünscht. Wir hoffen, dass die Mittel nicht komplett benötigt werden. Wir wissen aber alle, dass es besser ist, den sicheren Weg zu wählen. Im Nachhinein kann dann festgestellt werden, dass die Mittel nicht komplett benötigt wurden. Der umgekehrte Fall, wonach wir das Geld brauchen, dieses aber nicht zur rechten Zeit zur Verfügung steht, wäre schlimmer. Der Finanzminister hat mit seinem ganzen Haus – dem ich für die Vorbereitung danke – in kürzester Zeit hervorragende Arbeit geleistet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn die Beratungen zügig voranschreiten, da innerhalb einer Woche die Erste und Zweite Lesung sowie Ausschussberatungen stattfinden, kann das Parlament unter Beweis stellen, dass es qualitativ hochwertig diskutieren und qualitativ hochwertige Änderungsanträge einbringen kann – bei der LfA zum Beispiel werden die Mittel um 10 Milliarden Euro aufgestockt. Das Parlament ist leistungsfähig. Das beweisen wir in dieser Woche. Ich appelliere an die Opposition, mit uns gemeinsam zu gehen. Natürlich gibt es unterschiedliche Akzente. Dennoch sollte das Parlament in dieser Woche möglichst gemeinsam die Spielräume schaffen, die wir in Bayern brauchen, um unter anderem die Wirtschaft und das soziale Leben aufrechtzuerhalten und in Zukunft stark weiterzuführen.

Bei den letzten Debatten habe ich bereits gesagt, dass wir eine Ausnahme von der Schuldenbremse brauchen. Das möchte ich nicht vertiefen. Natürlich muss auch ein Tilgungsplan vorliegen, das ist klar. Ab dem Jahr 2024 muss jedes Jahr ein

Zwanzigstel an Tilgung geleistet werden. Das entspricht einem stolzen Betrag von einer Milliarde Euro, sofern die 20 Milliarden Euro ausgeschöpft werden. Daran können Sie erkennen, dass der 2. Nachtragshaushalt keine Buchung in einer fernen Zukunft ist, sondern dass wir in wenigen Jahren über die Rückführung dieser Kredite diskutieren und diese angehen werden.

Die Corona-Bonds, die auf europäischer Ebene diskutiert werden, lehnen wir konsequent ab. Damit unterscheiden wir uns von der linken Seite dieses Hauses. Handeln und Haftung sollen nicht getrennt werden. Das möchte ich an dieser Stelle betonen, auch wenn das über die Kompetenzen des Bayerischen Landtags hinausgeht. Wir wollen, dass jeder für seine eigenen Schulden einsteht. In Bayern liegt die beste Situation vor, da wir in der Vergangenheit gut gehaushaltet haben. Wir haben immer darauf geachtet, nicht zu viele Schulden aufzubauen, und haben frühzeitig begonnen, die vorhandenen Altschulden abzubauen. Deshalb sind wir leistungsfähig. Das soll auch so bleiben. Wir wollen keine Vergemeinschaftung von Schulden. Derjenige, der Fehler macht, soll dafür einstehen. Derjenige, der es gut macht, soll davon profitieren. Das muss auch in Zukunft so bleiben.

Im Ausschuss ist jetzt konsequentes Handeln notwendig. Auch wenn wir nicht sehr viel Zeit haben, werden wir uns morgen die Zeit für eine ausführliche Diskussion nehmen. Wir werden alle Aspekte, auch die Änderungen, die wir einbringen, ausreichend diskutieren. Der BayernFonds wird später noch Thema sein. Da bekommen Sie mit Sicherheit den Einblick. Ich biete Ihnen an, dass wir schon vorab darüber reden, gerne auch heute, was wir hier an Veränderungen planen, damit das Parlament eingebunden ist und damit der Durchgriff des Rechnungshofs entsprechend gewahrt ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, dass wir konsequent und zügig beraten und dann in der Zweiten Lesung am Freitag entsprechende Beschlüsse fassen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Zellmeier. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Der Abgeordnete Bergmüller von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Zellmeier, als Haushaltsausschussvorsitzender vertreten Sie die Regierungsmeinung ziemlich deutlich. Ich frage Sie erstens: Wenn wir hier am 25.03. den 1. Nachtragshaushalt beschlossen haben und ich als Fraktionssprecher und langjähriger Gemeinderat bei uns in der Gemeinde am 24.03. die Haushaltsberatungen gestoppt habe, weil wir gewaltige Steuerausfälle befürchten, dann frage ich mich, wie es eigentlich dazu kommen kann, dass man diese Steuerausfälle nicht kalkuliert hat. Ich frage Sie zweitens, wieso Sie eigentlich nicht dazu kommen, hier eine Haushaltssperre in Betracht zu ziehen bzw. eine zehnpromtente lineare Kürzung. Das wäre doch auch eine Überlegung für Sie als Haushaltsausschussvorsitzender, um die Einnahmenseite gegenüber der Ausgabenseite entsprechend konkludent zu stellen.

Josef Zellmeier (CSU): Das lässt sich sehr kurz und knapp beantworten. Zum einen: Natürlich hat sich die Dynamik entsprechend verändert. Das heißt, vor vier Wochen hatten wir einen ganz anderen Kenntnisstand als heute. Die Konsequenz daraus sehen wir. Das ist an dieser Stelle wirklich nicht weiterer Ausführungen wert.

Zum anderen: Lineare Kürzungen und Haushaltssperren werden wir nicht machen; denn wir haben sehr viele Dinge, die am Laufen sind und die gut laufen. Die wollen wir weiterlaufen lassen. Natürlich wird man für den nächsten Doppelhaushalt dis-

kutieren, welche Konsequenzen die Corona-Krise für das weitere Haushaltsgebarren hat. Aber jetzt im laufenden Haushaltsjahr Dinge, die angestoßen sind und gut laufen, abrupt zu stoppen und damit vielleicht einen Abbruch herbeizuführen, der zu unkontrollierten Folgen führt, wäre der falsche Weg. Denken wir beim nächsten Doppelhaushalt darüber nach. Da sind wir richtig dran, aber nicht jetzt.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ferdinand Mang von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ferdinand Mang (AfD): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren Kollegen! In dieser Debatte geht es um den von der Regierung geplanten 2. Nachtragshaushalt. Dieser sieht eine Aufstockung um weitere 10 Milliarden Euro vor. Zur Begründung wird angeführt, dass bereits 5 Milliarden Euro für Hilfsmaßnahmen für die Soforthilfe Corona belegt sind und weitere 5 Milliarden Euro durch die erwarteten Steuerausfälle gebunden sind. Damit ist der erst vor einem Monat geschaffene Sonderfonds in Höhe von 10 Milliarden Euro bereits völlig aufgezehrt. Zudem soll der Ermächtigungsrahmen zugunsten der LfA – der bayerischen Förderbank – von 500 Millionen Euro auf 2 Milliarden Euro angehoben werden. Jetzt erfahren wir heute, dass dieser Rahmen nun auf insgesamt 12 Milliarden Euro angehoben wird. Darüber werden wir morgen noch zu diskutieren haben.

Zu diskutieren sein wird auch darüber, was der Herr Staatsminister Füracker schon geäußert hat und was gerade eben hier in der Debatte war, nämlich dass keine Kürzungen vorgenommen wurden. Das muss ich gleich vorweg sagen: Es trifft bei uns auf ein ziemliches Unverständnis, dass jetzt ein 2. Nachtragshaushalt verabschiedet wird, ohne dass auch nur ansatzweise der Rotstift angesetzt wird. Wir hatten letztes Jahr einen Rekordhaushalt mit Rekordsteuereinnahmen. Nein, man hat nichts zurückgelegt, sondern sogar die Rücklagen angegriffen und das selbst gesetzte Ziel der Schuldenreduzierung auf null verschoben. Daher hätte ich zumindest für den 2. Nachtragshaushalt erwartet, dass die Regierung von ihren Ministerien überprüfen lässt, wo man den Rotstift ansetzen kann. Wir brauchen jetzt zum Beispiel keine mit Solarzellen betriebenen Ladestationen an öffentlichen Gebäuden, damit der hofierte Tesla-Fahrer bequem auf dem Sonderparkplatz tanken kann.

(Beifall bei der AfD)

Schluss mit solchen Luxusausgaben! Denn eines sollte wohl für jeden klar sein: Ein "Weiter so!" ist nicht mehr finanzierbar. Die fetten Jahre für ideologiegetriebene Planwirtschaft sind definitiv vorbei.

Unehrliche Politik und lückenhafte Berichterstattung der Medien haben uns über viele Jahre hinweg eine Wohlstandsillusion vorgespiegelt; denn wir sind schon lange kein reiches Land mehr, sondern unsere Bevölkerung ist sogar im Vergleich zu Italien und Spanien geradezu verarmt. Das Medianvermögen der Deutschen liegt 2019 bei 35.000 Euro. Das heißt, 50 % der Bevölkerung haben ein geringeres Vermögen als 35.000 Euro. In Italien liegt es bei knapp 92.000 Euro, in Spanien bei 95.000 Euro. In diesen Ländern liegt das Medianvermögen also mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Selbst Griechenland hat mit 40.000 Euro ein höheres Medianvermögen. Aber Sie, verehrter Kollege, singen im Chor mit den Massenmedien das Hohelied, wonach Deutschland ein reiches Land sei.

(Beifall bei der AfD)

Gerade die verzweifelten Hilferufe und die riesige Nachfrage aus der Wirtschaft nach finanziellen Hilfen führen das vor Augen. Der Kollege Zellmeier hat selber die eindrucksvolle Zahl der 76 % der Unternehmen genannt, die Hilfe benötigen. Der Mittelstand ist mittlerweile so ausgezehrt, dass schon nach zwei Wochen Umsatzeinbruch viele Unternehmen um ihre Existenz bangen und auf Hilfe angewiesen sind. Jetzt offenbart sich die traurige Realität, dass das gefeierte Jobwunder, die bejubelte Exportwirtschaft und der Mittelstand, das Rückgrat unserer Wirtschaft, auf tönernen Füßen stehen. So musste die Regierung einräumen, dass der weitere Finanzbedarf für die Hilfsmaßnahmen sowie die zu erwartenden Steuerausfälle deutlich höher ausfallen als ursprünglich angenommen.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass wir es mit zwei Krisen zu tun haben: einer medizinischen Krise, deren Ausmaß immer noch nicht abschließend geklärt ist, und einer wirtschaftlichen Krise. Zu der medizinischen Krise hat die Kollegin Ebner-Steiner schon ausgeführt. Jetzt komme ich auf die Wirtschaftskrise zu sprechen. Die nun an Fahrt aufnehmende Wirtschaftskrise beruht aber nicht allein auf dem Shutdown. Grund ist auch der jahrzehntelange Fokus auf eine Exportwirtschaft, die auf fragilen Lieferketten, Billiglohn und einem von Steuern und Auflagen ausgepressten Mittelstand beruht, garniert mit einer desaströsen Energiepolitik.

Die Lösung kann nur in einer Renationalisierung unserer Wirtschaft liegen, damit diese in Zukunft besser immun ist gegenüber globalen Verwerfungen und Abhängigkeiten.

(Beifall bei der AfD)

Eine solche Strategie der Revitalisierung unserer Wirtschaft lässt sich aus dem von der Regierung Söder vorgelegten Haushaltsplan leider nicht einmal im Ansatz entnehmen. Dabei gäbe es Möglichkeiten, wie wir zum Beispiel eine national autarke, insbesondere erdölunabhängige Energieversorgung aufbauen könnten. Wir haben bereits Vorschläge gemacht, die von Ihnen immer wieder abgelehnt wurden. Synthetische Kraftstoffe könnten in naher Zukunft unsere Verbrennungsmotoren antreiben. Diese synthetischen Kraftstoffe könnten wir mit kostengünstigen – Sie erraten es – Dual-Fluid-Reaktoren gewinnen, die mit unserem Atommüll ohne Gaurisiko betrieben werden. Wir wären mit unserer Energieversorgung de facto endlich national unabhängig. Um uns vor globalen Abhängigkeiten und Verwerfungen noch besser zu schützen, sollten wir unseren Fokus weg von einer Exportwirtschaft hin auf einen starken Binnenmarkt richten. Ein starker Binnenmarkt wäre auch der Königsweg, um aus der Billiglohnspirale auszubrechen, in die uns die Globalisierung getrieben hat. Um als Exportnation wettbewerbsfähig zu bleiben, hat sich das Lohnniveau mit Billigung der Politik stetig gesenkt. Von den Exportüberschüssen haben die internationalen Konzerne profitiert, aber nicht der deutsche Angestellte und Arbeiter.

(Beifall bei der AfD)

Das Coronavirus ist also nicht die Ursache für die wirtschaftliche Krise, sondern deren Auslöser. Die Probleme liegen tiefer, sind struktureller Natur. Diese lassen sich allein mit Geld nicht beheben.

Meine Damen und Herren Kollegen, ich schließe daher meine Rede mit diesem Appell: Nutzen wir diese Krise, um notwendige Kurskorrekturen vorzunehmen für eine Renationalisierung unserer Wirtschaft; denn ein starker, florierender Binnenmarkt ist ein fester Grundpfeiler für den Wohlstand eines Volkes einer unabhängigen Nation.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Herr Pohl, Sie können noch einen Moment warten, bis das Mikrofon hergerichtet ist. – Herr Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass sich hier in diesem Hohen Hause und in der Staatsregierung viele Menschen ernsthafte und gute Gedanken darüber machen, wie wir durch diese Krise kommen. Deshalb möchte ich auch ganz herzlich dafür danken, dass wir diese Gesetze – mit verkürzten Beratungszeiten – noch in dieser Woche verabschieden können, weil das notwendig ist. Umso befremdeter bin ich von dem Redebeitrag, den ich gerade vernommen habe. Offenbar gibt es Kollegen in diesem Hause, die in dieser Krise Zeit haben, ernsthaft darüber nachzudenken, ob der Grieche oder der Italiener ein höheres Privatvermögen hat, und die über eine Renationalisierung unserer Wirtschaft reden. Ich denke, Sie haben noch nie etwas von einem Exportüberschuss gehört. Oder wird der auch geleugnet? – Kann sein. Unsere Wirtschaft basiert aber doch gerade darauf, dass wir einen starken Export haben und dass wir mit anderen Ländern und Kontinenten Handel treiben.

Ich muss mich deshalb schon fragen, welche Schwerpunktsetzungen der eine oder andere hier in diesem Hause hat, wenn er dann die Frage stellt: Sollen wir einen Ausgabestopp verfügen? – Wir haben einen Patienten, der auf der Intensivstation liegt, Sie aber überlegen allen Ernstes, die Wirtschaft noch dadurch zu schädigen, dass wir jetzt eine Haushaltssperre und einen Ausgabestopp verfügen.

(Zuruf)

Oder wollen Sie jetzt vielleicht die Beamten nicht mehr bezahlen? Oder wie stellen Sie sich das vor?

Nun zurück zum 2. Nachtragshaushalt. Herr Staatsminister, das haben Sie sich wahrscheinlich auch nicht vorstellen können, als Sie Finanzminister wurden, dass Sie jemals in die Situation kommen würden, innerhalb weniger Wochen zwei Nachtragshaushalte mit einem derart gigantischen Volumen auflegen zu müssen. – Weitere 10 Milliarden Euro. Frau Kollegin Köhler, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Es ist natürlich nicht normal, einfach eine Position, 10 Milliarden Euro, dem Finanzminister als Ausgabeermächtigung zur Verfügung zu stellen. Das war es dann, ohne Differenzierung, was wir mit diesem Geld machen. Es bleibt uns aber nichts anderes übrig. Wir können jetzt noch nicht sagen, wofür wir was genau benötigen. Wir müssen in der Tat – was durchaus ein Stück weit systemwidrig ist – die Regierung ermächtigen, ganz, ganz viel Geld auszugeben, obwohl der Bayerische Landtag das Budgetrecht hat. Was aber wäre die Alternative? – Natürlich können wir alle zwei Wochen häppchenweise diesem Ministerium oder jenem Ministerium für diese oder jene Maßnahme Geld geben. Das Entscheidende ist aber doch, dass wir handlungsfähig sind, dass wir schnell und effektiv die Unternehmen, die Menschen, die Gesellschaft durch diese Krise bringen.

So schrecklich diese Pandemie ist, ein paar Dinge sind doch auch positiv. In dieser Krise merken wir nämlich, was es heißt, eine leistungsfähige Wirtschaft zu haben, eine Wirtschaft, die unseren Wohlstand sichert, die damit auch die Basis für unsere freiheitliche Gesellschaft bildet. Ja, natürlich, was wollen wir mit einer Gesellschaft, die auf 50 % ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zurückfällt? – Da wird es dann sehr schnell auch mit den Freiheitsrechten problematisch werden. Viele Freiheitsrechte kann man nämlich nur dann effektiv nutzen, wenn man die ökonomischen Grundlagen dafür hat. Um nun eine ökonomische Katastrophe zu verhindern, müssen wir jetzt die notwendigen Mittel bereitstellen.

Die medizinische und die ökonomische Katastrophe zu verhindern, Bayern gut durch diese Krise zu bringen, das ist unsere gemeinsame Aufgabe. Deswegen werden wir diesen Nachtragshaushalt aufsetzen, deswegen werden wir der Regierung die Ermächtigung geben. Das werden wir natürlich mit parlamentarischer Kontrolle tun, das ist überhaupt keine Frage. Das müssen wir selbstverständlich auch eng begleiten. Zunächst einmal müssen wir aber das Geld zur Verfügung stellen, um die Strukturen, die Millionen von Menschen, unsere Väter, unsere Großväter und unsere Großmütter nach dem Krieg aufgebaut haben, nicht nachhaltig zu gefährden. Ob wir dann am Ende stärker oder schwächer oder wie auch immer aus dieser Krise herauskommen, das ist weit, weit weg. Jetzt müssen wir erst einmal schauen, dass wir so gut wie möglich durch diese Krise kommen. Dafür müssen wir zusammen alles tun, damit wir das auch schaffen.

Dabei liegt ein großer Schwerpunkt auf der Wirtschaft. Ich danke deshalb unserem Wirtschaftsminister, der nicht nur tagtäglich emsig unterwegs ist und sich dafür starkmacht, dass unsere in Medizinprodukten starke Wirtschaft das Ihre zur Krisenbewältigung beiträgt, sondern der sich darüber hinaus täglich bemüht, die Existenz der großen und der kleinen Unternehmen zu sichern, die alle die Basis für den Wohlstand in unserem Freistaat Bayern legen. Das beginnt bei den Gastronomen und den Schaustellern, die heute angesprochen wurden, und führt über die Handwerksbetriebe – dazu zählen auch Dienstleister wie die Friseure – bis hin zu den Großkonzernen, die wir Gott sei Dank hier in Bayern auch haben. Es ist der Mix, der uns hier in Bayern ausmacht, und er reicht von großen Automobilkonzernen bis hin zum Einmannbetrieb. Sie alle müssen wir gut durch diese Krise bringen. Dafür legen wir heute eine weitere finanzielle Grundlage.

Ich weiß, dass der Finanzminister mit seinem Haus die Dinge gut durchgerechnet hat. Das heißt, wir werden jetzt nicht auf Sicht fahren und in zwei oder drei Wochen mit dem dritten Nachtragshaushalt zu Ihnen kommen. Die Zahlen sind solide gerechnet. Wir werden damit durch die nächsten Monate kommen. Irgendwann im Herbst werden wir natürlich einen Kassensturz machen müssen. Dann werden wir vielleicht auch etwas besser feinjustieren können. Frau Kollegin Köhler, das möchte ich nicht ausschließen. Was wir aber jetzt zu leisten haben, das ist, der Kreditermächtigung, der Ermächtigung für 10 Milliarden Euro zuzustimmen, um der Regierung und dem Parlament die notwendige Handlungsfreiheit zu geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Herr Finanzminister, Kolleginnen und Kollegen! Fast genau vor einem Monat, am 19. März 2020, sind wir hier gestanden und haben das erste Sonderprogramm mit 10 Milliarden Euro verabschiedet. Für die SPD habe ich damals ausdrücklich von einem Vertrauensvorschuss gesprochen. Uns war klar, dass nicht alle Bereiche, die Sie damals genannt haben – Ausstattung, notwendige Maßnahmen im Allgemeinen, Wirtschaftsförderung, bayerischer Krankenhausrettungsschirm, andere Themen in untergeordnetem Maße – mit maximal 1 Milliarde Euro bei Steuermindereinnahmen millimetergenau absehbar sind. Einen Monat später aber machen Sie einen 2. Nachtragshaushalt und schreiben in das Gesetz nichts anderes hinein als "Ersetze 10 Milliarden Euro durch 20 Milliarden Euro". Nichts anderes! Alles andere, was zum Thema Vertrauensvorschuss versprochen wurde und dafür, dass er gerechtfertigt ist – nämlich dass das Parlament informiert wird, dass das Parlament über die einzelnen Themen diskutiert, dass das Parlament nachsteuern kann –, ist nicht passiert.

Herr Wirtschaftsminister Aiwanger hat uns einen Bericht geschickt, wie denn der Ablauf des Nothilfeprogramms ist. Da wäre es ehrlicher gewesen, Sie hätten uns

gleich die Presseerklärung vom selben Tag geschickt. In dem Bericht stand kein Satz mehr. Darin stand nicht, wie die Probleme gelöst werden, die das Wirtschaftsministerium bei den Regierungen verursacht hat, weil die Programme nicht rechtzeitig zwischen Bund und Land abgestimmt waren und das neue Formular in elektronischer Form nicht mit den anderen abgesprochen war. Davon stand kein Millimeter drin. Das war die Presseerklärung, und nichts anderes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Zudem ist es zu wenig, wenn statt der 1 Milliarde Euro jetzt plötzlich mal 5 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen verarbeitet werden. Natürlich müssen wir uns im Haushaltsausschuss und in diesem Hause darüber unterhalten, wie wir Steuermindereinnahmen verarbeiten. Aber da gibt es eben noch andere Wege. Da gibt es auch noch den Weg des Haushaltsgesetzes 2021/2022 und andere Möglichkeiten, im Haushalt stille Rücklagen zu heben. Wir hätten erwartet, dass darüber miteinander gesprochen wird und dass dazu die entsprechenden Berichte kommen. Passt ist nichts.

Deswegen sage ich für die SPD-Fraktion: Der Vertrauensvorschuss, den wir Ihnen beim ersten Mal gegeben haben, ist aufgebraucht. Ich sage: An einzelnen Stellen ist der Bogen nicht nur zum Reißen gespannt, sondern er ist bereits überspannt. Deswegen wird es vonseiten der SPD-Fraktion, wenn sich Ihr Verhalten und der Umgang miteinander in dieser Woche nicht entscheidend ändern, keinen zweiten Freifahrtschein und keine Zustimmung zu diesem Nachtragshaushalt geben können.

(Beifall bei der SPD)

Dabei geht es nicht darum, irgendwelche Programme zu torpedieren. Nein, es geht darum, dass wir darum ringen wollen, die besten Lösungen für die Menschen und Unternehmen in Bayern zu finden. Wir erwarten nicht nur warme Worte des Herrn Ministerpräsidenten und ein werbendes "Na ja, lassen Sie uns doch noch einmal miteinander schauen". Wir erwarten, dass die Dinge klar und eindeutig im Haushaltsgesetz und im Haushaltsplan im Kapitel 13 19 verankert werden. Wir erwarten klare Zusagen. Wir erwarten belastbare Zusagen, und wir erwarten eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Vorschlägen, die auch und insbesondere die SPD mit ihren Anträgen gemacht hat.

Wir erwarten natürlich nicht, dass alles eins zu eins umgesetzt wird. Wir erwarten nicht, dass Sie jedem einzelnen Vorschlag der SPD zustimmen. Aber ich erwarte, dass wir uns ernsthaft mit den Themen auseinandersetzen, wie etwa mit dem Thema "Ausgleichsmittel für den Ersatz von Kita-Gebühren".

Heute wurde angekündigt, dass es drei Monate lang einen Ersatz geben wird. Ja, das ist gut. Das ist eine Forderung, die unsere zuständige Sprecherin Doris Rauscher am 8. April in einem Schreiben an den Minister erhoben hat. Das ist im Übrigen auch eine Forderung, die ich für die SPD in Augsburg mit zwei Kolleginnen und Kollegen Ihnen, dem Herrn Ministerpräsidenten, bereits am 20. März geschickt habe. Die Antwort ist bis heute null.

Also lassen Sie uns über diesen Antrag und die Umsetzung reden: Was bedeutet das denn genau? Welche Beträge werden gezahlt? Ist es ein Durchschnittsbetrag, oder ist es der Betrag, der bei der kommunalen Kita anfällt? Ist es auch ein Luxusbetrag einer Spezial-Kita? – Lassen Sie uns darüber reden.

Lassen Sie uns über das Sonderprogramm "Soziales", das wir fordern, im Detail sprechen – für die Unterstützung sozialer Einrichtungen, gemeinnütziger Organisa-

tionen, von Vereinen und Sozialverbänden. Lassen Sie uns verbindliche Festlegungen in diesem Haushalt machen.

Lassen Sie uns über den Nothilfeplan für Kommunen, den kommunalen Schutzschirm, reden. Ein flockiges "Ja, so circa 1 Milliarde Euro, und wir werden großzügig Kassenkredite ermöglichen" ist uns zu wenig. Verbindliche, tragfähige Aussagen sind notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns über ein Programm "Sicheres Wohnen in Bayern" sprechen – in Absprache mit dem Bund für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Mieter. Dies kann in der Folge aber auch für Vermieterinnen und Vermieter wichtig werden, die vielleicht wirklich auf Kante genäht haben und die auf die einzelne Einnahme angewiesen sind und die eben nicht drei Monate Stundungen hinnehmen können. Dazu gibt es einen Antrag. Darüber wollen wir sprechen.

Wir wollen auch über die Themen Kultur-Sofortprogramm und digitale Hochschule reden. Was müssen wir machen, wo doch so viel darüber gesprochen wird, dass wir jetzt alles digital machen? – Heute beginnt das Semester. Brauchen wir denn nicht Sofortausgaben, die über den heutigen Haushalt ermöglicht werden? – Gleiches gilt für das Sofortprogramm Sport und für andere Positionen, die wir vorgeschlagen haben.

Ich sage Ihnen eindeutig und klar: Nur wenn in dieser Woche mehr hinsichtlich Transparenz, verbindlicher Festlegungen, Mitsprache des Parlaments und Aufnahme von Ideen aus anderen Parteien und von Anträgen der SPD passieren wird, kann es eine Zustimmung zu diesem Programm geben. Ansonsten wird die SPD dieser Politik, die Sie hier machen – einer Ausgrenzung des Parlaments,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

Harald Güller (SPD): einer zu geringen Beteiligung –, nicht zustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Heute ist ein ganz besonderer Tag. – Genau so hatte ich damals am 19.03. meine Rede angefangen und hatte mich vor allem sowohl auf die haushaltspolitischen Beschlüsse bezogen, die wir damals vorgelegt bekommen haben, die die massive Neuverschuldung um 10 Milliarden Euro für den Sonderfonds Corona-Pandemie beinhaltet haben, als auch auf meine Aussage, dass die künftigen Landeshaushalte sich in nicht bekannter Weise verändern werden.

Wenige Tage später, am 24.03., also nicht einmal fünf Tage später, gibt es dann die Meldung, dass das Kabinett einen Entwurf für den zweiten Nachtrag zum Haushalt beschlossen hat, um den Sonderfonds Corona-Pandemie um weitere 10 Milliarden Euro aufzustocken. Dieser Gesetzentwurf liegt uns heute vor.

Schauen wir einmal an, was im Einzelnen tatsächlich passiert ist. Zu den ersten 10 Milliarden Euro gab es eine sehr intensive und sehr sachliche Diskussion im Haushaltsausschuss. Der Finanzminister hatte sich dafür ausreichend Zeit genommen. Vielen Dank dafür! – In dieser Diskussion war parteiunabhängig immer wie-

der angesprochen worden, dass der Haushaltsausschuss stets umgehend und detailliert darüber informiert werden muss, was mit den 10 Milliarden Euro geplant ist bzw. was mit ihnen tatsächlich geschieht.

Leider fand sich nur eine sehr abgespeckte Version im tatsächlich beschlossenen Nachtragshaushalt. Da hieß es dann nur noch: "Der Ausschuss [...] ist durch die mit der Bewirtschaftungsbefugnis betrauten Ressorts über die Einrichtung von außerplanmäßigen Ausgabeermächtigungen [...] zu unterrichten." Also hat man es schon einmal delegiert auf die entsprechenden Ressorts.

Trotzdem hatten alle Fraktionen dem Nachtragshaushalt im Plenum zugestimmt, weil wir uns unserer Verantwortung in der Krise bewusst waren und weil wir – das hat der Kollege Güller ganz richtig gesagt – auf die im Haushaltsausschuss gemachten Aussagen auch vertraut haben.

Was ist seitdem geschehen? – Aktuelle Informationen über Maßnahmen habe ich praktisch ausschließlich aus Pressekonferenzen bekommen; hin und wieder war auch mal eine Zahl dabei. Nachfragen mehrerer Fraktionen im Haushaltsausschuss wurden bisher nicht beantwortet. Tatsächlich muss ich mich jetzt korrigieren: Heute Morgen während der Regierungserklärung habe ich eine Mail bekommen, in der Antworten standen. Wobei ich sagen muss: Die Antworten darin habe ich inzwischen auch aus der Presse bekommen. Ich hätte erwartet, dass ich sie zeitgleich wie oder vielleicht sogar noch früher als die Presse bekomme.

Auf nochmaliges Insistieren erhielten wir dann eine Tabelle. Was war in der Tabelle? – Sie enthielt drei große Zahlen: Beschaffung Material 1,5 Milliarden, Material zusätzliches Personal 440 Millionen, Bonus im Gesundheits- und Pflegebereich 122 Millionen. – Zahlen, die wir alle schon aus der Presse kannten. Dazu gab es in der Tabelle noch zwei Größen: 5 Milliarden Steuermindereinnahmen und bis zu 4,99 Milliarden Soforthilfe Corona. Das war's! Mehr haben wir nicht bekommen.

Vom Gesundheitsministerium haben wir vor zwei, drei Tagen noch ein Schreiben erhalten; darin ging es um die kostenfreie Verpflegung. Es war immerhin die erste detaillierte Aufstellung, die wir bekommen haben. Auch wenn wir das schon lange aus der Presse kannten, aber immerhin.

Aus dem Wirtschaftsministerium haben wir viele Tage verspätet ein Schreiben erhalten, das Informationen enthielt, die weniger waren als das, was man in der Pressekonferenz erfahren hat.

Heute Morgen in der Regierungserklärung habe ich immerhin gelernt, dass man schon 700 Millionen aus diesem Topf zur Zahlung angewiesen hat – eine Zahl, die mir bisher nicht geläufig war.

Also, die Fragen drängen sich wirklich auf: Warum enthält man uns diese Informationen vor? Gibt es dafür irgendwelche PR-Gründe? Oder haben vielleicht die Ministerien selbst keinen Plan, wofür sie das Geld ausgeben wollen? – Jetzt will die Regierung weitere 10 Milliarden. Da heißt es in der Begründung, ohne ein Nachsteuern wäre der mit dem Nachtragshaushalt neu geschaffene Sonderfonds bereits vollständig aufgezehrt. – Könnte mir bitte mal jemand erklären, wie der genau aufgezehrt ist! Im Detail hat mir das noch keiner erklärt, bis auf die Zahlen, die ich vorhin vorgetragen habe.

Warum erhalten wir die Info, dass dieser Topf aufgezehrt ist, eigentlich so verspätet? Warum erhalten wir sie nicht gleich? Auch das war meine Erwartungshaltung aus dem Haushaltsausschuss, dass ich die Informationen immer sofort bekomme.

Mich interessiert nicht, ob die Ressorts einzeln berichten. Ich habe als Abgeordneter, insbesondere in der Opposition und gerade im Haushaltsausschuss, das Recht auf Information durch die Regierung. Wie Sie die Zuständigkeiten innerhalb der Regierung organisieren, ist mir an der Stelle eigentlich egal. Ich will die Informationen. Wenn ein Ressort später informiert, dann klärt das bitte innerhalb der Regierung. Als Parlamentarier, gerade in der Opposition, habe ich einen Auftrag: Ich muss die Regierung kontrollieren. Dazu muss ich wissen, wofür welche Gelder ausgegeben werden bzw. wofür sie geplant sind. Ich muss die Maßnahmen kennen, um beurteilen zu können, ob die Maßnahmen effektiv und zielführend sind. Ganz speziell aus Sicht der FDP-Fraktion will ich natürlich wissen, wo tatsächlich ein Marktversagen vorliegt, sodass eingegriffen werden muss.

Jetzt sollen wir auf die gleiche Weise wie vor einigen Wochen weitere 10 Milliarden Euro genehmigen? Seien Sie mal ehrlich, als Parlamentarier, der seine Kontrollaufgabe ernst nimmt, kann man das doch wirklich nicht machen. Die Praxis hat gezeigt, wie wenig der Haushaltsausschuss tatsächlich informiert wurde.

Ich finde, dass wir als Abgeordnete eines unserer wichtigsten Rechte beraubt wurden. Der Vertrauensvorschuss, den wir der Regierung gegeben haben, wurde missbraucht. Herr Füracker, ich muss wiederholen: Ich bin tatsächlich enttäuscht, wenngleich ich fachlich sehr viel von Ihnen halte, aber da hätte ich mir wirklich mehr Information erwartet.

In diesem Sinne erkläre ich noch mal: Die FDP-Fraktion wird sich bei allen Maßnahmen, die im Rahmen der Corona-Krise erforderlich sind, konstruktiv einbringen, auch eigene Vorschläge einbringen. Wir lassen uns keine Denkverbote auferlegen; das ist heute Morgen schon diskutiert worden. Wir lassen uns unsere ureigensten Rechte nicht wegnehmen: Das sind das Informationsrecht und das Haushaltsrecht.

Unser Vorschuss an Vertrauen ist wirklich komplett verspielt. Ohne umfassendes Informationsrecht und ohne definierte Mitspracherechte werden wir den weiteren 10 Milliarden Euro deshalb nicht zustimmen, auch wenn mir das angesichts der Krise sehr, sehr schwerfallen würde.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. – Bitte schön, Sie haben drei Minuten.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die künstliche Sonderkonjunktur auf Basis der EZB-Nullzinspolitik durch eine Corona-Pandemie beendet werden würde, war natürlich nicht vorhersehbar, dass die unvernünftige Geld- und Fiskalpolitik in naher Zukunft an Grenzen stoßen würde, jedoch schon.

Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Politik aus den Fehlern der Vergangenheit leider wenig lernt und man erneut auch diejenigen fördern will, die keine Förderung benötigen. Dass man jetzt mit Liquiditätshilfen, Zuschüssen und Krediten versucht, Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, ist in Ordnung. Allerdings sollte dies nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen, und schon gar nicht so, dass man sogenannte Zombie-Unternehmen finanziert, die in den letzten Jahren nur durch das Perpetuieren von quasi zinslosen Darlehen überleben konnten.

Umgekehrt werden, relativ gesehen, diejenigen bestraft, die in den vergangenen Boom-Jahren Reserven aufgebaut haben. Kurzarbeitergeld und Liquiditätshilfen, um Insolvenzen solider Unternehmen zu verhindern, sind kurzfristig notwendig und richtig. Der Haken dran: Was die Wirtschaft aber noch viel dringender braucht, ist ein Ende des Shutdowns, der mittlerweile bizarre Züge angenommen hat. Machen

Sie statt Wirtschaftsförderung mit der Gießkanne lieber ernst mit Bürokratieabbau, und senken Sie die Abgabenlast für alle, insbesondere aber für kleine und mittelgroße Unternehmen. Anfangen könnten Sie beispielsweise mit einer signifikanten Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums, von der alle profitieren würden, Selbstständige und Arbeitnehmer gleichermaßen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nun hat der Abgeordnete Michael Hofmann von der CSU-Fraktion das Wort.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es schon öfter gehört: Die Krise ist ein Charaktertest. Was macht sie denn zu einem Charaktertest? – In der Regel, dass viel auf dem Spiel steht. Wenn nichts auf dem Spiel steht, wird der Charakter nicht geprüft. Wenn viel auf dem Spiel steht, bedeutet das auch, dass man Ängste überwinden muss und man aus alten, antrainierten Mustern ausbrechen muss. Ein "Das-haben-wir-schon-immer-so-gemacht" wird in der Krise nicht helfen, sonst wäre es keine Krise. Deswegen müssen wir uns gut überlegen, wie wir mit diesen Situationen, die wir so nicht kannten, umgehen. Das verlangt Opferbereitschaft, auch hier im Parlament. Opferbereitschaft bedeutet, sich mal auf etwas zurückzuziehen, worauf man grundsätzlich einen hehren Anspruch hat.

Ich sage ganz klar: So wie wir zur Opferbereitschaft gebraucht werden, gibt es noch ganz andere in diesem Land, die sich sogar aufopfern: die Ärztinnen und Ärzte und das Pflegepersonal, die sich mehr denn je Gesundheitsrisiken aussetzen. Das ist wahre Aufopferungsbereitschaft. Vor dem Hintergrund scheint es ziemlich leicht zu sein, was wir hier diskutieren. Ist das so wichtig? Oder findet die eigentliche Arbeit in der Krise nicht eher draußen in den Kliniken statt? – Ich sage Ihnen: Selbstverständlich ist es wichtig, was wir hier machen. Wir haben einen unglaublichen Stresstest für die Demokratie. Demokratie muss beweisen, dass sie funktioniert, auch in Lagen, die wir so nicht gewohnt sind. Ich glaube, dass wir alle hier in diesem Haus das bisher ganz gut hinbekommen haben. Ich weiß auch, dass der Ministerpräsident dafür sehr dankbar ist. Er hat das heute mehr denn je deutlich gemacht.

Wie wir sehen, kommt aber nach diesen vier bis sechs Wochen, die wir so bisher nicht gekannt haben, nicht jeder damit zurecht, nicht mehr so im Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stehen, wie das früher möglicherweise der Fall war. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Lieber Herr Kollege Kaltenhauser und lieber Herr Kollege Güller, in Zeiten von Krisen und in einem neuen Kommunikationszeitalter werden wir als Parlament in irgendeiner Form damit zurechtkommen müssen, wenigstens für einen überschaubaren Zeitraum, zeitgleich mit der Bevölkerung informiert zu werden. Daran ist auch gar nichts Schlechtes; denn in Zeiten der Krise ist es unabdingbar, dass auch die Bevölkerung mitgenommen wird.

(Widerspruch)

Nein, ich habe schon den Eindruck, dass hier bei Ihnen mehr die Eitelkeiten durchbrechen als der Wille zur Zusammenarbeit. Das ist schon ein Problem, mit dem wir hier zu kämpfen haben. Das ist eigentlich schade; denn ich glaube, dass die Bevölkerung bisher in dem Zusammenhang auch ein großes Vertrauen hat. Bei dem Vertrauensvorschuss, von dem Sie gesagt haben, dass er jetzt aufgebraucht ist, weiß ich nicht, ob er voller Überzeugung gegeben wurde oder ob Sie sich am Anfang nur nicht getraut haben zu widersprechen. Sei es, wie es mag. Ich stehe schon auch dazu, dass ein Parlament Kontrollrechte hat. Wir brauchen sie auch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist selbstverständlich!)

Lieber Herr Kollege Halbleib, das hat etwas mit Selbstverständlichkeit zu tun. Das hat aber auch etwas damit zu tun, dass in diesen letzten vier bis sechs Wochen sämtliche Handlungs- und Arbeitsweisen, wie wir sie kannten, sowohl hier im Parlament als auch draußen in der Bevölkerung, komplett neu aufgestellt worden sind.

Die Regierung hat diese Krise bisher sehr gut gemeistert. Dass sie sich zuerst einmal darauf konzentriert hat, die wesentlichen Probleme zu lösen, die draußen bestehen, und sich erst dann damit beschäftigt hat, wie wir die Kommunikation vorantreiben, hat meine Unterstützung.

Ich sage allerdings auch: Diese vier bis sechs Wochen sollten jetzt ausgereicht haben. Jetzt geht es darum, hier mitzuarbeiten und auch die entsprechenden Kontrollrechte wahrzunehmen. Kontrollrechte, wie wir sie bisher gehabt haben, reichen möglicherweise auch nicht aus. Ich will ganz bewusst auf den BayernFonds eingehen, der heute im Laufe der weiteren Plenarsitzung besprochen wird.

Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer, der in dem Zusammenhang auch hinter den Kulissen die Rechte des Parlaments massiv vertreten hat. Loyalität der Regierungsfraktion ist wichtig. Aber es gehört auch dazu, die Wahrung der Parlamentsrechte sicherzustellen.

Wir werden, was das BayernFonds-Gesetz angeht, auch Änderungsanträge einbringen, und wir würden uns freuen, wenn Sie sich anschließen würden. Es ist wichtig, dass wir als Parlament miteinander die Kontrolle ausüben. Wir werden diese Maßnahmen auch schaffen.

Ich verstehe auch, dass man bei der Regierung zunächst einmal andere Dinge in den Fokus gerückt hat. Deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, wird diese Opferbereitschaft, die bisher gezeigt worden ist, jetzt dazu nötig sein, dass wir uns insgesamt im Detail damit beschäftigen, wie die Situation abgelaufen ist, wie die Hilfen gewährt worden sind.

Wir haben jetzt einen weiteren Nachtrag in Höhe von 10 Milliarden Euro. Wer dem Finanzminister zugehört hat, kann allein aufgrund der prognostizierten Zahlen feststellen, dass diese 10 Milliarden Euro nicht ausreichen werden. Kollegin Köhler hat vorhin nicht erklärt, was wir alles an Maßnahmen nicht machen sollen, sondern sie hat berechtigterweise eine Liste von vielen Dingen aufgezählt, die ebenfalls finanziert werden müssen. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, es braucht doch niemand aus der Opposition zu sagen, dass die weiteren 10 Milliarden Euro nicht notwendig wären. Selbstverständlich sind sie notwendig. Im einzelnen Detail wird man sich auch noch darüber unterhalten müssen. Daran geht überhaupt nichts vorbei.

Sie haben die Möglichkeit mitzuarbeiten. Die Möglichkeit besteht im Rahmen des Parlaments selbstverständlich. Dass Sie in den letzten vier bis sechs Wochen nicht so zum Zuge gekommen sind, wie dies in normalen Zeiten der Fall ist, dafür sollte man in dem Zusammenhang auch Verständnis aufbringen.

Ich habe den Eindruck, die Bevölkerung draußen hat dafür Verständnis. Es geht hier nicht um Eitelkeiten; es geht nicht darum, wer wann wie als Erstes informiert wird, sondern es muss darum gehen, dass wir möglichst miteinander dieses Schiff durch diese Zeit steuern. Deswegen sollte man nicht traurig oder beleidigt sein, wenn man zeitgleich mit der Bevölkerung informiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Hofmann, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung des Kollegen Harald Güller von der SPD. Herr Güller, bitte.

Harald Güller (SPD): Kolleginnen und Kollegen, es geht hier doch nicht um Opferbereitschaft. Es geht doch schlicht darum, dass wir als Abgeordnete unseren Job machen, dass wir unsere verfassungsmäßige Aufgabe wahrnehmen. Das ist einmal die Kontrolle. Die Kontrolle hätte stattfinden können, wenn die Informationen gekommen wären. Das hat nichts damit zu tun, dass die Kommunikationswege nicht funktionieren. Dieser Landtag ist arbeitsfähig, dieser Landtag ist, zumindest was uns betrifft, auch arbeitswillig. Nur muss man auch die Informationen geliefert bekommen.

Zweitens. Herr Ministerpräsident, gerade in Zeiten einer Krise gut zu führen, heißt nicht nur, Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen zu treffen, sondern das heißt auch, Entscheidungen zu diskutieren, andere Ideen aufzunehmen und sich zusammen mit dem Parlament das Beste herauszusuchen und umzusetzen.

All dies ist in den vergangenen vier Wochen nicht passiert, und zwar nicht, weil die Opposition – ob das jetzt die SPD oder die GRÜNEN waren – nicht ständig nachgefragt, ständig Briefe geschrieben und Ideen eingebracht hat, sondern weil Sie, die Staatsregierung, nicht willens waren, hier drinnen erstens zu arbeiten und zweitens uns zu beteiligen. Kolleginnen und Kollegen, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD)

Michael Hofmann (CSU): Lieber Kollege Güller, das ist schlicht und ergreifend ein Missverstehen der tatsächlichen Problemlage, die wir hier haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Denn man muss doch mal ehrlich sagen: Genauso, wie Sie Briefe geschrieben haben, genauso, wie Sie Ideen und Überlegungen eingebracht haben, haben das auch alle anderen in diesem Parlament. Der entscheidende Punkt ist doch nur: Wir haben noch genügend Zeit, diese Punkte anzubringen. Nichts muss in den ersten vier bis sechs Wochen erledigt sein.

Der entscheidende Punkt ist folgender: In einer Krise ist es unabdingbar notwendig, die Bevölkerung so mitzunehmen, dass sie nicht in Panik verfällt. Das hat doch eindeutig funktioniert. Die Menschen waren diszipliniert. Die Menschen waren bereit, diesen Weg zu gehen, der sehr schwierig war, unter Aufgabe von Grundrechten für bestimmte Zeit, was in jeder normalen Zeit einen Sturm der Entrüstung auslösen würde. Das hat dazu geführt, dass die Bevölkerung ganz eng beieinander steht.

Ich muss jetzt mal ganz ehrlich sagen: Was den Vertrauensvorschuss für den Ministerpräsidenten betrifft, der bei Ihnen schon aufgebraucht ist, sieht das die Bevölkerung völlig anders: Sie sieht ihn nach wie vor in der Situation, dass sie sich gerne von ihm führen lässt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an Ihre Redezeit!

Michael Hofmann (CSU): Dass Sie sich nicht von ihm führen lassen, mag daran liegen, dass Sie da drüben auf der Seite der Opposition sitzen. Aber die Bevölkerung sieht das anders.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Michael Hofmann (CSU): Der Vertrauensvorschuss, den Sie so schnell als aufgebraucht ansehen, ist bei der Bevölkerung noch vorhanden.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Finanzminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich von meiner Redezeit nur fünf Minuten genutzt hatte, habe ich jetzt noch 15. Das ist manchmal ganz gut, auch wenn Sie jetzt gleich wieder sagen: Oh!

Das ist auch Ihr gutes Recht. Ich habe Ihnen jedenfalls sehr aufmerksam zugehört. Ich bin ein sehr toleranter Mensch, was Argumente anbelangt und auch, was Vorgehensweisen anbelangt. Aber eines lasse ich mir nicht gefallen: Dass hier gesagt wird, der Vertrauensvorschuss wäre missbraucht worden, es wäre nicht informiert worden und wir wären nicht zum Gespräch bereit gewesen.

Ich kann nämlich beweisen, dass das alles nicht stimmt. Wir haben 14 Tage nach der Verabschiedung im Landtag, kurz vor Ostern, fast eineinhalb Stunden lang eine Videokonferenz mit den Oppositionsmitgliedern des Haushaltsausschusses gehabt, die das gewünscht hatten. Die hatten sich bei mir gemeldet, und ich habe gesagt: Wenn es Fragen gibt, machen wir eine Videokonferenz. Dabei habe ich alle Fragen beantwortet, die gestellt wurden. Hinterher habe ich gefragt, ob noch Fragen zu stellen sind. Es gab keine Fragen mehr. Am Tag darauf habe ich Fragenkataloge der Opposition überwiesen bekommen zu genau dem, was wir besprochen hatten, mit praktisch den gleichen Fragen.

Herr Dr. Kaltenhauser, die Fragen wurden dann halt beantwortet. Ich habe damals bei der Videokonferenz gesagt, dass es über Ostern kompliziert wird. Mein Haus hat die letzten Wochen jedes Wochenende gearbeitet. Wir kommen jetzt noch zum BayernFonds und den ganzen Sachen. Wir haben alle Fragen noch einmal schriftlich beantwortet, die ich Ihnen schon mündlich beantwortet hatte.

Ich weiß nicht, wie viele Finanzminister schon mit der Opposition so lange Videokonferenzen gemacht haben, wie ich das tue. Deswegen sage ich Ihnen: Wenn man hier der Öffentlichkeit erzählt, der Finanzminister wäre nicht gesprächsbereit und missbrauche Vertrauen, wenn man solche Dinge in die Welt setzt, dann sage ich Ihnen: Ich habe Ihnen nicht umsonst gesagt, dass ich im Maschinenraum der Krisenbewältigung sitze. Da gibt es auch noch andere Themen, als den ganzen Tag nur zu überlegen, wer wann was innerhalb des Zeitraums nach der Beschlussfassung berichten muss.

Im Haushaltsausschuss wurde vereinbart, dass dann, wenn die Ressorts ihre Gelder verausgaben, wenn entschieden ist, wofür das Geld verwendet wird, an den Haushaltsausschuss berichtet wird. Ich habe für mein Ressort stets berichtet, was ich zu berichten hatte. Sie haben gerade gesagt, dass dies vier Wochen her ist, Skandal! – Haben Sie zugehört, was ich gesagt habe? – Ich habe gesagt, dass ich nicht weiß, ob das Geld länger als 14 Tage reicht. Das habe ich vor vier Wochen gesagt. Hätte ich vor vier Wochen gesagt, dass ich 20 Milliarden Euro brauche, hätte ich euch hören wollen. Daher habe ich gesagt: Nehmen wir erst einmal 10 Milliarden, dann schauen wir weiter.

Jedes Argument wird so verwendet, wie man gerade möchte. Jetzt sind vier Wochen vergangen. Ich sage nicht, dass nur alle vier Wochen berichtet werden muss. Ich sage aber schon: In Krisenbewältigungszeiten fragen uns die Menschen draußen nicht in erster Linie, ob wir in vier Wochen achtmal oder neunmal berichtet haben. Die Gespräche, die ich jeden Tag mit Unternehmen, mit Verbänden, mit Banken führe, betreffen ganz andere Herausforderungen. Sie betreffen Krisenbewältigung und Krisenmanagement. Dabei wird mir nicht unterstellt, wir würden Vertrauensvorschüsse missbräuchlich ausnutzen. Meine Damen und Herren, gehen wir doch bitte etwas vernünftig miteinander um, gerade in der Krise.

(Beifall bei der CSU)

Die Gestaltung dieses Nachtragshaushalts war aufgrund der Krise von Anfang an anders angelegt – Harald, das weißt doch auch du. Normalerweise wird ein Haushalt mit verschiedenen Haushaltstiteln versehen. Ich bin auch nicht verpflichtet, dem Haushaltsausschuss das ganze Jahr über über jeden Haushaltstitel alle 14 Tage zu berichten, sondern die Mittel, die im Haushalt vorgesehen sind, kann ich grundsätzlich verwenden. Das gilt auch für die Ressorts.

Wir hatten in der Krise keine Möglichkeit, den Haushaltstitel 13 19 noch groß aufzusprengeln. Es gab eben den Haushaltstitel 13 19 mit den entsprechenden Zuweisungen an die Ressorts. Ja, Hubert Aiwanger hat etwas bekommen, nämlich aufgrund des großen Wunsches auch dieses Hauses, möglichst rasch Soforthilfen an Unternehmer geben zu können. Offensichtlich hat er nicht den Brief geschrieben, den sich die Opposition vorgestellt hätte. Hubert, schreib gefälligst, wie sich das gehört, wofür die 5 Milliarden Euro sind.

Das Gesundheitsministerium hat nach Kabinettsbeschluss einen Titel zugewiesen bekommen. Im Übrigen hat das nicht alles das Finanzministerium oder das Gesundheitsministerium gemacht, sondern der Krisenstab hat entschieden, wofür das Geld verwendet wird. Das kann alles mitgeteilt werden. Ich kann nicht erkennen, dass aufgrund dessen, dass einmal vier Wochen lang nicht mitgeteilt wurde, wofür genau das Geld verwendet wurde, automatisch folgt, dass das Geld missbräuchlich verwendet wurde.

Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht, wo hier ein Misstrauensbeweis sein soll. Es wurde gesagt, der Finanzminister würde seinen Pflichten nicht nachkommen. Ich kann Ihnen sehr gut belegen, dass ich meinen Pflichten in all diesen Fragen sehr wohl nachkomme und im Haushaltsausschuss stets, auch in der letzten Sitzung, eindringlich gesagt habe, dass ich jederzeit für Gespräche zur Verfügung stehe. Geradezu grotesk ist es, davon zu sprechen, man hätte keine Holschuld. – Das stimmt. Niemand hat eine Holschuld. Man hat aber ein Holrecht. Man braucht sich nämlich nicht erst nach vier Wochen zu beschweren, wenn man vom jeweiligen Ressort keine Mitteilung erhält, sondern man kann sich schon nach acht Tagen beschweren. Man kann auch Landtagsanfragen schreiben, obwohl der Finanzminister schon alles erklärt hat, um hinterher zu sagen, dass es zu lange gedauert hat, bis sie beantwortet wurden.

Ich bitte, miteinander gut umzugehen. Wir haben die 10 Milliarden Euro genommen und haben den Ressorts die Mittel zugewiesen, die zur Krisenbewältigung zunächst notwendig waren. Die Details dieser Zuweisung, was gekauft wurde, was angeschafft wurde, kennen die Ressorts am besten. Natürlich gibt es eine Rückkopplung. Ich kann aber nicht heute etwas zuweisen, innerhalb von acht Tagen eine Rückkopplung verbuchen und dann der Opposition melden. Das ist einfach nicht leistbar. Es ist auch innerhalb von vier Wochen nicht leistbar, all das in jedem letzten Detail der Krisenbewältigung verästelt darzustellen. Das heißt aber nicht, dass man das nicht tun möchte.

Ich kann deswegen nur sagen: Bei den zweiten 10 Milliarden Euro haben wir wieder den gleichen Plan, nämlich eine grundsätzliche Ermächtigung, das Geld als Kredit aufzunehmen und mit ihm Krisenbewältigungsmaßnahmen über Kapitel 13 19 zu bezahlen, selbstverständlich mit Pflicht zum Bericht an den Haushaltsausschuss. Wenn die Berichte zu lange auf sich warten lassen, war es noch nie ein Problem, anzurufen und nach dem Bericht zu fragen. Sie stellen sich aber hier her und verwenden dies als Beweis des Misstrauens. Wenn ich auch so polemisch wäre, würde ich sagen: Wer diesen Haushalt am Freitag ablehnt, braucht morgen gar keine Änderungsanträge zu stellen. Es ist schon skurril, einen Änderungsantrag zu stellen, der 1,3 Milliarden Euro für die Kommunen vorsieht, und gleichzeitig zu sagen, dass man den Haushalt eh ablehnen will, weil man dem Finanzminister misstraut.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn wir so weitermachen, wird es kompliziert. Ich gehöre jedenfalls zu denen, die vor allen Dingen mithelfen wollen, dass das Geld draußen bei den Menschen ankommt. Das ist nicht die Stunde des Finanzministers.

Heute kam von der AfD der Beitrag, ich solle eine zehnpromzentige Haushaltssperre einrichten. Ich werde überall erzählen, dass dies euer Vorschlag ist. Die einen beantragen eine Milliarde Euro mehr für die Kommunen, die anderen eine zehnpromzentige Haushaltssperre. Wenn ich zehn Prozent des Haushalts sperre, beläuft sich der kommunale Finanzausgleich nur noch auf 9 Milliarden Euro. Das hat doch keinen Sinn.

Ich bleibe in aller Sachlichkeit beim bisherigen Weg. Wenn Defizite erkannt wurden, werde ich seitens des Finanzministeriums den Ministerien noch einmal mitteilen, dass gegenüber dem Haushaltsausschuss regelmäßig im Detail Rechenschaft abzulegen ist. Wenn drei Wochen oder 14 Tage, wie wir es gemacht hatten, zu lange sind – nach 14 Tagen war ja eine Telefonschalte oder eine Videoschalte –, muss eben alle acht Tage berichtet werden. Davon geht meine Welt nicht unter. Wir müssen uns aber schon überlegen, was wir hier sagen. Wenn hier der Eindruck vermittelt wird, dass der Haushalt abgelehnt wird, weil der Finanzminister nicht oft genug berichtet habe, werde ich den Leuten draußen erklären, dass ich diese und jene Hilfe nicht leisten kann, weil die Opposition nicht bereit war, einen Vertrauensvorschuss zu gewähren.

Noch etwas, Harald. Allen von der Opposition war es unbenommen, in den letzten vier Wochen einen Antrag im Haushaltsausschuss einzureichen, der bestimmte Ausgaben fordert. Wenn der Haushaltsausschuss vor 14 Tagen einen Beschluss gefasst hätte, mit dem vorgeschlagen wird, aus Kapitel 13 19 für eine bestimmte Maßnahme 500 Millionen Euro auszugeben, hätte sich auch das Parlament damit beschäftigen müssen. Ich habe nicht gehört, dass irgendein Gremium abgelehnt hätte, sich mit einem Antrag zu Kapitel 13 19 zu beschäftigen. Man kann heute hier nicht sagen, dass es nicht möglich gewesen wäre, sich an der Debatte darüber zu beteiligen, wie das Geld ausgegeben werden soll. Das ist einfach nicht richtig. Heute sind auch Änderungsanträge eingegangen. Ihr hättet vier Wochen lang Zeit gehabt. Vier Wochen lang hat kein Mensch einen Änderungsantrag gestellt; drei Wochen lang hat niemand nach einer Berichterstattung gefragt. Ich halte eine Videokonferenz, darf mir aber heute anhören, dass wir das Vertrauen missbrauchen.

Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, uns zuzuhören. Menschen schreiben mir, dass sie wegen ihres Gasthauses, wegen ihres Möbelhauses, wegen ihres Baumarktes, wegen ihrer Sorgen um die Gesundheit, wegen diesem und jenem betroffen sind. Diesen Menschen müssen wir Antworten geben können. Ich kann ihnen nicht antworten, dass ich den 2. Nachtragshaushalt deswegen nicht geneh-

migt bekommen habe, weil ich erst nach drei Wochen und nicht schon nach 14 Tagen berichtet habe. Dafür wird niemand Verständnis haben.

Ich glaube daher, dass wir den Weg, den wir in den letzten Wochen gegangen sind, sehr gut weitergehen können. Ich jedenfalls habe überhaupt kein schlechtes Gewissen. Wir müssen daher schon darüber sprechen, wie wir in diesen Zeiten miteinander umgehen. Insofern gilt weiterhin wie bisher auch mein Angebot: maximale Transparenz, jederzeit Erscheinen im Haushaltsausschuss und ihm berichten. Ich werde meinen Kollegen in den Ressorts sagen, dass es aus Sicht der Opposition offensichtlich Defizite gibt. Berichte können gegeben werden. Wer den Haushalt trotzdem ablehnen will, muss auch verantworten, was dann nicht getan werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Füracker. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben drei Interventionen. Die erste ist von Herrn Kollegen Dr. Helmut Kaltenhauser. Bitte schön, Herr Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Staatsminister, zwei Punkte. Erstens. Sie hatten angemerkt, dass Sie unseren Fragenkatalog beantwortet haben. – Ja, vielen Dank. Tatsächlich haben wir den Fragenkatalog viele, viele Tage vorher geschickt. In der Videoschleife, für die ich mich ausdrücklich bedanke, hat sich herausgestellt, dass er bei Ihnen offenbar nicht angekommen ist. Wie es im Ministerium läuft, liegt nicht in meiner Verantwortung. Wir haben die Fragen im Haushaltsausschuss gestellt.

Zweitens. Sie sagen, dass keine Zeit vorhanden sei, einen Bericht zu schreiben. Das Minimum wäre schon – ich hatte meine Bemerkung vorher nicht ironisch gemeint –, dass ich die Informationen wenigstens gleichzeitig mit der Presse bekomme. Wenn ich aber teilweise Informationen erst Wochen später erhalte und es sich um Informationen handelt, die schon in der Presse standen, hat sich das erübrigt. Ob Sie es auf sich nehmen, dass die Ressorts nicht rechtzeitig antworten, oder ob Sie die Verantwortung dafür an die Ressorts weitergeben, ist mir eigentlich egal. Ich will die Informationen einfach nur so zeitnah wie möglich erhalten. Wenn ein Ressort an die Presse gehen und etwas verkünden kann, kann man mir das auch schicken; dann habe ich es wenigstens zeitgleich. Das ist das Minimum.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Sie haben zu mir gerade gesagt, ich hätte meinen Vertrauensvorschuss missbraucht. Dagegen habe ich mich gewehrt. Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, Herr Dr. Kaltenhauser. Als wir die Videokonferenz durchführten, lagen im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen keine Fragen vor. Das ist nicht meine Schuld. Die Fragen sind danach gekommen, und wir haben sie so schnell wie möglich beantwortet. Es waren auch nicht bloß drei Fragen, sondern darüber hinaus Fragen im Wesentlichen zu dem, was ich längst beantwortet hatte. Die Antworten dann verschriftlichen zur dürfen, erfordert halt ein wenig mehr Zeit, weil wir nebenbei noch andere Dinge machen.

Ich erledige das alles. Wenn ich aber das Angebot mache, im Haushaltsausschuss zu berichten, in einer Videoschleife die Opposition mit diesen Dingen zu befassen – ich weiß gar nicht, was ich eigentlich noch machen soll. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich für mich persönlich weiß nicht mehr, was ich noch tun könnte.

Sie sagten, Sie hätten eine Liste mit lauter großen Posten darauf bekommen. – Das sind die Posten, die den Ressorts zugewiesen wurden. Wenn man es genauer wissen will, dann kann das Ressort doch sagen, wie viele Rollen Maskenmaterial man gekauft hat. Ich bin nicht auch noch für den Kauf von Rollen Maskenmaterial

zuständig. Das hat Hubert Aiwanger gemacht, und er muss dann halt genau erklären, wofür und für wen er etwas gekauft hat.

Setzt euch bitte mit den Fachressorts in Verbindung und werft nicht in der Öffentlichkeit dem Finanzminister vor, er hätte seinen Vertrauensvorschuss missbraucht. Das hat mich geärgert, Herr Dr. Kaltenhauser, und darum habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Zellmeier, Zwischenbemerkungen müssen während der Rede angemeldet werden und nicht danach; das haben wir jetzt neu in der Geschäftsordnung geregelt. – Die nächste Zwischenbemerkung hat die Kollegin Claudia Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Füracker, Sie haben uns auch erwähnt.

(Staatsminister Albert Füracker: Sie mich auch!)

– Ich habe Sie auch erwähnt, und ich meine, ich habe keine Unwahrheiten gesagt. – Sie haben bezüglich der Schalte erwähnt, wir hätten dort unsere Fragen vorbringen können. Das haben wir getan, und wir hatten sie vorher auch in einem – wie hatten Sie es genannt? – Holrecht eingebracht.

Unsere wichtigste Frage zu dem Zeitpunkt war: Wie viel Mittel der ersten 10 Milliarden Euro sind nicht verplant, sondern wie viel sind bereits abgeflossen? Sie haben uns entgegnet, Sie könnten das eigentlich nicht sagen, weil das normalerweise zum Bereich des Wirtschaftsministers gehöre; diesen Bericht müsste man dort einfordern. – Das haben wir gemacht. Die Fragen, die übrigens nicht schon alle beantwortet waren, haben wir noch am selben Abend Ihnen und dem Wirtschaftsminister übersandt. Wir haben allerdings immer noch keine Antwort, und morgen beginnt die Ausschussberatung. Das möchte ich nur noch einmal klarstellen.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meiner Kenntnis nach hat mein Haus heute zur Morgenstunde die schriftliche Beantwortung aller Fragen übersandt. Es würde mich jetzt wundern, Herr Neubauer – – Das müssten Sie heute erhalten haben.

Es war so, Frau Köhler: Ich habe darauf hingewiesen, wie wir das im Haushaltsausschuss vereinbart hatten, dass ich nur über die Zuweisungen an die Ressorts berichten kann und die Ressorts darüber berichten, wie sie das Geld verausgaben. Darauf habe ich in der Schalte hingewiesen.

Ich wusste das nicht von jedem Ressort. Ich wusste es nicht nur von Hubert Aiwanger nicht, sondern ich wusste auch beim Innenministerium nicht, wie viel Geld schon abgeflossen ist. Dort geht es zum Beispiel um gesetzliche Leistungen. Bei freiwilligen Leistungen könnte man noch sagen: Na ja, da kann man politisch darüber diskutieren. – Wir haben aber auch gesetzliche Leistungen, zum Beispiel beim Katastrophenschutz und all diesen Dingen. Da fließen täglich Gelder ab, und hier wird niemand – schon gleich nicht der Finanzminister – in der Lage sein, Ihnen auf Knopfdruck zu sagen, wie viel Geld genau jetzt schon draußen ist. Deswegen glaube ich, dass ein Berichtszeitraum von ein, zwei, drei oder selbst vier Wochen noch lange nicht darauf hindeutet, dass irgendjemand etwas verschleiern oder Vertrauen missbrauchen möchte.

Mir geht es darum, dass wir in der Zusammenarbeit in den letzten Wochen – und das waren wirklich herausfordernde Tage; jeder Tag ein Katastrophenstab und all

die Bewältigung der Dinge, die aufgetreten sind – gut miteinander umgegangen sind. Ich habe zu niemandem gesagt, dass er die Unwahrheit behauptet, sondern ich habe mich nur dagegen gewehrt, was mir hier alles an den Kopf geworfen wurde.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, denken Sie an Ihre Redezeit!

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Gerade als Finanzminister lege ich großen Wert auf die Versachlichung dieser Diskussion, wie die Mitglieder des Haushaltsausschusses eigentlich wissen müssten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur dritten Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Swoboda gemeldet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Finanzminister Füracker, mir geht es nicht um Misstrauen. Ich hege auch überhaupt kein Misstrauen gegen Sie. Mir geht es jetzt aber vielleicht um Missbrauch. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen; denn Sie sind als Finanzminister auch der Überwacher der staatlichen Finanzverwaltung und der Staatsausgaben.

Im Landkreis Fürth gibt es eine Stulpennäherei. Diese Stulpennäherei musste Kurzarbeit anmelden, weil die Industrie darniederliegt; sie wird nicht mehr gebraucht. Sie schickt ihre Leute nach Hause, und dann ruft das Landratsamt Fürth an und fragt: Könnten Sie von Ihren Näherinnen anstatt Stulpen für die Industrie für uns Mundschutzmasken nähen lassen? – Die Antwort war: Ja, das könnte ich schon, das passt.

Die Firma hat vielleicht einen Auftrag gerochen, der – das hätte ich auch gedacht – über die Gelder, die wir hier beschließen und die Sie an die Landratsämter verteilen, dann an die örtliche Wirtschaft kommt. Aber nein, so etwas gab es nicht. Es gab die Bitte, man möge das im Betrieb von diesen Näherinnen, die eigentlich in Kurzarbeit sind, ehrenamtlich machen lassen.

Das mag ein Einzelfall sein, der aber in der "Bayerischen Staatszeitung" als vorbildlich stand. Als Finanzminister müssten Sie dazu doch eine Meinung haben. Könnte ich diese erfahren?

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Wenn ich alles, was in der Zeitung steht, sofort entweder als richtig oder als angewiesen oder auch skeptisch betrachten würde, hätte ich nichts anderes zu tun. Wenn Sie mir einen Brief schreiben mit dem Inhalt, Finanzminister, schauen Sie her, da ist was vorgefallen, ganz furchtbar, die nähen ehrenamtlich Masken oder was auch immer, dann bekommen Sie entweder von mir oder aus dem zuständigen Ressort eine qualifizierte Antwort.

Das ist jetzt auch wieder so etwas. Schauen Sie, Sie haben es damals gehört und gelesen, und jetzt, weil wir gerade im Landtag sind, hauen wir es einmal auf den Tisch. Sie hätten genauso, als Sie das gelesen und sich geärgert haben, dem Finanzminister ein paar Zeilen schreiben können, wie das sein kann. Sie haben aber zwei Wochen lang nichts gesagt und legen das jetzt in der Landtagsdebatte auf den Tisch. Also: Holschuld, Bringschuld – beiderseitig. Wir sollen die Krise miteinander bewältigen.

Ich kann sagen, dass mein Haus mit höchster Transparenz arbeitet, und ich glaube, dass das auch die anderen Häuser tun. Wenn in den letzten Wochen bei der Kommunikation nicht alles so im Detail geklappt hat, wie man sich das vorstellt, kann man das jetzt nicht generell als Anlass für Misstrauen betrachten, sondern

dann geloben wir eben alle Besserung und arbeiten so weiter, wie unsere Bevölkerung das von uns erwartet. Eine solche Diskussion erwartet sie nämlich ganz sicher nicht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Der Gesetzentwurf ist gemäß § 148 der Geschäftsordnung dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Das ist so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
Gesetz über einen BayernFonds und eine Bayerische Finanzagentur
(BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz - BayFoG) (Drs. 18/7141)
- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Die Begründung und die Aussprache werden miteinander verbunden; das sind dann 14 Minuten Redezeit. Zugleich eröffne ich die Aussprache.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile nun Herrn Staatsminister Füracker das Wort.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Hier haben wir jetzt tatsächlich etwas, das mit einer sehr hohen Komplexität behaftet ist. Ich bitte, das kurz darstellen zu dürfen, und ich stelle mich natürlich auch jeglicher Diskussion sowohl morgen im Ausschuss als auch sicher noch einmal am Freitag.

Unser Hilfstableau umfasst Soforthilfen für Unternehmen und Liquiditätshilfen durch gesicherte Kredite über die LfA und die KfW. Jetzt haben wir uns überlegt, was wir noch tun könnten für Unternehmen, die vor der Krise an sich gesund waren – darauf kommt es auch an – und die in Not geraten, die es einfach aufgrund der coronabedingten Schließungen und Ausfälle nicht mehr schaffen.

Wir haben dabei nicht weit blicken müssen, weil es ein Konstrukt dieser Art in Deutschland schon gibt. Der Bund hat dieses Konstrukt bereits gewählt und macht mit diesem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genau das, was wir jetzt planen. Er besichert in sehr hoher Weise Kredite per Bürgschaften, die Unternehmen bekommen können, oder er beteiligt sich gar mit Eigenkapital – jedenfalls temporär – an Unternehmen, die es sonst nicht mehr schaffen oder die – ich sage mal den berühmten Satz – sonst nach China verkauft werden könnten.

Wir überlegen uns also, wie wir Unternehmen in dieser Krisenphase stabilisieren können, bis sie wieder aus eigenen Kräften laufen, und wie sich das organisieren lässt.

Das Ganze hat eine hohe Relevanz in Sachen Beihilfe. Ich darf das als Staat nicht einfach so, weil ich das will, sondern das muss durch die Europäische Union genehmigt werden. Damit wir eine möglichst hohe Chance haben, das genehmigt zu bekommen, haben wir unser Gesetz sehr an das angelehnt, was der Bund macht – auch in Absprache und im ständigen Kontakt mit dem Bund –, um diese Notifizierung bzw. Genehmigung bei der Europäischen Union möglichst rasch zu erreichen.

Der Bund hat das seit Jahren in der Weise gestaltet und lässt sich das eben jetzt für die Corona-Krise mit 100 Milliarden Euro zusätzlich genehmigen. Dieses Geld

möchte er für Rekapitalisierungsmaßnahmen einsetzen und mehrere 100 Milliarden Euro für den Bürgschaftsrahmen.

Wir haben uns jetzt überlegt, wie das bei uns gestaltet sein könnte, wenn der Bund 100 Milliarden Euro anbietet – und jetzt kommt der wesentliche Unterschied – für relativ große Unternehmen. Der Bund sagt: Ich biete diese Möglichkeit für die Unternehmen an, wenn du eine Bilanzsumme von 43 Millionen Euro hast, 50 Millionen Euro Umsatz und mehr als 250 Mitarbeiter. Zwei dieser Kriterien müssen zutreffen. Dann hast du die Chance, durch den Bundesschirm gesichert zu werden, oder der Bund beteiligt sich einige Zeit am Unternehmen. Das führt dazu, dass der ganze KMU-Bereich, der kleinere Mittelstand, keine Chance hat, beim Bund solche Versicherungen zu bekommen. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, es dem Bund nachzumachen, aber unseren Schwerpunkt auf Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und auf Unternehmen zu setzen, die möglicherweise größer sind, aber beim Bund nicht als unterstützungsrelevant gegolten haben, weil sie nicht bundesweit bedeutsam sind.

Das ist die Grundidee dahinter. Diesen BayernFonds, wie wir ihn nennen, legen wir deswegen in dieser Weise als Gesetz vor, sehr intensiv angelehnt an das entsprechende Bundesgesetz, heruntergebrochen auf Bayern: 20 Milliarden für Kreditermächtigungen im Bereich Rekapitalisierung, also temporäres Eigenkapital für die Unternehmen, und jetzt haben wir zusätzlich noch 36 Milliarden im Gesetzentwurf stehen für die Bürgschaftsübernahmen. Wir planen aber mittlerweile, von diesen 36 Milliarden 10 Milliarden zur LfA zu geben, sodass der Bürgschaftsrahmen für unseren BayernFonds bei 26 Milliarden bestehen bliebe.

Jetzt muss ich an dieser Stelle noch etwas ausführen: Wir reden immer von den 60 Milliarden; sie entstehen genau dadurch, dass wir 20 Milliarden für die Beteiligungen haben, 26 Milliarden Bürgschaftsrahmen im BayernFonds, 12 Milliarden Sicherung der LfA sowie 4 Milliarden Staatsbürgschaften. Das sind insgesamt 62 Milliarden. Das ist ein Volumen, mit dem wir Firmen absichern und unterstützen können, wie es außer der Bundesrepublik wahrscheinlich keinem anderen Land und sogar dem benachbarten europäischen Ausland überhaupt nicht gelingt. Wir machen es, weil wir wollen, dass die bayerischen Firmen bayerisch bleiben können. Das ist unser Ziel. Wenn wir jetzt nur die Bundesmaßnahmen nähmen, hätten wir keine Chance, unseren größeren Mittelstand in Bayern durch die Krise zu bekommen.

Deswegen haben wir uns entschlossen, die Anforderungen niedriger zu setzen als der Bund: 10 Millionen Bilanzsumme, 10 Millionen Umsatz, 50 Arbeitnehmer als untere Grenze plus die Start-ups, denen wir helfen wollen. Das haben wir so im Gesetz vorgesehen. Dadurch können wir Unternehmen retten.

Welche Unternehmen sind das? – Es sind solche, die erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes haben und ihre technologische Souveränität behalten sollen, also nicht Technologie ins Ausland geben sollen, die Versorgungssicherheit im Sinne der Systemrelevanz und kritische Infrastruktur herstellen oder betreiben. Das sind vorrangig die Unternehmen, um die es uns geht. Die Expertise des Wirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums kann helfen, dass die Mittel im BayernFonds verwaltet werden. Es geht darum, dass eine Verwaltung dieser Gelder über die sogenannte Finanzagentur organisiert ist.

Wir bräuchten als Kreditermächtigung 20 Milliarden. Aber ich sage ausdrücklich: Niemand weiß, ob ich 5 Millionen brauche, 100 Millionen, 10 Milliarden oder 18 Milliarden. Ich kann es Ihnen nicht sagen. – So viel zum Thema Haushalt und auch zu der Idee, das in den Haushalt aufzunehmen. Ich kann das nicht sagen. Wir machen hier Krisenbewältigung de luxe, das heißt, ein Angebot, das es anderswo nirgends gibt. Wenn jemand eine bessere Idee hat, die Unternehmen durch diese

Krise zu führen und den bayerischen Mittelstand zu retten, muss er das nur sagen. Aber bewährte Instrumentarien zu nutzen, die ich bei der EU auch noch genehmigen lassen muss, also das nachzumachen, was wir in Deutschland schon haben, ist eine kluge Vorgehensweise. Ich bin offen für bessere Vorschläge. Zumindest habe ich bisher keinen besseren gehört.

Noch eines muss man wissen: Der Worst Case jeder Beteiligung ist der Verlust. Das ist der Grund, warum wir uns nochmals beteiligen wollen, um die Firmen zu retten. Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass es gelingt. Der Best Case ist, dass wir die Firmen nicht nur über die Krise retten, sondern es sogar schaffen, dass diese Firmen hinterher wieder aufblühen. Solange wir an den Firmen beteiligt sind, bekommen wir sogar Gelder für unsere Beteiligung, aus der wir uns dann möglichst rasch verabschieden wollen.

Ich will keinen Sozialismus. Ich will mich nicht an möglichst vielen bayerischen Firmen beteiligen. Hubert, du willst es auch nicht. Wir wollen nach der Krise vielmehr so schnell wie möglich raus aus der Firma, wenn die Firma wieder selbst laufen kann. Das ist das Ziel des Ganzen, und das ist unser Plan. Die Finanzagentur würde es übernehmen, das Fondsvermögen zu verwalten, wie es auch beim Bund der Fall ist.

Eine Aufgabe dort ist die Mittelbeschaffung, das Liquiditätsmanagement. Nach der Entscheidung des Wirtschaftsministeriums in der Federführung, welches Unternehmen aufgenommen wird, ist es wichtig, dass eine Mittelbewirtschaftung vorgenommen wird. Die Gesellschafterrechte und die Fach- und Rechtsaufsicht liegen bei uns im Ministerium. Zur Durchführung schalten wir dann natürlich Banken ein, wie zum Beispiel die Bayerische Landesbank bei der Refinanzierung, die LfA, unsere starke Förderbank, sowie die Bayerische Beteiligungsgesellschaft. Das sind bewährte Instrumentarien, über die wir nun an andere Unternehmen das Geld bringen können. Ich erfinde nur dort etwas Neues, wo es etwas Neues braucht. Wo es etwas Bewährtes gibt, setzen wir auf das Bewährte.

Die Einbindung des Landtags: Meine Damen und Herren, es geht hier immer wieder darum, dass irgendjemand, wenn Entscheidungen getroffen werden, die Verantwortung übernehmen muss. Bisher – das stimmt – war im Gesetz vorgesehen, den Haushaltsausschuss zu unterrichten über das, was die Agentur macht und was den BayernFonds anbelangt. Der BayernFonds muss nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden. Es muss eine Jahresrechnung erstellt werden. Das geht dann genauso an den Landtag wie an den ORH.

Ich habe null Probleme, wenn wir hier ein weiteres Gremium schaffen. Ich dachte nur im Ausgang der Idee, den Haushaltsausschuss in Gänze über so herausfordernde Dinge laufend in Kenntnis zu halten, wäre an sich das Klügste.

Nun habe ich gehört, dass man das nicht in dieser Weise will. Man möchte ein Beteiligungsgremium. Null Problem für mich! Ich habe mit den Regierungsfractionen darüber gesprochen. Auch dort gibt es eine große Bereitschaft, unseren Gesetzentwurf morgen im Haushaltsausschuss mit den entsprechenden Änderungsanträgen zu beraten und zu ändern. Wir können jederzeit ein Begleitgremium schaffen. Das ist für mich kein Problem. Nur eines muss gesichert werden: Es muss dort schnell entschieden werden. Es werden geheime Sitzungen sein. Jeder, der dabei ist, übernimmt entsprechend seiner Abstimmung die Verantwortung für das, was geschieht.

Im Übrigen brauchen wir, was die ORH-Anregungen anbelangt, keine großen leidenschaftlichen Debatten. Ich habe kein Problem, wenn der ORH Vorschläge macht. Der ORH hat nicht kritisiert, dass an unserem Gesetzentwurf irgendetwas rechtlich falsch wäre. Er hat das Gesetz selbst nicht kritisiert, sondern lediglich in

beratender Weise auf die Fragen hingewiesen, wie man das Gesetz ergänzen könnte im Hinblick auf die Beteiligungsmöglichkeit des Parlaments und des ORH selbst.

Ich habe kein Problem damit, wenn das so gemacht werden soll. Der ORH kann natürlich die Finanzagentur prüfen. Das war im Übrigen auch nicht anders vorgesehen. Wir kommen nicht daran vorbei, dass es ein Sondervermögen ist, sonst bräuchten wir uns die ganze Übung nicht anzutun; denn ich kann – ich sage es noch einmal – den Haushalt nicht genau planen und feststellen, wie viel Geld dafür notwendig ist. Aber wir können natürlich bei der Beaufsichtigung der Finanzagentur sehr gerne im Haushaltsausschuss bzw. in einem noch zu bildenden Gremium über Kreditaufnahmen entscheiden. Wenn dort ein paar Milliarden aufgenommen werden, kann man selbstverständlich in einem Begleitgremium des Haushaltsausschusses reden. Ich habe wenig Probleme damit.

Bei den Prüfungsrechten des ORHs habe ich, was die staatlichen Institutionen angeht, null Probleme. Acht geben müssen wir natürlich bei der Beteiligung an Firmen. Wir wollen Marktwirtschaft, nicht Staatswirtschaft in den Firmen unterstützen. Dass dann der ORH die Firmen prüfen kann, an denen wir uns temporär mit 20 oder 10 % beteiligen, könnte dazu führen, dass möglicherweise diese Firmen sagen, ich will diese Beteiligung nicht und verkaufe lieber an den Chinesen. Ich meine das nur so einmal. Wir dürfen also das Kind nicht mit dem Bade ausschütten in aller Euphorie. Das können wir morgen im Ausschuss miteinander besprechen.

Noch schwieriger ist es, wenn sich eine Institution, die vom Staat getragen wird, eine externe Begutachtung einholt. Das geschieht ja ständig in Ministerien oder bei Beteiligungen. Meine Damen und Herren, ich bin mir nicht ganz sicher, dass dies automatisch ein Kontrollrecht oder ein Begutachtungsrecht des ORH in der beteiligten oder beauftragten Firma auslösen sollte. Das kann nicht das sein, was wir alle wollen. Ich werde morgen gerne mit Ihnen die Diskussion über die Beteiligungsrechte im Landtag führen.

Abschließend möchte ich noch sagen, worauf es jetzt ankommt: Meine Damen und Herren, ich brauche jetzt noch zwei Dinge, nämlich das Gesetz und die Notifizierung. Dazu möchte ich feststellen: Die Notifizierung macht der Bund mit seinem Fonds. Die entsprechende Verordnung liegt jetzt bei der EU-Kommission. Der Bund drängt jeden Tag bei der EU-Kommission darauf, dass die Verordnung so verbeschieden werden kann. Unser Gesetz ist genau so gestaltet wie die Regelung des Bundes. Der zuständige Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister glauben, dass das bayerische Gesetz die Genehmigung in gleicher Weise erhalten wird. Ich spreche mit ihnen jeden Tag persönlich. Ich bin froh, dass das bayerische Gesetz wahrscheinlich diese Genehmigung erhalten wird; denn ich will ja loslegen. Einige Firmen fragen schon an, wann sie unter den Schirm schlüpfen können.

Ich kann das den Firmen heute aber nicht versprechen, weil ich nicht weiß, wann die EU das Bundesgesetz notifizieren wird und unser Gesetz die Genehmigung erhalten wird. Ich mache das nicht für mich und auch nicht für Hubert Aiwanger. Wir machen das auch nicht, um das Parlament in irgendeiner Weise um Informationen zu betrügen oder sein Vertrauen zu missbrauchen, Herr Dr. Kaltenhauser. Wir wollen vielmehr möglichst rasch ein weiteres Instrument finden, damit bayerische Firmen bayerische Firmen bleiben können. Das ist das Ziel der Übung.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie hierfür um Unterstützung. Ich danke Ihnen dafür, dass wir diesen Punkt innerhalb einer Woche abarbeiten können. Ich habe in einer Schalte die Frage bekommen, warum wir jetzt ein Gesetz brauchen, obwohl es noch gar keine Notifizierung gibt. Der Bund hat auch notifiziert, obwohl das Ge-

setz noch nicht vorlag. Das Gesetz wurde vor drei Wochen im Bundestag beschlossen, obwohl die EU-Genehmigung auch heute noch nicht vorliegt. Unser Verfahren ist daher in keiner Weise sonderlich oder auffällig.

In diesem Sinne besten Dank. Ich bitte hier um Zustimmung, nicht zur Ehre des Finanzministers, sondern als Hilfe für die bayerischen Unternehmen und für bayerische Arbeitsplätze. Eines dürfen wir nie vergessen: Wir retten nicht in erster Linie Unternehmer, sondern Unternehmen und damit Arbeitsplätze. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Tim Pargent das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Herausforderungen der Corona-Krise sind selbstredend immens für unser Gesundheitssystem, für das soziale Miteinander, für das Kulturleben und viele andere Bereiche. Wir haben darüber vorhin gesprochen. Quasi kein Lebensbereich bleibt von der Corona-Krise unberührt. Ein Sektor mit ganz gravierenden Auswirkungen ist zweifelsohne unsere Wirtschaft.

Geschäftsschließungen, Kurzarbeit und durchweg stark negative Konjunkturprognosen verdeutlichen uns, dass wir uns mitten in einer massiven wirtschaftlichen Krise befinden. Die Stärke der Auswirkungen können wir nur zum Teil steuern. Je länger und intensiver die Krise andauert, desto höher wird der Liquiditätsbedarf der Unternehmen sein. Aus diesem Grunde diskutieren wir heute über Staatsbeteiligungen an bayerischen Unternehmen. Dabei ist klar: Wir können nicht alle Unternehmen teilverstaatlichen, aber für strategisch wichtige Unternehmen im bayerischen Mittelstand sollte auch diese Option in Erwägung gezogen werden, damit diese Unternehmen nicht von ausländischen Investoren übernommen werden und in der Folge Know-how und Patente abfließen. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sind systemrelevante Unternehmen solche, die an kritischer Infrastruktur beteiligt sind, die über wichtige Technologien verfügen oder die für die Versorgungssicherheit wichtig sind. Das ist mit Sicherheit eine wichtige Weichenstellung für den Technologiestandort Bayern, insbesondere nach der Corona-Krise. Ich füge hinzu: Bis hierhin akzeptieren wir die Pläne für einen solchen BayernFonds. Die Landtagsfraktion der GRÜNEN akzeptiert Staatsbeteiligungen als letztes Mittel, um den Verlust von Schlüsselunternehmen oder wichtiger Infrastruktur auszuschließen, sofern die EU diesen BayernFonds genehmigt.

Wir sind allerdings der Meinung, dass die Vorgaben für solche Staatsbeteiligungen deutlich klarer geregelt werden müssen, als dies im vorliegenden Gesetzentwurf der Fall ist. Die Bereitstellung von bis zu 60 Milliarden Euro wird von der Bevölkerung nur dann akzeptiert, wenn diese Unternehmen wirklich nur durch die Corona-Krise in Not geraten sind. Hohe Managergehälter, Aktienrückkäufe, Dividendenausschüttungen oder andere Gewinnentnahmen sind bei einer Verstaatlichung bereits im Voraus auszuschließen. Mit einem separaten Antrag fordern wir, hier klare Vorgaben, aber auch relevante Mitspracherechte für den Freistaat zu schaffen. Es wäre schön gewesen, wenn der Wirtschaftsminister, der diese Vorgaben machen muss, dieser Debatte beigewohnt hätte. Schade drum, denn ich hätte gleich noch einen Vorschlag für ihn: Dänemark schließt Unternehmen, die in Steuerparadiesen gemeldet sind, von den Unterstützungen aus. Ich finde das richtig; denn nur Unternehmen, die sich bisher an der Solidargemeinschaft beteiligt haben, können auf die Hilfe dieser Solidargemeinschaft zählen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All diese Punkte beziehen sich auf die Gestaltung der Staatsbeteiligungen. So weit, so gut. – Kommen wir zur äußerst fragwürdigen Konstruktion des BayernFonds mit der geplanten Finanzagentur. Mit der Auslagerung der Mittel aus dem Staatshaushalt in den BayernFonds schaffen Sie einen Schattenhaushalt und entziehen dem Bayerischen Landtag für die nächsten Jahrzehnte in einem bestimmten Maße das Budgetrecht. Während der Haushaltsausschuss bei einer Steigerung der Kosten von Bauprojekten um 250.000 Euro zu Recht informiert werden muss, wollen Sie uns beim 60 Milliarden Euro schweren BayernFonds mit einem nachträglichen Jahresbericht abspeisen. Parlamentarische Kontrolle? – Bisher Fehlanzeige. Ja, besondere Situationen erfordern besondere Maßnahmen. Aber die Schaffung eines 60 Milliarden Euro schweren Schattenhaushalts gehört für mich nicht dazu.

Wir fordern, den BayernFonds mit einem parlamentarischen Kontrollgremium zu begleiten. Diesem Gremium sollen neben Mitgliedern des Haushaltsausschusses auch Vertreter des Finanz- und des Wirtschaftsministeriums angehören. Außerdem soll der ORH einen ständigen Sitz erhalten. Das ist parlamentarische Kontrolle, wie sie zum Beispiel bei der Deutschen Finanzagentur auf Bundesebene praktiziert wird. Sie haben uns erzählt, Sie hätten dieses Modell eins zu eins auf Bayern übertragen. Sie haben aber anscheinend § 10a des Bundesgesetzes überlesen. Darauf erfolgte der Warnschuss des ORH und der Opposition. Ich habe den Eindruck, er kam an. Ich entnehme jedenfalls Ihren Äußerungen, dass hier ein Nachsteuern noch in dieser Woche möglich ist.

Stichwort Finanzagentur: Da ein Schattenhaushalt offensichtlich noch nicht genug ist, hebeln Sie die Mitsprache und die Kontrolle mit der Finanzagentur vollständig aus. Diese Finanzagentur soll künftig den BayernFonds sowie die Schulden und die nötige Liquidität verwalten. Mir erschließt sich nicht, warum diese Aufgabe nicht nach wie vor durch das Finanzministerium wahrgenommen werden kann. Der BayernFonds könnte dann ganz regulär mit Haushaltsmitteln gefüllt werden, zum Beispiel mit den entsprechenden Kreditermächtigungen. Nichts anderes tun wir im Haushaltsausschuss, wo wir ebenfalls auf Sicht fahren und nicht wissen, ob die Mittel ausreichen bzw. in welcher Höhe wir am Ende Mittel brauchen werden.

Aber es kommt noch bunter: Perspektivisch soll diese GmbH das gesamte Schulden- und Liquiditätsmanagement des Freistaats übernehmen. Das staatliche Liquiditätsmanagement sowie die Schuldenverwaltung sind aber nicht irgendwelche Bereiche der Staatsverwaltung, die man mal schnell an eine GmbH auslagert und einer Geschäftsführung überlässt. Auch aufgrund der Tilgungen in den nächsten Jahrzehnten handelt es sich nach unserer Auffassung und nach der Auffassung des Rechnungshofs um einen Kernbereich der Staatsverwaltung. Der Sinn und Zweck dieser Privatisierung erschließt sich mir nicht.

Stichwort Oberster Rechnungshof: Er hat den vorliegenden Gesetzentwurf – ich sage es mal vorsichtig – auf 32 Seiten abgewatscht. Der Finanzminister hatte es auch nicht nötig, innerhalb der 13 Tage, die der ORH als Frist gesetzt hat, auf die Fragen des ORH zu reagieren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Pargent, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Tim Pargent (GRÜNE): Liebe Staatsregierung, wenn dieser Bericht ein Zeugnis für den Gesetzentwurf ist, dann ist es ein eher schwaches Zeugnis. Ich kann nur sagen: Gut, dass der Schuss offenbar ankam und die parlamentarische Kontrolle doch noch durch nachträgliche Anträge kommen soll. Davon hängt auch unsere Zustimmung maßgeblich ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich bin gespannt auf die Beratungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Pargent. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Josef Zellmeier für die CSU-Fraktion.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche heute zum zweiten Mal, diesmal zum BayernFonds. Bei diesem Fonds geht es nicht nur darum, Liquidität für die Unternehmen zu schaffen, sondern auch darum, den Kapitalbedarf zu befriedigen. Wir brauchen in vielen Fällen auch Eigenkapital. Näheres hat unser Finanzminister bereits ausgeführt. Es handelt sich um die Bereiche Technologie, wirtschaftliche Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastruktur und Arbeitsmarkt.

Ich denke, es ist sehr berechtigt und auch der richtige Weg, hier einen BayernFonds aufzulegen. Das folgt der praktischen Erwägung, uns hier dem Vorgehen des Bundes anzuschließen. Der Bund hat das in der Vergangenheit während der Finanzmarktkrise bereits erprobt und weiß, wie das geht. Wir haben auch vonseiten der EU eine schnellere Genehmigung zu erwarten, als das sonst der Fall wäre.

Wir haben für die Rekapitalisierung 20 Milliarden Euro im Fonds. Bei 100 Milliarden Euro Bundesfonds entspricht das genau dem Anteil Bayerns am Bruttoinlandsprodukt. Daran haben wir uns orientiert. Es geht hierbei vor allem um die mittleren Unternehmen. Ich will das nicht im Detail ausführen, sondern vor allem zur Kritik kommen.

Wir haben gehört, dass wir 10 Milliarden Euro für die LfA umwidmen. Ich will auch dazu nicht weiter ausführen. Insgesamt handelt es sich um 60 Milliarden Euro. Nach der Änderung, die von uns beantragt werden wird, sind 50 Milliarden Euro im BayernFonds und 10 Milliarden Euro bei der LfA. Damit werden die Möglichkeiten der LfA auf 12 Milliarden Euro verstärkt.

Zu den Sondervermögen habe ich bereits gesagt, dass wir uns hier am Bund orientieren. Die Finanzagentur verwaltet den Fonds, nimmt die Schulden auf und wird natürlich auch fachmännisch besetzt sein.

Unzweifelhaft ist auch eine Beteiligung des Freistaats Bayern unter Aufsicht des Finanzministeriums. Die konkrete Abwicklung der Anträge wird aber vom Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gestaltet werden. Natürlich werden die Schulden auch gesetzlich verpflichtend getilgt werden, sodass auch hier garantiert sein wird, dass das kein Dauerengagement wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu den Anmerkungen des ORH. Ich darf sagen, dass es im Vorfeld des Bekanntwerdens des BayernFonds in der CSU-Landtagsfraktion schon Überlegungen gab, die parlamentarische Kontrolle zu verstärken und das Parlament stärker einzubinden. Ich darf den Kolleginnen und Kollegen, die sich hier in dieser Weise engagiert haben, und auch dem geschäftsführenden Vorstand danken. Es ist uns sehr wichtig – der ORH hat diese unsere Meinung auch noch bestärkt –, dass wir auch den ORH stärker einbinden wollen. Das dürfte klar sein.

Wir wollen natürlich, dass das Parlament bei einem Vermögen, das einen ganzen Haushalt ausmacht, mitredet. Ich glaube, das ist auch für den Finanzminister Stütze und Stärkung. Das ist natürlich auch eine hohe Mitverantwortung – der Kollege Pohl nickt –, die wir gerne annehmen werden.

Ich biete der Opposition an, dass wir das gemeinsam auf den Weg bringen. Ich glaube, wir werden viele Punkte aufgreifen, die auch Ihnen wichtig sind. Trotzdem muss das Ganze funktionieren und schnell gehen. Wir müssen effizient und schnell

handeln, damit wir auch in kritischen Fällen zu entsprechenden Entscheidungen kommen können.

Uns ist auch wichtig, die Prüfungs- und Erhebungsrechte des ORH zu stärken. Ich biete der Opposition auch dazu eine gemeinsame Entscheidung an. Ich denke, wir werden das morgen im Ausschuss sehr intensiv diskutieren und sowohl Ihnen als auch den Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN sehr weit entgegenkommen; denn auch wir werden gerne mitbestimmen und unsere Überlegungen, soweit es um Richtlinien und – weit darüber hinaus – bedeutende Einzelfälle geht, einbringen.

Ich darf mich jetzt schon für die morgigen guten Beratungen bedanken und bin überzeugt, dass wir zu guten Ergebnissen kommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Zellmeier. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus stellen die bayerische Wirtschaft auf eine harte Zerreißprobe. Tausende von Unternehmen sind akut in ihrer Existenz bedroht. Hunderttausende von Arbeitsplätzen stehen auf dem Spiel. Auch wir sehen die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Stabilisierung von Unternehmen. Die Schaffung eines umfassenden BayernFonds für Unternehmen in Not ist richtig.

Wie gehört, sieht der Gesetzentwurf einerseits 20 Milliarden Euro für Investitionen in Betriebe, andererseits Garantien von bis zu 26 Milliarden Euro vor. Der Freistaat geht hier erhebliche unternehmerische Risiken ein, weil mit dem Liquiditätssengpass auch ein Ertragseinbruch der betroffenen Unternehmen einhergehen dürfte. Das sind zwar ausgewählte Unternehmen; deren zukünftiger unternehmerischer Erfolg ist aber keine Selbstverständlichkeit. Der Freistaat überträgt damit das unternehmerische Risiko für eventuelle Ausfälle auf den Steuerzahler.

Dem Parlament kommt hier eine besondere Kontrollfunktion zu. Die AfD-Fraktion sieht die Umsetzung des BayernFonds und die damit verbundene Übertragung von Parlamentsrechten auf die Bayerische Finanzagentur kritisch. Im Gesetzentwurf fehlt vor allem die Präzisierung der Aufgaben der Finanzagentur. Die Staatsregierung hat die Möglichkeit, per Rechtsverordnung und ohne weitere Zustimmung der Legislative die Aufgaben der Agentur erheblich auszuweiten. Hier ist Transparenz zu schaffen, denn die noch zu gründende Finanzagentur darf die parlamentarische Kontrollfunktion des Landtags nicht aushebeln.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass Aufgaben nicht nur an die Agentur, sondern möglicherweise an Dritte übertragen werden könnten. Hier ist in jedem Fall das Prüfungsrecht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs sicherzustellen.

Die AfD-Fraktion fordert in der Haushaltsführung des Freistaats Transparenz. Der BayernFonds darf nicht als Schattenhaushalt geführt werden, sondern ist im regulären Haushalt abzubilden. Eine übersichtliche Darstellung von Einnahmen und Ausgaben des Fonds muss gewährleistet sein.

Aus unserer Sicht muss ein verfassungsgemäß ausgestalteter Fonds folgende Anforderungen erfüllen: Der Fonds muss im Haushalt vollständig aufgenommen sein; mindestens muss im Haushalt aber eine Abbildung des Fonds ersichtlich sein. Außerhalb des Kernhaushalts dürfen keine Schuldenaufnahmen erfolgen. Es be-

darf eines verbindlichen Regelwerks, das nicht per Verordnung abänderbar ist. Eine Verlagerung des Schuldwesens auf Dritte ist auszuschließen. Lückenlose Prüfungs- und Erhebungsrechte sind zu gewährleisten. Es ist zu klären, wie die Bayerische Finanzagentur strukturiert ist und wer sie kontrolliert. – Wir werden in der morgigen Ausschusssitzung Vorschläge vorlegen.

Eine Stärkung der Unternehmen kann derzeit am besten über ein Hochfahren der Wirtschaft unter strikter Einhaltung von Sicherheitsregeln auch ohne Maskenpflicht erfolgen. Dadurch reduziert sich die Neuverschuldung und wird der volkswirtschaftliche Schaden begrenzt.

Die verwalteten Kreditlinien können die Handlungsfähigkeit des Freistaats erheblich negativ beeinflussen. Hier ist kluges Handeln gefragt, das unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft sichert. Falsches Handeln führt zu irreparablen Schäden und zerstört Existenzen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der nächste Redner der Kollege Bernhard Pohl. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Gesetzentwurf zeigt einmal mehr, dass der Freistaat Bayern seiner Verantwortung gegenüber der heimischen Wirtschaft gerecht wird.

Mit diesem Gesetzentwurf erreichen wir zwei Dinge: Wir tragen dazu bei, dass aufgrund der Krise unverschuldet in Not geratene Unternehmen gerettet werden können. Wir sichern uns aber auch gegen Einflussnahmen aus dem Ausland, die wir nicht wollen, ab. Diese haben wir in der Vergangenheit bereits schmerzlich beklagt. Ich nenne nur das Stichwort KUKA. Firmenübernahmen bringen uns in eine Abhängigkeit und lassen die Technologie abfließen. Auch dagegen muss man sich wappnen. Deswegen ist es gut und richtig, dass wir das Gesetz auf den Weg bringen und den BayernFonds gründen. Richtiger- und erfreulicherweise hat uns der Bayerische Oberste Rechnungshof für unsere parlamentarischen Beratungen Hinweise gegeben, die wir mit Sicherheit würdigen und zum Teil auch umsetzen werden. Das sind Hinweise, die uns die Aufgabe als Parlamentarier, den Gesetzentwurf in den Ausschüssen sorgfältig zu beraten, erleichtern.

Lieber Kollege Pargent, es ist aber auch ein ganz normaler Vorgang, dass wir einen Gesetzentwurf von allen Seiten auf Schwächen und Fehler abklopfen. Dieses Vorgehen ist ganz normal. Deshalb habe ich mich etwas gewundert, dass bereits im Vorfeld Kritik geäußert wurde. Das ist die Aufgabe, die wir im Ausschuss zu leisten haben, sonst wären wir schlichtweg überflüssig.

Die Frage ist, ob wir diesen Fonds tatsächlich im regulären Haushalt abbilden müssen, sollen, dürfen. Daran habe ich so meine Zweifel; denn wir holen uns ja keine dauerhaften Unternehmensbeteiligungen. Wir wollen nicht aus strategischen Gründen dauerhaft irgendwelche Brauereien kaufen oder – wie eine Person in Berlin gemeint hat – BMW verstaatlichen. Das wollen wir nicht. Nein, wir wollen uns temporär, zeitlich befristet, an Unternehmen beteiligen, um diesen zu helfen. Das ist etwas anderes, als dauerhaft Geld für eine Investition aufzunehmen, die dann dauerhaft im Portfolio der Beteiligungen erscheint.

Dessen ungeachtet haben wir zwei Aufgaben zu erfüllen: Einerseits müssen wir die Prüfungsrechte des ORH angemessen im Gesetz festlegen, andererseits geht es um die Parlamentsbeteiligung.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich bin nicht ganz so pessimistisch. Ich denke nicht, dass die eine oder andere sinnvolle Änderung zu Verzögerungen bei der Notifizierung in Brüssel führen wird. Ich denke nicht, dass man sich in Brüssel groß Gedanken über die Frage machen wird, wie viel Einfluss Exekutive und Legislative auf die Prozesse haben. Aber wir müssen das Ganze sauber und rechtssicher abbilden. Das ist unsere Aufgabe, und dieser Aufgabe werden wir nachkommen.

Ich unterstreiche ganz deutlich das, was Sie im Hinblick auf die notwendige Notifizierung in Brüssel gesagt haben. Es ist sonnenklar, dass andere Länder sehr genau und kritisch auf unser Handeln schauen. Wir betreiben nun einmal Wirtschaftsförderung. Wirtschaftsförderung bedeutet natürlich auch, dass wir in gewisser Weise und in gewissem Rahmen in marktwirtschaftliche Prozesse eingreifen und versuchen, Insolvenzen zu verhindern. Wir machen dies durchaus so, wie es eine Privat-, Geschäfts- und selbst eine Landesbank nach deren Statuten nicht tun kann. Das muss uns klar sein. Wir tun Dinge, die über die Befugnisse einer Bank, die lediglich zu prüfen hat, ob eine Kreditvergabe zu rechtfertigen ist, hinausgehen. Das ist eine sehr mutige Angelegenheit. Das kann im einen oder anderen Fall auch Geld kosten. Man wird nicht jede Entscheidung, die im Vorhinein getroffen worden ist, auch im Nachhinein so treffen. Man wird auch ein Stück weit auf Sicht fahren und mutige und risikoreiche Entscheidungen treffen müssen. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Ich freue mich auf die Beratungen. Ich danke Ihnen, dass dieser Gesetzentwurf wieder so schnell eingebracht werden kann. Wir werden das Unsrige tun, ihn so zu verbessern, dass er in Zweiter Lesung möglichst mit breiter Mehrheit durch das Parlament geht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Je länger die Beschränkungen dauern, desto notwendiger wird es, stabile Maßnahmen zu ergreifen, um bayerische Unternehmen strukturell zu sichern, sie vor Unternehmensinsolvenzen zu schützen und die Arbeitsplätze in Bayern zu erhalten. Wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung an diesem Punkt keine ideologischen Debatten über Beteiligungen an Privatunternehmen führt, sondern die Grundlagen schaffen will, damit Eigenkapital in unterschiedlichen Formen zur Verfügung gestellt werden kann. Die Handlungsfähigkeit der Unternehmen muss sichergestellt werden. Richtig ist, dafür auch Schulden in den Haushalt aufzunehmen.

Wir müssen im Einzelnen darüber sprechen, ob im Entwurf eine angemessene Beteiligung des Bayerischen Landtags als Haushaltsgesetzgeber sichergestellt ist, sowohl in Bezug auf die Kreditaufnahmen als auch in Bezug auf die parlamentarische Kontrolle der Mittelverwendung. Die letzten Wochen haben vor allem gezeigt, dass die parlamentarische Kontrolle gerade in schwierigen Zeiten entscheidend ist, um Fehlentwicklungen aufzuhalten, Förderlücken zu bereinigen und aktuelle Entwicklungen aufzugreifen. Das sieht man zum Beispiel an den Soforthilfen, bei denen in den Vergaberichtlinien zunächst nur die freien Berufe und nicht alle Selbstständigen vorgesehen waren. Das sieht man aber auch an den heute vom Ministerpräsidenten verkündeten Veränderungen bei der Übernahme der Kita-Gebühren oder an der Verbesserung der Situation für Künstler oder an der finanziellen Entlastung der Kommunen. In all diesen Bereichen hat die SPD in den letzten Wochen Input geliefert und somit für eine Verbesserung der Situation gesorgt.

Kolleginnen und Kollegen, in der Öffentlichkeit entsteht oft der Eindruck, dass schnelles und konsequentes Regierungshandeln in einem gewissen Widerspruch zur parlamentarischen Debatte steht. Ich finde es sehr schade, dass diese Meinung beim letzten Tagesordnungspunkt von einigen Kollegen im Haus befeuert worden ist. Das Gegenteil ist tatsächlich der Fall. Selbstbewusster und kritischer Parlamentarismus ist die Grundlage für gutes Regierungshandeln.

(Beifall bei der SPD)

Das muss uns bewusst sein, wenn wir über diesen Gesetzentwurf sprechen. Wir sehen im Gesetzentwurf ein großes Problem, da damit die zentrale wirtschafts- und finanzpolitische Aufgabe der Stabilisierung von Arbeitsplätzen und Unternehmen faktisch aus dem Landtag delegiert wird. Uns ist klar, dass es nicht darum gehen kann, jede Beteiligungsmaßnahme durch alle Entscheidungsgremien des Landtags zu jagen. Aber eine jährliche nachträgliche Benachrichtigung ist bei Weitem nicht ausreichend, hebt die parlamentarische Kontrolle aus und wird dem Verfassungsauftrag des Parlaments nicht gerecht. Ebenso verhält es sich mit der faktischen Privatisierung staatlicher Kernaufgaben. Diese wird durch eine Verlagerung aus der Finanzagentur möglich. Auch diese Privatisierung lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ritter, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Florian Ritter (SPD): Wir werden im federführenden Ausschuss und in den nachberatenden Ausschüssen noch einige Fragen zu klären haben. Der Entwurf ist zunächst eine Grundlage für die Debatte. Er muss aber Veränderungen erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Ritter. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser für die FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich das zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich mir, das ist ein schönes Osterfest, das wir da ins Nest gelegt bekommen haben. Ein BayernFonds mit dem Volumen eines Jahreshaushalts des Freistaats – das stimmt nicht mehr ganz, jetzt haben wir 20 Milliarden Euro mehr; aber trotzdem –, eine Finanzagentur, die wesentliche Aufgaben des Finanzministeriums nach außen delegiert, deren Aufgabenbereich sogar erweiterbar ist, mit einer von Corona völlig unabhängigen Lebensdauer, und das Ganze garniert mit dem Fehlen jeglichen Informationsrechts, geschweige denn Mitwirkungsrechts des Parlaments: Man sieht, dass man das aus dem Stabilitätsfonds abgeschrieben hat. Das ist auch völlig legitim, weil man dann weiß, dass man so die Schwierigkeiten mit Brüssel wahrscheinlich am geringsten hält. Dass man aber, wie der Kollege Pargent auch schon zitiert hat, ausgerechnet die Paragraphen weglässt, die Informations- und Mitwirkungsrechte des Parlaments betreffen, ist sehr frappierend. Mit dem Ziel des Ganzen will ich mich grundsätzlich einverstanden erklären, um nicht falsch verstanden zu werden. Aber bei der Konstruktion habe ich ziemliche Bauchschmerzen.

Zunächst zum BayernFonds. Ich beginne mit der Frage, wie man zu den Größen kommt. Herr Füracker hat es vorher schon erwähnt, es ist schwierig abzuschätzen. Dass man sie allerdings prozentual an der Bundesgröße festmacht – ich weiß nicht, ob das dem Selbstbewusstsein Bayerns entspricht. Aber sei es drum.

Mir ist zweitens die Frage wichtig, warum der Freistaat für etwas geradestehen soll, worauf er eigentlich gar keinen Einfluss mehr hat. Das Haushaltsrecht liegt

beim Parlament, nicht bei der Regierung. Wenn wir das in einen Schattenhaushalt auslagern, stellt sich die Frage, was wir dann noch haben. Dann stellen wir einen Blankoscheck aus.

Die dritte Frage: Mir fehlt an dieser Stelle jegliches Informationsrecht. Es steht drin – das, finde ich, ist ein besonderes Bonmot –, dass das Parlament über eine eventuell zu erstellende Richtlinie zu informieren ist. Es ist dann interessanterweise unverzüglich zu informieren. Das grenzt schon an Ironie. Ich kann mir eigentlich nur vorstellen, dass wir hier eine wöchentliche detaillierte Berichtspflicht haben. Das ist nicht übertrieben. Ich kann mich an Zeiten erinnern, in denen ich ein bisschen damit zu tun hatte, als die Konstruktion rund um den SoFFin gemacht wurde. Da gab es eine Regelung. Da musste einer aus der Geschäftsführung des SoFFin regelmäßig zu einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses des Bundestages fahren und dort jeden Freitagmittag berichten. Da sind nicht einzelne Geschäfte diskutiert worden, sondern die grundsätzliche Strategie. Warum man das hier nicht machen kann, weiß ich nicht.

Zur Finanzagentur: Hier gibt es Aufgaben, die für mich die ureigensten Aufgaben des Finanzministeriums sind. Warum verlagert man solche Treasury-Aufgaben nach außen? Meine Erfahrung mit den Kollegen aus dem Bundesfinanzministerium war immer sehr positiv. Ich traue es denen schon zu, das auch selber machen zu können. Warum man Kontrollinformationsrechte ein bisschen beschränkt? – Das ist eine bössartige Unterstellung. Wie dem auch sei. Es gibt für mich keine richtige Begründung, warum man das nach außen verlagern sollte.

An einer Stelle ist mir zum Beispiel aufgefallen: Es werden Regeln in einer Weise gelockert, die man im Haushalt möglicherweise nicht so lockern könnte. Bei Beteiligungen heißt es zum Beispiel: Eine Beteiligung durch den Fonds soll nur dann erfolgen, wenn ein wichtiges Interesse des Freistaats vorliegt. Wieso denn "soll"? Es muss eigentlich eindeutig "darf nur dann erfolgen, wenn [...]" heißen. Ich weiß nicht, warum man das hier aufweichen will.

Eine kleine Anmerkung sei mir noch erlaubt. In der Pressekonferenz zum Bayern-Fonds wurde mehrfach zitiert, dass man die Beteiligung, wenn das Geschäft wieder besser geht, möglicherweise wieder zurücknehmen will oder sie zeitlich begrenzen will. Davor kann ich nur warnen. Aus Sicht der Bankenaufsicht ist das Eigenkapital kein Eigenkapital mehr, wenn es unter irgendeiner Bedingung steht oder zeitlich begrenzt ist. Mit diesen Formulierungen – das steht aber nicht im Gesetz drin – wäre ich in der Öffentlichkeit vorsichtig.

Insgesamt wäre das, wenn man das so beschließen würde, eine Selbstentmachtung des Landtags par excellence. Ich glaube, dem kann man nicht zustimmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Vielen Dank. – Nur noch ein Hinweis: Es gab eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, damals rund um den Stabilisierungsfonds, wo auch versucht wurde, Möglichkeiten und Rechte an einen Unterausschuss zu delegieren. Das ist dann vom Bundesverfassungsgericht versagt worden. Ich bin mal gespannt, wie die letzte Fassung hier aussehen wird. Hoffentlich ist das dann auch anwendbar.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Kaltenhauser. – Als Nächster hat Herr Abgeordneter Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Mich hat das, was Herr Füracker gesagt hat, überzeugt. Dieser Sonderfonds hat keine eigene Rechtsfähigkeit. Das habe ich der Begründung zu dem Gesetzentwurf entnommen. Es geht darum, das, was Sie dem Herrn Ministerpräsidenten schon so genehmigt haben, nämlich den Notstand in Bayern mit der Ermächtigung für diese Stoppmaßnahmen für die Wirtschaft, gut zu einem Ende zu bringen und im Nachhinein irgendwie handeln zu können, um bayerischen Firmen aus dem oberen Mittelstand durch eine Staatsbeteiligung über diese Durststrecke zu helfen. Das hat er ja nicht verschwiegen. Er hat bei seiner ersten Regierungserklärung klargestellt, dass man sich notfalls auch an Firmen beteiligen wird. Das geht über ein solches Sondervermögen wohl am besten. Das hat in der Vergangenheit schon der Bund über die Treuhand und anderes und die EU immer wieder dargestellt. Dass man das handwerklich so angreift, um weder mit dem EU-Recht, vor allem nicht mit dem Wettbewerbsrecht noch mit dem Bundesrecht in Verwicklungen zu kommen und als bayerischer Freistaat nicht direkt, sondern vielleicht allenfalls sekundär als Unternehmer aufzutreten, leuchtet mir auch ein. Ich halte das auch für geboten.

Denn worum geht es wirklich? – Es geht nicht nur um das Versprechen vom Herrn Söder, dass er alles tun wird, um die Folgen dieser Notstandsregelungen, dieses Lockdowns, zu minimieren, sondern es geht auch um Arbeitsplätze. Es geht um die Zukunft von vielen Menschen, die als Arbeitnehmer tätig sind, und um Firmen, die vor dem Ruin stehen können. Das wollte man hier verhindern. Sie sind eigentlich alle aufgerufen, das auch zu wollen. Streiten Sie im Ausschuss um den besten Weg, aber vertrauen Sie dem Herrn Füracker, dass er den entsprechend vorprogrammiert hat. Am meisten stört mich, dass Bayern als Regionalkraft wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch nicht mehr tätig werden kann, wenn die EU es nicht gestattet. Das muss Ihnen doch zu denken geben, auch auf der linken Seite!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Danke, das war es schon.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Prima, vielen Dank. – Als Nächster hat Herr Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion das Wort.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten heute gehört, aber mir sind noch gut die Worte aus der Regierungserklärung vom März 2020 in Erinnerung, als Markus Söder sagte: Das Coronavirus infiziert auch unsere Wirtschaft. Das war uns damals schon bewusst. Aber heute wissen wir besser denn je, dass diese Prognose wuchtig eingetroffen ist. Wir wissen alle um die großen Herausforderungen unserer Selbstständigen und unserer Betriebe. Bei vielen Betrieben geht es um die pure Existenz, gerade bei den vielen kleinen Unternehmen. Gesunde Mittelständler werden von heute auf morgen angezählt und sind in einer ganz schwierigen Situation.

Unser Ministerpräsident hat damals aber auch gesagt: Wir werden alles tun, was notwendig ist – er hat es heute wiederholt –, um die bayerische Wirtschaft zu stützen, whatever it takes. Der Freistaat hält Wort, Markus Söder hält Wort. Wir haben gehört: Ein gigantischer Schutzschirm wurde aufgespannt. 60 Milliarden Euro. Enorme Liquiditätshilfen wurden bereitgestellt, verbesserte Regelungen für Kurzarbeit, Steuerstundungen, Rückzahlungen, die Risikoübernahme bei Krediten und vieles mehr. Das sind alles Maßnahmen, die gerade unsere Kleinst- und Kleinunternehmen unterstützen, das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft, und damit die Chance bieten, diese Durststrecke, diesen Lockdown überbrücken zu können.

Ein weiteres neues Element, von dem wir in der Vorstellung gehört haben, ist der BayernFonds. Da gilt es, Unternehmen der Realwirtschaft, die für Bayern besonders relevant sind, auch über einen längeren Shutdown hinweg zu stabilisieren. Wir wissen, dass die aktuelle Situation garantiert in eine Rezession führen wird. Sie wird alle Sektoren treffen und viele Arbeitsplätze kosten. Deswegen muss dort entsprechend gesteuert und gehandelt werden. Wir werden die Situation erleben, dass am Wirtschaftsstandort Bayern essenzielle Unternehmen, die für die wirtschaftliche und technologische Souveränität Bayerns wichtig sind – für die Versorgungssicherheit, für die kritischen Infrastrukturen und natürlich auch für den Arbeitsmarkt –, in Bedrängnis geraten werden, dass sie vom Markt verschwinden oder auch, dass vielleicht Know-how durch ausländische Finanzinvestoren perspektivisch verloren gehen kann.

Diese Unternehmen benötigen Hilfe, gegebenenfalls noch mehr Hilfe. Sie benötigen Eigenkapital, zum Beispiel durch staatliche Beteiligung. Als Wirtschaftspolitiker bin ich normalerweise der Meinung, dass der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten soll, gerade in unserem System der sozialen Marktwirtschaft. Es geht aber auch um eine strategische Entscheidung, die hier getroffen werden muss. Es geht um eine letzte Option, die der Freistaat Bayern bereithalten muss, und darüber muss intensiv nachgedacht und diskutiert werden. Dafür sind wir hier. Es geht auch darum, diese Option jetzt zu klären, in dieser Woche, und nicht erst dann, wenn es zu spät ist und wir dann dort stehen und fragen: Warum haben wir nicht? Hätten wir doch gekonnt? Warum haben wir das im Landtag nicht beschlossen? – Wir werden das heute machen, wir werden das morgen im Haushaltsausschuss machen, im Wirtschaftsausschuss und im Verfassungsausschuss, und dann werden wir, so denke ich, hier am Freitag zu einem guten Abschluss kommen.

Wie gesagt, aktuell geht es darum, Liquidität zu sichern. Das ist eine schwere Aufgabe. Man muss sensibel mit der Situation umgehen. Vor allem muss man hervorragend kommunizieren, wie das unser Ministerpräsident, der Finanzminister und die Staatsregierung insgesamt tun. Man muss die gesundheitliche Entwicklung maximal erfassen, aber man muss sich auch alle Entscheidungen gut überlegen, nichts überhastet und die Situation auch nicht populistisch ausnutzen. Was wir aber dringend nutzen müssen, das ist die Zeit jetzt, um die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Bayern so zu gestalten, dass wir wieder wettbewerbsfähig sind. Markus Söder hat es heute gesagt: Wir müssen die Chance für unsere Ökonomie nutzen, um aus den Startlöchern dann auch wieder durchstarten zu können.

Dabei geht es auch ganz klar um die Forderungen, die unsere Fraktion stellt, wie die Senkung der Unternehmenssteuer mindestens auf 25 %, um die komplette Abschaffung des Solidaritätsbeitrags, um flexiblere Arbeitszeiten, einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 % – vor allem für unsere Hotellerie und Gastronomie – und dann, endlich, um niedrigere Strompreise. Da geht es auch darum, endlich über das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG – in Gänze oder im Detail zu sprechen, und es geht auch um die Einführung von Industriestrompreisen von 340 Euro pro Megawattstunde auf europäischer Ebene. Wir fordern die Staatsregierung auf, diese Ziele konsequent zu verfolgen, beim Bund dafür einzustehen und am Ende des Tages die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Der Ministerpräsident sagte heute, es geht um einen mehrdimensionalen Ansatz. Uns allen ist klar, dass man nicht heute auf den Knopf drückt und morgen ist die Welt wieder in Ordnung, alles rosarot. Es ist schon so, dass die Wirtschaft nicht floriert, wenn so ein aggressiver Virus weltweit agiert.

Es geht auch darum, den Schutz der Gesundheit mit der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Stabilisierung in Einklang zu bringen. Wir benötigen in der Perspektive aber auch eine klare Exit-Strategie, die flexible, stufenweise Öffnungsprozesse dis-

kutiert und klärt, die die Analyse und Sicherstellung von Lieferketten abklärt und Märkte ebenso. Was nutzt es, wenn ich heute mit der Produktion beginne, dann aber keiner die Ware kauft oder ich meine Teile gar nicht herbekomme? – Es geht auch um ein klassisches Konjunkturprogramm, das am Ende des Tages vielleicht zuerst die Binnennachfrage generiert.

Eines aber ist klar: All diese Maßnahmen, wie auch der BayernFonds, müssen zielgenau sein. Ich möchte unseren Finanzminister dabei unterstützen. Herr Finanzminister, auch das bayerische Geld ist endlich. Wir können es nur einmal ausgeben. Deshalb mein Respekt für diese Sorgsamkeit, für die Sorgfalt, mit der das hier einhergeht! Danke an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kirchner. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? Das ist offensichtlich der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 c** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Land- und Amtsarztgesetzes
(Drs. 18/7142)
- Erste Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Zuweisung an den federführenden Ausschuss. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall und damit so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und der Bezirksordnung (Drs. 18/7251)
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Muthmann das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen Zeiten entwickelt sich die Welt in vielerlei Hinsicht weiter. Gerade die Frage der Kommunikation und der Entscheidungsfindung wird auf allen Ebenen diskutiert: in Unternehmen, natürlich auch auf staatlicher Ebene, zwischen den einzelnen Organen. Auch wir im Landtag haben uns sehr schnell durch eine geänderte Geschäftsordnung zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, um beispielsweise Ausschusssitzungen, bei denen auch Beschlüsse gefasst werden, in einem Videoverfahren zu realisieren. Auch die heutige Zusammensetzung des Plenums zeigt, dass Flexibilität erforderlich ist, um sich den neuen Herausforderungen anzupassen und weiterhin handlungsfähig zu bleiben.

Mit dem hier eingebrachten Gesetzentwurf für alle kommunalen Ebenen wollen wir zumindest die Debatte darüber in Gang setzen, ob wir in Sondersituationen, wie wir derzeit eine haben, oder in Katastrophenfällen, im Falle eines Gesundheitsnotstandes, auch auf kommunaler Ebene zu erleichterten Beratungen und Beschluss-

fassungsverfahren kommen können. Wir alle wissen, im kommunalen Bereich gilt das Prinzip der Präsenzsitzung, und der Öffentlichkeitszwang ist maßgeblich zu beachten. Aber auch auf kommunaler Ebene besteht der Wunsch und das Bedürfnis, hier Erleichterungen zu erfahren.

Ausgelöst wurde diese Debatte, und ein Stück weit auch unsere Überlegungen, durch zwei Schreiben des Innenministeriums. Sie kennen sie sicherlich beide. Das erste Schreiben war vom 20.03.2020. Darin wurde empfohlen, zumindest aber für möglich gehalten, im Umlaufverfahren einen Ferienausschuss auch auf Landkreisebene einzusetzen. Die Landkreisordnung sieht überhaupt keinen Ferienausschuss vor. Da mag man noch eine gewisse Analogie akzeptieren. Ein Gremium im Umlaufverfahren zu schaffen, das im Fachgesetz noch gar nicht besteht, ist aber schon sehr mutig, und das hat im Übrigen im Schreiben des Innenministeriums vom 08.04.2020 – das gerade drei Wochen später kam – ganz anders ausgesehen. In diesem Schreiben wurde deutlich betont, dass Umlaufbeschlüsse schlicht unzulässig seien. Dann wird auch noch über Behelfslösungen gesprochen. Es wird empfohlen, dass in der beginnenden Legislatur ab dem 01.05.2020 Ausschüsse mit besonders vielen Kompetenzen ausgestattet werden sollen. Ja, aber was dabei unbeantwortet bleibt, zumindest aber nicht berücksichtigt wird, das ist die Tatsache, dass der Katalog der nicht delegationsfähigen Aufgaben dann zuletzt beim Vollgremium bleiben müsste. In dem Landkreis, in dem ich dem Kreistag angehöre, hat das dazu geführt, dass im Umlaufverfahren der Kreisausschuss als Ferienausschuss eingesetzt wurde und dieser Ausschuss am kommenden Freitag mit zwölf Mitgliedern den Haushalt beschließt. Damit werden 48 andere Kollegen davon ausgeschlossen, und dies auf der Grundlage eines Einsetzungsbeschlusses im Umlaufverfahren. Das sind Dinge, die finde ich schon sehr mutig. Ich weiß nicht, ob sie rechtlich überprüft werden. Das ist eine offene Frage.

Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf Wege eröffnen, um gesichert zu erleichterten Entscheidungen zu kommen. Dabei geht es um drei Elemente: Einmal geht es um die Frage, ob man einen Umlaufbeschluss machen kann. Wir schlagen das zumindest einmal vor. Der zweite Punkt ist die Frage, ob man die Möglichkeit einräumt, Videozuschaltungen oder auch Videositzungen durchzuführen. Das ist mir und unserer Fraktion ein ganz besonderes Anliegen, denn wir haben es auch heute schon öfter gehört: Mit Corona und mit Risikogruppen müssen wir noch länger leben. Eine Kollegin von mir im Stadtrat von Freyung hat gesagt: Ich gehöre einer Risikogruppe an; ich gehe auch nicht mehr zum Einkaufen; ihr müsst Verständnis haben, dass ich in keine Sitzung komme, auch wenn ihr zwei Meter oder weiter auseinandersitzt; ich würde mich aber gerne beteiligen. – Das geht in dieser Situation aber nur, wenn man unter bestimmten Voraussetzungen von der Präsenzpflcht abweicht. Der dritte Punkt ist die Frage, ob man die Möglichkeit schaffen will, einen Krisenausschuss einzurichten. Das alles würden die Gremien vor Ort entscheiden können. Das werden wir, so hoffe ich, alles am Mittwoch im Innenausschuss näher beraten. – Zunächst herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Manfred Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sind uns alle einig: Kommunalpolitik, das ist die Grundlage, die Wiege unserer Demokratie. Ich glaube, die meisten in diesem Hohen Haus waren und sind Teil eines kommunalen Gremiums. Wir haben erst in den vergangenen Wochen erfahren, welches herausragende Interesse die Kommunalpolitik in den Kommunalwahlen und in den Stichwahlen erfahren hat und dass Tausende von Frauen und Männern in diesem Land bereit waren, in der Kom-

munalpolitik tätig zu sein. Kommunalpolitik trifft unmittelbar. Kommunalpolitiker sind zum Anfassen, die trifft man beim Einkaufen, die trifft man am Stammtisch, und die trifft man im Verein. Kommunalpolitik ist sicherlich ein Herz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Umso wichtiger ist es, dass in Zeiten, die herausfordern – viele nennen es eine Zeit der Krise –, die kommunalen Gremien funktions- und handlungsfähig sind. Was ist notwendig? Was ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit, die Funktionsfähigkeit sicherzustellen, gleichzeitig auch Gesundheitsschutz für die beteiligten Politikerinnen und Politiker zu garantieren? – Wir haben zwei Schreiben – Herr Kollege Muthmann hat es zitiert – des Innenministeriums vom März und April dieses Jahres. Wir haben nun einen Gesetzentwurf der FDP, die hier noch verfeinern möchte. Dieser enthält die drei Schwerpunkte Beschlussfassung im Umlaufverfahren, Krisenausschuss und Videokonferenzen, um dies einmal kurz zusammenzufassen.

Herr Kollege Muthmann hat schon die Grundsätze der Sitzungsöffentlichkeit und den Sitzungszwang angesprochen. Bei einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren habe ich wirklich Bauchschmerzen. Das ist so: Der Bürgermeister will etwas, die Information kommt spärlich oder auf zwei Aktenordnern: Bis morgen früh habt ihr alle unterschrieben, und dann geht es. – Ich skizziere jetzt sicherlich nur einen fiktiven Fall. Bei Umlaufverfahren, sehr geehrte Damen und Herren, habe ich gerade bei grundsätzlichen Beschlüssen wirklich Bedenken.

Sitzungszwang heißt direkte, konzentrierte Debatte, dem Gegenüber ins Auge zu sehen und über einen Sachverhalt zu diskutieren, der vielleicht nicht wie in Plenarsitzungen in Erster Lesung, in Ausschusssitzungen, in Mitberatung und Berichterstattung x-mal vorbereitet ist, sondern der die Dynamik erst in der Sitzung entwickelt. Sie kennen das: Ein oftmals harmloser Tagesordnungspunkt in einer enormen Dynamik regt die Sitzung an, erregt die Gemüter, es wird debattiert, es wird gestritten. Demokratie lebt. Das ist Sitzung, das ist Gemeinderatssitzung, das ist Stadtratssitzung, und ich denke, auf das sollten wir nicht verzichten.

Auch die Öffentlichkeit soll teilhaben, wenn auch eingeschränkt in Zeiten der Krise. Dennoch muss es möglich sein, dass Zuschauer da sind. So mancher Mut eines Ratsmitgliedes wird durchaus geringer oder mehr, je nachdem, wer auf den Zuschauerrängen sitzt. Auch das ist Kommunalpolitik, wir kennen das. Ich denke, den Umlaufbeschluss – und ich habe es hiermit begründet – brauchen wir nicht. Wir wollen Sitzungen haben.

Zum Krisenausschuss: Ich glaube, wir haben den Ferienausschuss, wir können Kompetenzen im Kreisausschuss übertragen, und es gibt dringliche Entscheidungen der Landräte, der Oberbürgermeister und der Bürgermeister. Ich glaube, dass ein eigener Krisenausschuss nicht erforderlich ist. Ich sehe im eigenen Umfeld, dass sich kommunale Gremien bereits Gedanken machen: Wie erlaube ich es meinen Gremien, welche Beschlüsse in Krisenzeiten zu fassen? – Das wird, glaube ich, draußen recht gut verantwortet.

Zum Schluss zur Videokonferenz: Ja, Videokonferenz hilft in vielen Bereichen. Ich gebe es zu, ich war auch schon des Öfteren Teilnehmer in einer Videokonferenz. Der eine geht mit seinem Handy hinaus auf den Balkon und raucht eine Zigarette. Der Zweite hat seinen Kaffee, der Dritte sein Fläschele Bier, nach 21 Uhr. Beim Fünften fragt die Frau, ob er noch ein Stückchen Kuchen will. – Eine wunderschöne Geschichte für Dinge, wo es sicherlich angebracht, notwendig und auch schön ist.

Hinter den herausragenden digitalen Ausstattungen unserer Ministerpräsidenten wird, wenn sie eine Videokonferenz mit der Kanzlerin halten, sicherlich eine halbe

Staatskanzlei stehen, damit alles funktioniert. Aber ich weiß nicht, ob bei einem Kreistag mit 60 bis 70 Mitgliedern oder bei einem Stadtrat mit 50 Mitgliedern alles so gemacht werden kann, wie es sich der Gesetzgeber und der Verfassungsgeber wünschen. Viele haben ein kleines Handy, auf das dann 50 Teilnehmer draufkommen. Dann holen sie den Enkel herbei und fragen ihn: Ich bin nun einmal wenig praktisch – du, wenn ich etwas sagen will, wie muss ich denn das machen? – Ich will da keinem zu nahe treten, sehr geehrte Damen und Herren, ich sehe aber wirklich Probleme, wenn es um Beschlüsse, nicht dann, wenn es um Debatten geht, wenn es darum geht, einen Verein zu organisieren, wenn es darum geht, Absprachen zu treffen, sondern wenn es um Beschlüsse einer Kommune, eines Kreistags oder eines Stadtrats über wesentliche städtische und kommunale Dinge mit Millionenauswirkungen, Millionen in Euro und Hunderttausende von Einwohnern, geht. Ich glaube, wir müssen hier in aller Vorsicht herangehen.

Ich kann natürlich verstehen – Herr Kollege Muthmann, Sie haben den Fall einer Kollegin geschildert –, wenn Menschen in angespannten Zeiten sagen: Ich möchte, ich kann nicht teilnehmen, ich bin Risikopatient. – Hier sind möglicherweise Lösungen zu finden. Ich glaube, wir sollten hier auch die kommunalen Verantwortungsträger, den Bayerischen Gemeindetag, den Bayerischen Städtetag, den Landkreisrat mit einschalten. Vielleicht bietet sich hier eine Lösung an.

Unserer Meinung nach liegt ein Notstand derzeit nicht vor. Sie haben es sicherlich draußen in Ihren kommunalen Bereichen schon erlebt, wie sorgsam, wie verantwortungsbewusst und wie kompetent unsere Bürgermeister, unsere Landräte, unsere Oberbürgermeister mit dieser kommunalen Demokratie umgehen, wie auch die einzelnen Fraktionen eingebunden und wie Möglichkeiten gefunden werden. Wir sind bei einer Gemeinderatssitzung 16 Mann – und Frau natürlich, selbstverständlich, das hätte ich noch gesagt –, 16 Kolleginnen und Kollegen in einer 22 mal 44 m großen Mehrzweckhalle, 50 in einem Kongresszentrum. Ich glaube, all das ist zu "handln", wird toll gemacht. Kompliment an die Verantwortungsträger und die Kolleginnen und Kollegen vor Ort! Ich bin sicher, dass unsere kommunalen Gremien auch in diesen Zeiten handlungsfähig sind. Dafür allen Verantwortlichen herzlichen Dank!

Der Gesetzentwurf der FDP geht uns einigermaßen zu weit. Wir werden ihn daher ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ländner. – Ganz ohne Fläsche Bier und ganz ohne Zigarette hat nun für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Johannes Becher das Wort.

(Zuruf: Und Kuchen! – – Und Kuchen.)

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser sehr eindrücklichen Schilderung aus der kommunalpolitischen Praxis des Herrn Kollegen Ländner, die aus meiner Sicht tatsächlich trifft, wie es in Bayern vielerorts zugeht, darf ich vielleicht noch ganz kurz in aller Sachlichkeit meine Ausführungen zu diesem Gesetzentwurf machen: Letztlich geht es darum, dass die Gremien in Krisenzeiten handlungsfähig bleiben müssen. Wie es der Kollege Ländner beschrieben hat – ich bin selbst Stadtrat und Kreisrat und möchte einfach ganz klar sagen: Die Kommunen sind auf Basis der jetzigen Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung handlungsfähig. Es bedarf keiner Änderung, um die Handlungsfähigkeit herzustellen. Sie sind handlungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist: Sie schreiben in der Problemstellung, dass die Kommunalgesetze erhebliche Lücken aufweisen würden, die zu einer Rechtsunsicherheit führen können. Das kann ich nicht teilen. Dieses Gefühl der Rechtsunsicherheit verstehe ich aber. Dieses Rechtsunsicherheitsgefühl ist aus meiner Sicht in dem Schreiben des Innenministeriums vom 8. März begründet; Denn wenn es plötzlich ermöglicht wird, Umlaufbeschlüsse zu fassen – die gibt es zwar eigentlich nicht, aber das machen wir jetzt mal ausnahmsweise, ohne Rechtsgrundlage, damit es doch geht –, dann sagt man auf Kreisebene, wir haben zwar keinen Feriausschuss, aber da wenden wir jetzt mal die Gemeindeordnung analog an, wiederum mit Umlaufbeschluss und ohne Rechtsgrundlage. Bei uns in Freising ist es im Kreistag auch so, dass der Haushalt Ende April noch vom Feriausschuss beschlossen wird.

Dieses Empfehlungsschreiben führt zu Rechtsunsicherheit. Da muss man sich überlegen, wo der Fehler liegt. Liegt der Fehler im Gesetz, sodass es einer Gesetzesänderung bedarf? Oder liegt der Fehler in der Formulierung eines Schreibens des Innenministeriums? – Aus meiner Sicht ist dieses Schreiben des Innenministeriums vom 20. März unglücklich formuliert und hat viele Fragen aufgeworfen, die dann vom Innenministerium in dem Schreiben vom 8. April zutreffend beantwortet wurden. Das finde ich gut. Darin ist nämlich klargestellt: Die konstituierenden Sitzungen finden statt, sie finden als Präsenzsitzungen statt. – Wie soll man auch sonst eine Vereidigung machen? Wie sonst soll man eine Wahl eines Zweiten, Dritten Bürgermeisters bzw. einer Zweiten, Dritten Bürgermeisterin oder stellvertretender Landräte usw. durchführen? Eine geheime Wahl wird über die Online-Konferenz eben nicht möglich sein. In dem Schreiben ist auch klar dargelegt, wie das Verfahren ist. Wir übertragen Aufgaben auf die zuständigen Ausschüsse, auf den Kreisausschuss auf Landkreisebene, meinetwegen auf den Hauptausschuss in der Gemeinde, oder was man hat. Das heißt, es bedarf auch jetzt keines zusätzlichen Krisenausschusses. Die Ausschüsse sind vorhanden und bekommen eben zusätzliche Aufgaben.

Grundsätzlich schwierig finde ich die Umlaufbeschlüsse. Mit der Einführung von Umlaufbeschlüssen würde eine Tür aufgemacht, die geschlossen bleiben sollte. Wir haben ein Gebot der Öffentlichkeit. Das steht auch im Schreiben vom 8. April und ganz dezidiert in der Gemeindeordnung, in der Landkreisordnung und in der Bezirksordnung. Man könnte jetzt natürlich sagen: Es sind Krisenzeiten, in Krisenzeiten werden allerhand Grundrechte eingeschränkt. – Darüber haben wir heute schon diskutiert. Ich meine, gerade in der Krisenzeit ist das Öffentlichkeitsgebot relevant und wesentlich und sollte nicht eingeschränkt werden. Deshalb wehre ich mich dagegen.

Meines Erachtens ist ein Krisenausschuss obsolet, den braucht man nicht, und das Umlaufverfahren sollte man auf der kommunalen Ebene gar nicht erst einführen.

Der letzte Bereich, den Sie noch angesprochen haben, sind Videokonferenzen. Diese Corona-Krise hat wahnsinnig viele negative Auswirkungen; aber im Bereich der Digitalisierung, in dem wir alle gezwungen sind, uns plötzlich mit so etwas wie Videokonferenzen zu beschäftigen, birgt sie auch eine Chance, sich weiterzuentwickeln. Vielleicht erlauben Sie mir diese Anmerkung als Anwohner im Landkreis Freising: Videokonferenzen in Wirtschaftsunternehmen werden auch die eine oder andere Flugreise obsolet machen. Ich freue mich schon darauf, wenn das endlich angewendet wird.

Insgesamt betrachtet ist eine Videokonferenz mit der Zigarette und dem Bier im privaten Bereich, wie sie der Kollege Ländner beschrieben hat, etwas anderes als eine Videokonferenz als Ersatz für eine ordentliche Gemeinderatssitzung, die rechtssichere Beschlüsse fassen muss. Es stellen sich Fragen, wie man die Öffent-

lichkeit herstellt, wie die einzelnen Rätinnen und Räte zu ihrem Recht kommen. Dann stellen sich Datenschutzfragen – mit denen beschäftigen wir uns im Landtag auch. Das sind allerhand Folgefragen. Ich möchte das nicht vom Tisch fegen und sagen, man darf nie über Videokonferenzen nachdenken; aber das sind haufenweise Rechtsfragen, die in der Folge noch zu diskutieren und zu beantworten sind.

Vielleicht noch ein Aspekt: Sie sagen, die Videokonferenz könnte in der Krisensituation zum Tragen kommen. Eine Krisensituation haben wir nicht so oft. Vielleicht alle zehn oder fünfzehn Jahre wird irgendwo der Katastrophenfall ausgerufen. Wenn man möchte, dass diese Technik funktioniert, wenn sie benötigt wird, können wir sie meines Erachtens nicht nur im Katastrophenfall anwenden, sondern dann muss man grundsätzlich über Videokonferenzen sprechen. Ich möchte mich dem nicht total verwehren, aber im jetzigen Stadium ist die Debatte ein Anstoß zu einer Diskussion, die aber noch viele Jahre braucht, an der wir auch die Verbände beteiligen müssen.

Den Umlaufbeschluss braucht es nicht, auch nicht den Krisenausschuss, und Videokonferenzen braucht man zum jetzigen Zeitpunkt an der Stelle auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Becher. Sie gehen in die Verlängerung durch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Muthmann von der FDP.

Alexander Muthmann (FDP): Lieber Kollege Becher, wir sind in der Bewertung insofern beieinander, als es auch mir im Wesentlichen um die Frage der Ausschussberatung oder Gremiumberatung per Video insgesamt geht.

Die Argumente, die Sie vorgetragen haben, kommen mir schon etwas seltsam vor. Ich kann mich daran erinnern, dass die GRÜNEN-Fraktion bei der Frage, ob man hier im Landtag Ausschusssitzungen per Videotechnik mit Blick auf Kolleginnen und Kollegen, die sonst nicht teilnehmen könnten oder dürften, erweitern kann, ob das Präsenzprinzip zumindest für einzelne Fälle auch Zuschaltungen erlauben kann, auch befristet, auch begründet durch die jetzt besondere Situation, dafür war. Warum Sie in diesen Tagen für den kommunalen Bereich gar nichts von solchen Lösungen wissen wollen, erschließt sich nicht.

Johannes Becher (GRÜNE): Ich denke, man kann das nicht ganz vergleichen. Wir haben über 2.000 Gemeinden, angefangen von leistungsstarken Kommunen wie der Landeshauptstadt München bis hin zu ganz kleinen Gemeinden. Wir haben ungefähr 40.000 ehrenamtliche Rätinnen und Räte, nicht alle sind Digital Natives. Das muss man berücksichtigen.

(Zuruf: Das sind wir auch nicht!)

Wir haben hier eine professionelle Struktur; wir haben ein Büro. Von Abgeordneten kann man erwarten, dass sie sich darum kümmern oder sich sagen lassen, wie es technisch funktioniert. Wir haben ein Landtagsamt, das sehr bemüht ist, um alle möglichen Lösungen für die einzelnen Ausschüsse umzusetzen. Überlegen Sie mal für jede einzelne Gemeinde in Ihrem Landkreis, wer das vor Ort machen soll, wer die Schulung macht, wie man das mit den einzelnen Rätinnen und Räten machen soll. Ich glaube, man kann eine professionelle Struktur wie im bayerischen Parlament nicht eins zu eins auf die Strukturen in den Gemeinden in ganz Bayern übertragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Becher. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, die aktuelle Corona-Krise stellt auch die kommunalen Entscheidungsgremien, Gemeinde- und Stadträte, Kreis- und Bezirkstage, vor ungeahnte Schwierigkeiten. Und ja, in den Kommunen macht man sich tatsächlich intensive Gedanken darüber, wie die Entscheidungswege in dieser Zeit funktionieren und die Kommunen handlungsfähig bleiben können. Da kommen natürlich Fragen auf, ob das Instrumentarium, das Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung bereithalten, in der derzeitigen Situation denkbaren zukünftigen Krisen, aber auch den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten wirklich gerecht wird.

Umlaufverfahren, Videositzungen und Krisenausschüsse sind da schon naheliegende Denkansätze. Aber bei näherer Betrachtung, gerade aus dem Blickwinkel eines Kommunalpolitikers, was ja fast alle von uns sind, wird klar, dass es nicht so einfach ist.

Auch wenn mir das jetzt nicht so plastisch und so kurzweilig gelingen wird wie dem Kollegen Ländner, lassen Sie es mich aber mal versuchen:

Erstens Umlaufbeschlüsse. Man kann sich da ganz banal auf die Gemeindeordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung zurückziehen, auf die Grundsätze Sitzungszwang und Sitzungsöffentlichkeit. Das sind nicht bloß Worthülsen. Das Prinzip der Sitzungsöffentlichkeit leitet sich direkt aus dem Demokratieprinzip ab und ist ein tragender Pfeiler, um Transparenz und Kontrolle kommunalen Handelns zu garantieren.

Viel klarer wird es, wenn man sich das Wesen kommunalpolitischer Entscheidungsfindung vor Augen hält. Anders als im parlamentarischen Verfahren mit seinem institutionalisierten Beratungs- und Abstimmungsvorlauf funktioniert politische Willensbildung in den kommunalen Entscheidungsgremien vor allem durch unmittelbare Information und durch dynamische Meinungsbildung in der Sitzung selbst. Der Austausch von Argumenten im Rat, die Nachfrage bei den Verantwortlichen in der Verwaltung und das die Ratskollegen überzeugende Plädoyer sind beim Umlaufbeschluss schlicht und einfach nicht möglich. Man wäre auf die schriftlichen Vorlagen der Verwaltung angewiesen, ohne diese wirklich hinterfragen und in der Sitzung dann auch Kompromisse finden zu können. Gerade in Krisenzeiten mit weitreichenden Entscheidungen und Eingriffen in die Rechte der Bevölkerung ist es wichtig, dass man eine gründliche Auseinandersetzung in Gremien in der Gesamtheit hat. Das kann ein Umlaufbeschluss schlicht und einfach nicht leisten.

Dass eine Videokonferenz einmal technisch möglich sein würde, daran hat der Gesetzgeber damals sicher nicht gedacht. Deswegen ist es natürlich legitim, heute darüber nachzudenken. Aber ich glaube, wir erleben auch gerade alle die Chancen und Risiken solcher Videokonferenzen. Ich meine jetzt weniger das Technische, sondern vor allem auch die Grenzen in der Kommunikation und in der Entscheidungsfindung.

Trotz aller technischen Möglichkeiten ist es für mich doch schwer, mir vorzustellen, dass in einem Stadtrat mit 80 Ratsmitgliedern oder in einem Kreistag mit 70 Kreisräten den Grundsätzen des Sitzungsfortgangs Genüge getan werden könnte. Ganz abgesehen von der Frage, was ist, wenn just im Moment der Abstimmung die Verbindung einzelner Mitglieder abbricht. Was ist, wenn zufällig einer eine Abstimmung platzen lässt, weil er erwartet, dass die Abstimmung nicht in seinem Sinne ausgehen wird, indem er einfach "zufällig" aus der Leitung fliegt oder ähnliche Dinge? Oder die Frage, ob es überhaupt ein gleiches Informationslevel der phy-

sisch Anwesenden und derer, die nur zugeschaltet sind, gibt. Das sind alles Schwierigkeiten, die wir erst mal klären sollten.

Über eine Art von Krisenausschuss denken zurzeit natürlich viele Kommunen nach. Aber es ist doch bisher auch über den berühmten Ferienausschuss hinaus möglich, Aufgaben für einen begrenzten Zeitraum einem beschließenden Ausschuss zu übertragen.

Natürlich könnte so ein Krisenausschuss auch mal den Oberbürgermeister oder den Landrat von der Last dringlicher Anordnungen entlasten. Aber ich glaube, bei dem Instrumentarium, das jetzt letzten Endes dasteht, ist keine Eile geboten. Wir sollten zunächst einmal die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden suchen. Insofern schätze ich Ihren Ansatz und Ihr Anliegen sehr, das Ganze als Anstoß in die Debatte einzubringen. Das können wir sicher gerne mitnehmen. Aber in der jetzigen Form müssen wir diesen Gesetzesentwurf heute ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Eigentlich war das schon ein sehr humorvoller Vortrag von meinem CSU-Kollegen Ländner, der das sehr gut dargestellt hat. Das Thema gibt das aus meiner Sicht gar nicht so groß her. Man könnte alles noch mal erzählen, was auch schon Alexander Hold, Johannes Becher und andere gesagt haben. Ich kann allem nur beipflichten. Aus meiner langjährigen kommunalpolitischen Erfahrung reicht mir die Klarstellung zur Funktionsfähigkeit der kommunalen Parlamente, wie sie Innenminister Herrmann in diesen beiden Schreiben vorgenommen hat, vollkommen aus.

Ich glaube, dass die FDP hier einen Antrag eingebracht hat, der bei aller Würdigung der sachlichen Argumente dem geschuldet ist, dass die Opposition in der Corona-Krise in der medialen Berichterstattung kaum mehr wahrgenommen wird. Im Grunde genommen wissen Sie als ehemaliger Landrat und jetzt als Kreis Ausschussmitglied ganz genau, dass in den Kommunen alles getan wird: Wir haben am 24.03. in unserer Großgemeinde auf meinen Antrag hin alles aufgegriffen, um arbeitsfähig zu bleiben und unsere Gemeinderäte zu schützen.

Seien wir ehrlich: Wenn wir Krisensituationen hätten, die über mehrere Monate gehen, frage ich mich, wie die ganze Wirtschaft überhaupt noch funktionieren könnte. Da wäre alles nicht mehr möglich. Ich glaube, so weit wird es niemals kommen, weil unsere kommunalen Verantwortungsträger sehr wohl wissen, was sie an Verantwortung gegenüber den Bürgern haben.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der Geschäftsordnung haben meine Vorredner alle schon erwähnt, die dringlichen Anordnungen genauso. Ich sehe ab 01.05. viele Gemeinden und Städte ganz klar dazu übergehen, dass sie das in ihrer Geschäftsordnung regeln, nachdem wir so eine Situation noch nie gehabt haben. Da sehe ich keinen Handlungsbedarf.

Aber ich glaube, dass wir ein ganz anderes Problem in den Kommunen haben. Die Stadt Rosenheim hat vor Kurzem bekannt gegeben, dass sie mit 30 Millionen Euro Steuermindereinnahmen rechnet. Meine Nachbargemeinde mit 18.000 Einwohnern rechnet mit 4 Millionen Mindereinnahmen, unsere Gemeinde mit 11.000 Einwohnern mit 2 Millionen; wobei ich bezweifle, dass das ausreichen wird.

Darüber müssen wir viel mehr nachdenken. Diese Debatte wird viel wichtiger, und wenn ich die Redezeit dazu habe, lassen Sie mich am Rande sagen, dass wir nicht nur den kommunalen Finanzausgleich vorziehen müssen, wie es heute der Herr Finanzminister gesagt hat. Nein, wir brauchen einen direkten Rettungsschirm, wie er heute schon für die Gastronomen erwähnt wurde, für die ich selber ein Lied singen kann. Wir brauchen einen direkten Rettungsschirm für die Gemeinden, die nicht so finanzstark sind wie unsere Heimatgemeinden. Alle anderen Gemeinden werden sich darüber beraten müssen, wie sie mit der Krise fertig werden. Aber dazu bedarf es nicht eines Gesetzes. Wir sind für das Subsidiaritätsprinzip. Wir regeln das vor Ort in unseren Gemeinden, und deswegen lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Bergmüller. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Klaus Adelt das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den Worten meiner Vorredner bräuchte ich eigentlich nicht mehr viel zum Thema sagen. Aber ich möchte einmal die Gelegenheit nutzen, mich bei den Landräten, bei den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, bei den Kommunalpolitikern zu bedanken für die Arbeit, die sie jetzt während der Corona-Krise leisten. Das sind die Landräte und die Oberbürgermeister als die Chefs der Gesundheitsämter, die vieles zu organisieren haben, viele Ad-hoc-Entscheidungen treffen müssen und oftmals im Schatten der gesamten Krise stehen. Deshalb ein ganz herzliches Dankeschön an die entsprechenden Personen!

(Beifall bei der SPD)

Den Vorschlag der FDP kann ich gut verstehen, wenngleich er etwas dünn und mager ist; denn eine Situation wie die, dass man Kommunalwahlen hat, dass man noch keinen Haushalt verabschiedet hat und dass man eine Pandemie hat von lebensbedrohlichem Ausmaß, hat es seit Christi Geburt nicht gegeben. Das ist fast so unwahrscheinlich wie ein Sechser im Lotto, auch, dass sie wiederkommt. Deshalb ist das jetzt eine Situation, die mit Sicherheit so schnell nicht wiederkommt.

Drei Punkte sind in dem Gesetzentwurf beinhaltet: Das eine ist der Umlaufbeschluss. Man muss dabei natürlich beachten, dass die Materialien den Räten fristgerecht zugehen, dass sie ihre Stimme fristgerecht abgeben, mit Empfangsbestätigung, mit allem Drum und Dran. Die Frage ist, ob es das auch wert ist.

Das Zweite sind die Video- und Telefonkonferenzen. Hat jedes Ratsmitglied die entsprechende Ausstattung? Ist jedes Ratsmitglied mit den entsprechenden Apps vertraut? Ich spreche aus Erfahrung: Du stehst in einer Videokonferenz, und jeder sagt, ich sehe dich, aber ich höre dich nicht. Einen Klaus Adelt, den man nur sieht, aber nicht hört, das gibt es einfach nicht. Du drückst dann auf die Tasten, und da passiert überhaupt nichts. Man muss also sicherstellen, dass das auch tatsächlich funktioniert.

Ergänzen möchte ich den Kollegen Ländner in der Aufzählung, was man in Telefonschalten und Videokonferenzen alles machen kann. Du hast eines vergessen, was auch in analogen Sitzungen oftmals notwendig wäre: Dass man einen Schnaps trinkt, damit man so was noch aushält.

(Heiterkeit)

Drittens. Zum Krisenausschuss, dessen Aufgabe heuer häufig vom Ferienausschuss wahrgenommen wird: Er hat Haushalte beschlossen, die eh nur der Form

halber beschlossen worden sind, weil sie schon Makulatur sind, weil die Einnahmen und die Ausgaben sich dermaßen eklatant verschieben werden, dass wir enorme Probleme bekommen.

Des Weiteren haben wir die kommunalen Spitzenverbände noch nicht einbezogen. Die sind auch noch zu hören, wie sie darüber denken. Außerdem haben wir demnächst die Evaluation der Kommunalwahlen, die meistens zu Veränderungen der Gemeindeordnung, zur Veränderung der Gesetze führt. Da können wir dann eventuell solche Sachen gut unterbringen. Wir gehen jetzt in die Beratungen. Ich sehe einem guten Ergebnis mit seemännischer Gelassenheit entgegen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. – Herr Kollege Matthias Fischbach von der FDP kann sich schon einmal bereit machen. Er ist als Nächster an der Reihe. Bitte, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz aus einer Veröffentlichung der CSU-Fraktion aus meiner Heimatgemeinde Effeltrich zitieren:

Unsere Fraktion wird an der für Montag einberufenen Gemeinderatssitzung nicht teilnehmen. Wir halten es für unverantwortlich, eine Sitzung in der jetzigen Situation abzuhalten. Für die kommenden Wochen fordern wir die Gemeindeführung auf, Möglichkeiten für Abstimmungen per Internet bzw. Videotelefonie zu prüfen und auszubauen.

Dies als Eindruck aus meiner kommunalen Praxis. Übrigens: Der Vertreter der FREIEN WÄHLER im Gemeinderat, der Dritte Bürgermeister, hat an die Bürgermeisterin eine wütende Videobotschaft geschickt, in der er gefordert hat, Skype-Konferenzen durchzuführen. Vor Ort scheint man teilweise schon etwas weiter zu sein, als hier in der Debatte zum Ausdruck kam.

Ich habe vor Ort im Gemeinderat versprochen, dies auf der Landesebene anzusprechen und mich dafür einzusetzen, Veränderungen zu erreichen, wie sie im Übrigen schon bei der Geschäftsordnung für die Tagung von Ausschüssen hier im Landtag erreicht worden sind, was ich wirklich begrüße. Ich möchte mich bei den Kollegen für die konstruktive interfraktionelle Arbeit an diesem Entwurf bedanken.

Ich hoffe, wir kommen in der weiteren Debatte dazu, konstruktiv an diesem Gesetzentwurf zu arbeiten; denn es braucht Lösungen. Die Räte vor Ort werden sich jetzt neu konstituieren. Es geht aber weiter. Entscheidungen stehen an. Wir haben schon von Haushaltsdebatten und Krisenreaktionen vor Ort gehört. Es geht um vieles, was man noch nicht absehen kann, und vieles, was man vielleicht nicht nur an den Bürgermeister delegieren sollte, sondern im Sinne der Demokratie demokratisch in den Gremien entscheiden sollte.

Wir müssen uns auch langfristig darauf vorbereiten, Lösungen für künftige Krisensituationen oder vielleicht auch für eine zweite Welle der Corona-Pandemie zu schaffen. Wir wissen ja nicht, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Von daher gibt es Bedarf, Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit den nun geschaffenen Notlösungen, zum Beispiel der Videotelefonie, können zumindest Erfahrungen gesammelt werden, die dann langfristig in eine generelle Lösung einfließen können.

Im Übrigen gibt es zum Thema Video teilweise technische Lösungen vor Ort, die relativ simpel sind. Bei uns haben zum Beispiel alle Gemeinderäte von der Gemeinde ein iPad gestellt bekommen. Die technische Ausstattung für Videokonfe-

renzen ist also schon vorhanden. Ich glaube, in vielen Gemeinden gibt es schon ähnliche Lösungen. Nichtsdestoweniger müsste dies noch weiter ausgearbeitet werden. Es liegt in der Freiheit der Gemeinden, dies in ihren Geschäftsordnungen entsprechend zu regeln.

Ich komme zum Thema Ferienausschüsse. Ich glaube, wir sollten von diesem Hilfskonstrukt wegkommen. Sicherlich ist es besser, eine solide Rechtsgrundlage zu schaffen, gerade in der Landkreisordnung. Langfristig ist es demokratischer, jemanden digital zuzuschalten, als eine Risikoperson langfristig von einem Gremium auszuschließen, bis die Pandemie zu Ende ist. Ich glaube, es ist nicht im Sinne der Wählerinnen und Wähler, dass jemand, den sie in ein Gremium gewählt haben und der zum Beispiel über 60 Jahre alt ist, an den ersten Sitzungen nicht teilnehmen kann.

Zum Thema, ob Videokonferenzen nicht auch in größerem Rahmen möglich sind: Die Jungen Liberalen – man muss das nicht so machen – haben an diesem Wochenende einen regulären Landeskongress mit über 100 Teilnehmern abgehalten, die parallel in einer Videokonferenz zugeschaltet waren und es sehr ordentlich hinkommen haben zu tagen. Ich meine, dass wir deshalb einen sehr guten Beratungsvorschlag vorgelegt haben, den wir in den Ausschüssen hoffentlich noch verfeinern werden, um zumindest eine zuverlässige Rechtsgrundlage für Situationen zu schaffen, die vor Ort auftreten. Andere Länder wie zum Beispiel NRW sind weiter; sie haben zumindest schon den Umlaufbeschluss mit einer Widerspruchsmöglichkeit ermöglicht. Wenn ein Fünftel des Ratsgremiums gegen das Umlaufverfahren ist, muss debattiert werden. Wir werden sehen, ob so etwas sinnvoll ist.

Wichtig ist aber, dass wir beim Thema Video weiterkommen, dass wir die Sorgen der Kommunen ernst nehmen und dass wir mit den kommunalen Spitzenverbänden sprechen und Lösungen finden. Kollege Kreuzer hat im Ältestenrat angekündigt, dies mit den kommunalen Spitzenverbänden ernsthaft besprechen zu wollen.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine gute fraktionsübergreifende Lösung im Sinne der Kommunen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fischbach. – Herr Staatsminister Joachim Herrmann hat sich zu Wort gemeldet.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von einigen Vorrednern ist schon zu Recht angesprochen worden, dass es auch in Zeiten der Corona-Pandemie wichtig ist, dass unsere kommunalen Behörden handlungsfähig sind. Das sind sie in der Tat auch. Genauso wichtig ist aber auch, dass in diesen Zeiten auch die demokratische Kontrolle weiter funktioniert. Dies gilt für den Landtag genauso wie für die Kommunalparlamente draußen. Unter anderem – ich bin dankbar, dass dies mehrere der Vorredner angesprochen haben – gehört dazu in der Tat auch das Öffentlichkeitsprinzip. Ein Umlaufbeschluss und eine für andere nicht zugängliche Videokonferenz sind eben keine angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung.

Ich will nicht ausschließen, dass es auch noch irgendwelche Katastrophenszenarien gibt, in denen man auch davon noch abweichen müsste. Wenn ich aber jetzt, jedenfalls im Moment, unser tägliches Leben in unserem Land betrachte, sehe ich keinen zwingenden Grund, davon abzuweichen. Deshalb meine ich, dass für eine Reihe von Vorschlägen, die die FDP hier macht, keine Notwendigkeit gegeben ist oder sie zum Teil sogar eher schädlich sind.

In der Tat sieht die Gemeindeordnung heute schon Folgendes vor: Jeder Gemeinderat – das ist aber seine eigene Entscheidung, das ist nicht von uns durch die Gemeindeordnung vorgegeben – kann beschließen, zahlreiche Aufgaben an Ausschüsse zu übertragen. Das kann der Stadtrat; das kann der Kreistag. Der Kreistag kann dem Kreisausschuss noch viel mehr Dinge als regelmäßig vorgesehen übertragen. Er kann das, wohlgemerkt. Nicht wir als Gesetzgeber schreiben ihm das vor. Wir haben hierfür die Möglichkeit eröffnet.

Für die gesamte Thematik erscheint es mir sehr wichtig, keine Vorschriften zu machen, dass dieses oder jenes jetzt so sein muss. Kleine Gemeinderäte beginnen mit acht Mitgliedern. Dort werden manche Fragen, was wie an welcher Stelle diskutiert werden soll und ob dazu Ausschüsse erforderlich sind und dergleichen mehr, anders behandelt werden als im Münchner Stadtrat mit 80 Mitgliedern. Eine sinnvolle Differenzierung ist also notwendig. Es ist richtig, dass darüber letztendlich unsere Gemeinderäte, die Stadträte, die Kreistage bis hin zu den Bezirkstagen selbst entscheiden können.

Was bleibt, ist die Frage der Videokonferenz, die gerade noch einmal thematisiert worden ist. Ich persönlich bin nachdrücklich der Meinung, dass es absolute Regel sein muss, dass eine Sitzung eines Gesamtgremiums oder eines Ausschusses real stattfindet. Die gesamte Sitzung sozusagen ins Virtuelle zu verlagern, halte ich für nicht zielführend. Da stellt sich nämlich wiederum das Problem, wie kontrollierbar der Sitzungsverlauf für die Öffentlichkeit ist, wie die Sitzung abläuft und dergleichen mehr. Ob man sich näher damit beschäftigen sollte, zum Beispiel bei einer besonderen Verhinderung, etwa im momentanen Fall, dass jemand unter Quarantäne steht oder dass in einem anderen Fall jemand unabhkömmlich ist – was auch immer –, die Möglichkeit zu schaffen, einzelne Mitglieder eines Gremiums per Video zuzuschalten, kann man sich überlegen. Ich rate allerdings dringend, so etwas zuerst einmal mit den kommunalen Spitzenverbänden zu besprechen. Wir sollten nicht von uns aus sagen, dass wir meinen, dass dies jetzt so und so gemacht werden muss. Ich glaube, wir sind gut beraten, über solche Fragen – wobei ich nicht sage, dass das von vornherein ein Tabu ist – mit dem Gemeindetag, mit dem Städtetag, mit dem Landkreistag, mit dem Bezirkstag zu sprechen.

Ich weise allerdings auf einen Punkt hin. Wenn man solche Möglichkeiten eröffnet, muss man sich gleichzeitig auch mit einem technischen Problem beschäftigen, das wir alle in Zeiten, in denen viele Videokonferenzen und Telefonschaltkonferenzen stattfinden, erleben, nämlich mit der Frage: Was ist, wenn diese Konferenz plötzlich abbricht oder einer plötzlich draußen ist und dergleichen? Ist die Sitzung noch gültig oder stellt das die Beschlussfähigkeit der gesamten Sitzung infrage, wenn bei einem die Verbindung abgebrochen ist? Um all solche Dinge geht es.

Ich will es nicht komplizierter machen, als es ist. Dies alles muss aber sorgfältig bedacht werden. Ich sage noch einmal: Ich bin offen dafür, dass wir uns damit beschäftigen, dass wir uns aber zusammen mit den Kommunen damit beschäftigen, ob wir in diese Richtung mehr Möglichkeiten schaffen wollen. Das muss aber in Ruhe zu Ende gedacht werden. Deshalb meine ich, dass wir über all diese Fragen in den Ausschüssen noch einmal in Ruhe nachdenken sollten.

Ich will die Gelegenheit nutzen, Ihnen für die anstehende Diskussion im Innenausschuss den Gedankensplitter mitzugeben, dass wir im Innenministerium darauf gestoßen sind, dass innerhalb der nächsten Monate in Bayern mindestens drei Bürgermeisterwahlen stattfinden und außerdem eine Reihe von Bürgerentscheiden, die die Kommunen erst einmal vor sich hergeschoben haben, zur Entscheidung anstehen. Ich stelle auch da nur in den Raum, ob wir die einmalige Regelung für die reine Briefwahl jetzt für solche Fälle noch einmal für die nächsten drei oder vier Monate verlängern, sodass wir jedenfalls bei den Bürgermeisterwahlen, die in den

nächsten Monaten stattfinden – auch wenn das Infektionsgeschehen im Moment vielleicht etwas nachlässt –, wahrscheinlich auf der sichereren Seite sind. Wir werden das demnächst im Ausschuss noch einmal einbringen, und dann stelle ich auch da anheim, was das Hohe Haus hier meint. Ich glaube, es wäre klug, wenn wir das noch einmal ins Auge fassen – nicht als Dauerregelung, sondern solange diese besondere Situation andauert. Von daher schon einmal vielen herzlichen Dank.

Ich freue mich auf die Diskussion der Thematik im Innenausschuss und in anderen Ausschüssen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ein Dank an die Offiziantinnen und Offizianten für den umfassenden gesundheitspräventiven Service. Ich danke Ihnen für Ihre Disziplin.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke für die konzentrierten Beratungen. Wir sehen uns zum Plenum am kommenden Freitag wieder. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag und Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15:52 Uhr)